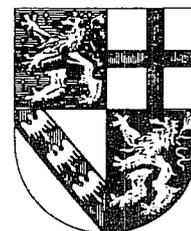


SAARLAND



STATISTISCHE
NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES

I 2 3 4

I 2 3

I 2

Ausgabe 2/1984

Statistisches Amt des SAARLANDES

Statistische Nachrichten

Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.

Hrsg.: Statistisches Amt des Saarlandes
Postfach 409, Hardenbergstr. 3
6600 Saarbrücken
Telefon: 0681-505 930

Bezugspreis: Einzelheft **3,00 DM**
Jahresabonnement **10,00 DM**

Bestellungen: Statistisches Amt des Saarlandes,
Telefon: 0681-505 927

NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN: 0721-2410

INHALT

Kurzinformationen	Über 33 000 Auszubildende im Saarland	5
	Mehr Gewerbeanmeldungen im Jahr 1983	5
	Bis Mai 1984 11 Verkehrstote weniger als im Vorjahreszeitraum	5
	Weiterhin unbefriedigende Entwicklung im saarländischen Bauhauptgewerbe	6
	Kaum weniger Ackerfläche bestellt als im Vorjahr	6
	Weniger Industriemüll 1982	6
	Kommunale Finanzen im 1. Quartal 1984	6
	Geringe reale Wirtschaftsleistung, hohe Lohnkosten sowie Produktivitätsanstieg 1980 bis 1983	7
	Sozialhilfeausgaben 1983 um 6,2 % gestiegen	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung		8
Zur Wirtschaftslage		9
Beiträge	Krebsregister in der Bundesrepublik Deutschland	10
	Die Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe aufgrund der Einheitswertstatistik am 1. Januar 1980	17
	Wahlen im Saarland am 17. Juni 1984	22
	Leichte Belebung im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes	25
	Ausländer im Saarland	35
Tabellenteil	Zahlenspiegel für das Saarland	48
Anhang	Mitteilungen des Amtes	55
	Veröffentlichungen des Städtischen Amtes des Saarlandes	56
	Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 2. Quartal 1984	57

ZEICHENERKLÄRUNG

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Statistisches Amt des SAARLANDES

Kurzinformationen

Über 33 000 Auszubildende im Saarland

Zu Beginn des Jahres 1984 befanden sich im Saarland insgesamt 33 055 Jugendliche, 701 oder 2,2 % mehr als im Vorjahr, in einem Ausbildungsverhältnis bei Industrie, Handel, Handwerk oder in einem anderen Ausbildungsbereich.

Mit 16 509 Auszubildenden stellten Industrie und Handel fast jeden zweiten Ausbildungsplatz; das Handwerk bot mit 12 744 Lehrstellen 38,6 % aller Ausbildungsplätze im Saarland an. Die übrigen Ausbildungsbereiche waren wie folgt frequentiert: Freie Berufe 2 297, Öffentlicher Dienst 742, Landwirtschaft 576 und Hauswirtschaft im städtischen Bereich 187.

Die zehn beliebtesten Ausbildungsberufe waren: Schlosser, Maschinen- und Betriebsschlosser 2 885, Verkäufer/-innen 2 421, KFZ-Mechaniker 1 570, Elektro-Installateure 1 591, Friseure 1 398, Bergmechaniker 1 368, Kaufleute im Groß- und Außenhandel 1 055, Bürokaufleute 1 158, Tischler 884 und Einzelhandelskaufleute 808.

Im Jahre 1983 wurden 13 832 Ausbildungsverhältnisse neu abgeschlossen, 6,9 % mehr als im Jahr zuvor. Von den 33 055 Ausbildungsplätzen waren um die Jahreswende 1983/84 fast 30,4 % von Jugendlichen im 1. Ausbildungsjahr besetzt, im 2. Ausbildungsjahr befanden sich 35,8 %, im 3. Jahr 29,2 % und im 4. Ausbildungsjahr 4,6 % der Lehrlinge.

Rund 36,8 % der Auszubildenden waren Mädchen. Der höchste Anteil von Lehrlingen — von der Hauswirtschaft abgesehen — wurde bei den freien Berufen mit 95,1 % festgestellt. Insgesamt wollen rund 2 250 Mädchen Arzt-, Apothekenhelferin, Steuerberater- oder Anwaltsgehilfin werden oder in einem anderen freien Beruf tätig sein. In der Landwirtschaft und im Handwerk liegt die Quote weiblicher Auszubildender am niedrigsten (34,5 % bzw. 26,3 %). Im Öffentlichen Dienst beträgt ihr Anteil ein gutes Drittel. In den kaufmännischen Ausbildungsverhältnissen dagegen dominieren die jungen Damen deutlich (Industrie/Handel 67,5 %, Handwerk 95,7 %).

Mehr Gewerbeanmeldungen im Jahr 1983

Im Saarland war im Jahr 1983 eine größere Zahl von Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen als im Vorjahr. Bei den Gewerbeämtern wurden insgesamt 4 381 Unternehmen und Betriebe neu bzw. wieder angemeldet und 3 220 abgemeldet, so daß sich eine Nettozunahme von 1 161 Einheiten (989 Unternehmen und 242 Zweigniederlassungen) ergab. Gleichzeitig wurde mit 2 532 Betriebsübernahmen durch andere Inhaber wieder eine relativ starke Fluktuation innerhalb des vorhandenen Bestandes festgestellt. Zugänge waren vor allem im Handelsbereich und im Dienstleistungssektor, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe nachzuweisen. Bei den Übernahmen stehen die Dienstleistungsunternehmen, vor allem das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit 1 315 Betrieben sowie Handelsbetriebe (darunter 558 Einzelhandelsgeschäfte) an vorderster Stelle.

Die saarländische Statistik über Gewerbeanmeldungen wird ab Berichtsjahr 1984 umgestellt, um eine verbesserte Auswertung z.B. nach dem Grund der betrieblichen Änderungen, der Beschäftigtenzahl und nach bestimmten Betriebsmerkmalen zu ermöglichen, so daß wichtige zusätzliche Informationen erwartet werden können.

Bis Mai 1984 11 Verkehrstote weniger als im Vorjahreszeitraum

In den ersten 5 Monaten 1984 ereigneten sich insgesamt 13 630 Straßenverkehrsunfälle; davon hatten 11 184 lediglich Sachschaden und 2 446 auch Personenschaden zur Folge. Seit Jahresbeginn wurden 69 (Januar bis Mai 1983: 80) Verkehrsteilnehmer auf der Stelle getötet bzw. starben innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen, 741 (856) trugen schwere und 2 393 (2 460) leichte Verletzungen davon. Erfreulicherweise hat sich sowohl die Zahl der Personenschadensfälle (— 0,5 %) als auch vor allem die der Verunglückten (— 5,7 %) im Vorjahresvergleich verringert, wenn auch beträchtlich mehr Sachschadensfälle (+ 7,5 %) aufgenommen werden mußten.

Weiterhin unbefriedigende Entwicklung im saarländischen Bauhauptgewerbe

Die jetzt für die ersten vier Monate 1984 vorliegenden statistischen Daten weisen für das saarländische Bauhauptgewerbe eine insgesamt unbefriedigende Entwicklung aus.

Die Zahl der Beschäftigten hat gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nochmals um 1 % abgenommen, und die insgesamt gezahlte Bruttolohn- und Gehaltssumme blieb sogar um 4,3 % unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis.

Besonders deutlich wird die angespannte Situation dadurch, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 8,4 % hinter der Leistung der ersten vier Monate 1983 zurückblieb. Auch der baugewerbliche Umsatz fiel um gut ein Zehntel niedriger aus als im Jahr zuvor.

Lediglich die Veränderung der Auftragseingänge weist ein positives Vorzeichen aus. Die geringe Zuwachsrate von nur knapp 3 % sowie die teilweise Herkunft des Auftragsvolumens aus einigen Großaufträgen mit längerem Abwicklungszeitraum läßt für die kommenden Monate kaum eine Wende zum Besseren erhoffen.

Kaum weniger Ackerfläche bestellt als im Vorjahr

Nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Bodennutzungshaupterhebung nahm die Ackerfläche im Saarland während des letzten Jahres nicht so stark ab wie in früheren Jahren. Der vorjährige Wert von 39 000 ha wurde um weniger als 1 % unterschritten.

Bei Sommergerste war ein beträchtlicher Rückgang von 13 % auf nunmehr 6 464 ha festzustellen, wohingegen Hafer und alle Wintergetreidearten leichte Anbauausweitungen erfuhren. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten nahm der Kartoffelanbau wieder zu. Die Fläche vergrößerte sich auf 645 ha gegenüber 557 ha in 1983 und 624 ha in 1982.

Für Grün-/Silomais ergab sich in diesem Jahr eine Anbaufläche von rund 3 700 ha, womit diese Futterpflanze weiter an Bedeutung gewonnen hat.

Weniger Industriemüll 1982

Im Rahmen der Umweltstatistik wurde 1982 im Saarland von den Betrieben des Produzierenden Gewerbes ein Abfallaufkommen von insgesamt 4 316 000 Tonnen gemeldet, das sind 840 000 t oder 16 % weniger als im Vergleichsjahr 1980. Die Gesamtmasse bestand wie bisher überwiegend aus Bauschutt und Bodenaushub (2,7 Mio.t) sowie aus produktionsspezifischen und sonstigen Abfällen einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, Schlämmen aus der Abwasserreinigung samt Rückständen aus Behandlungsanlagen (Sekundärabfälle). Der Rückgang ist auf die im Zuge des abgeschwächten Konjunkturverlaufs reduzierte Masse produktionsbezogener Abfallstoffe zurückzuführen, insbesondere die geringere Menge an Bauschutt und Bodenaushub, metallurgischen Schlacken, Krätzen, Asche, Ruß usw. sowie an Metallabfällen. Von der Gesamtmenge wurden 1,07 Mio. t in betriebseigenen Anlagen behandelt bzw. beseitigt, 2,61 Mio. t an die öffentliche Müllabfuhr oder außerbetriebliche Anlagen abgegeben und 0,65 Mio. t an weiterverarbeitende Betriebe oder den Altstoffhandel geliefert.

Kommunale Finanzen im 1. Quartal 1984

Die saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände registrierten in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich höhere Haushaltsvolumina als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie verbuchten in ihren Verwaltungs- und Vermögenshaushalten Bruttoeinnahmen von insgesamt 614 Mio DM (+ 17,6 %). Diesem Betrag standen Ausgaben in Höhe von 602 Mio DM (+ 9,4 %) gegenüber. Der Einnahmezuwachs resultierte hauptsächlich aus einem höheren Aufkommen an Schlüsselzuweisungen sowie Gebühren und Beiträgen, während die Steuern mit 118 Mio DM fast 10 % weniger erbrachten als im gleichen Vorjahresquartal. Auf der Ausgabenseite ist bemerkenswert, daß die Sachaufwendungen (80 Mio DM) und die Zinsausgaben (16 Mio DM) sich auf dem Niveau des Vorjahres bewegten. Personalausgaben (+ 2,8 % auf 156 Mio DM) und Sozialhilfeleistungen (+ 4,8 % auf 74 Mio DM) stiegen nur mäßig an. Dagegen wurden die kommunalen Bauinvestitionen weiter gedrosselt. Sie lagen mit 48 Mio DM um ein Viertel unter dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Geringe reale Wirtschaftsleistung, hohe Lohnkosten sowie Produktivitätsanstieg 1980 bis 1983

Die Neuberechneten revidierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts einige wichtige Entwicklungen auf, die bisher nicht in dem Maße ersichtlich waren. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen, war im Saarland in den letzten Jahren rückläufig. Auf der neuen Preisbasis 1976 gerechnet, ergibt sich im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1983 ein Minus von 0,5 % je Jahr, während in dem vorangegangenen langfristigen Zeitraum 1970 bis 1980 ein reales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,0 % je Jahr zu verzeichnen war. Für das Bundesgebiet liegen die entsprechenden Vergleichswerte bei - 0,1 % bzw. + 2,8 %; die saarländische Entwicklung war also jeweils stärker ausgeprägt als der Bundesdurchschnitt. Der Rückgang in den letzten Jahren resultierte dabei offensichtlich aus den relativ schwachen Ergebnissen 1980/81 und den Rückschlägen 1982/83 infolge der konjunkturellen Abkühlung sowie der strukturellen Probleme in verschiedenen Bereichen des produzierenden Gewerbes einschließlich des Baugewerbes. Mit der geringeren Wertschöpfung war ein Abbau des Beschäftigtenstandes verbunden, der innerhalb von drei Jahren zu einem Verlust von rd. 17 000 Arbeitsplätzen führte, so daß sich die Arbeitslosigkeit ausweitete. Gleichzeitig waren merkliche Produktivitätssteigerungen zu verzeichnen; die reale Leistung je Erwerbstätigen (BIP preisbereinigt), die als Produktivitätsmaß gelten kann, nahm von 1980 bis 1983 um durchschnittlich + 0,9 % je Jahr zu (Bund + 1,4 %), und zwar im Saarland mit unterschiedlicher Intensität, im Bundesgebiet eher mit kontinuierlichem Verlauf. Die Lohnkostenanteile aus der gesamten Wirtschaftsleistung (= entstandene Brutto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit in % des BIP z.M.) zeigten dabei in jeweiligen Preisen gerechnet von 1981 auf 1982 einen leichten Rückgang. Die entsprechende Quote lag zuletzt 1982 im Saarland bei 64 % und im Bundesdurchschnitt bei 56 %. Nach Ausschaltung der Preisniveauänderungen ist aber langfristig ein kräftiger, ununterbrochener Anstieg dieser Relation seit Anfang der 70er Jahre auf nahezu das Doppelte festzustellen (Quote 1982 Saar 82 %, Bund 72 %). Das bedeutet, daß den Lohnstückkosten mit vier Fünf-

teln des Wertes einer Produkteinheit die weitaus dominierende Rolle und den übrigen Kostenanteilen einschließlich Steuern demgegenüber ein relativ schwaches Gewicht zukommt. Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, in dem die Wertschöpfung aller Bereiche einschließlich Steuern und Abgaben sowie die Exporte enthalten sind, erhöhte sich im mehrjährigen Durchschnitt 1980/83 wie im Bundesgebiet um 4,1 % je Jahr. Diese Preisentwicklung auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts ist allerdings nicht identisch mit den Preisindizes der Güter der letzten Verwendung, die z.B. für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen maßgeblich sind.

Sozialhilfeausgaben 1983 um 6,2 % gestiegen

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe betragen im Jahre 1983 im Saarland 296,3 Mio DM. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes ein Ausgabenanstieg um 6,2 %, der auch durch gesetzliche Änderungen der Sozialhilfe beeinflusst wurde.

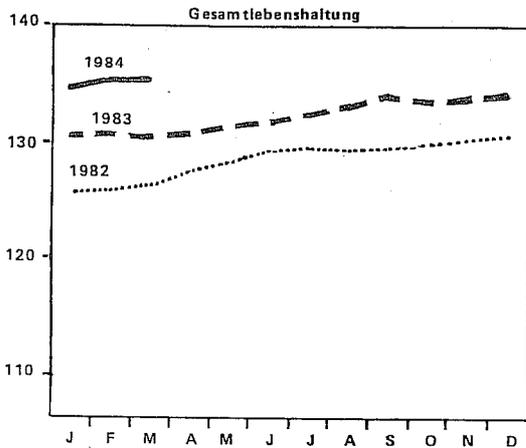
Größter Ausgabenposten waren mit 164,3 Mio DM die „Hilfen in besonderen Lebenslagen“, die zu 84 % in soziale Einrichtungen flossen. Unter den vielseitigen Hilfen dieser Leistungsgruppe stand an erster Stelle die Hilfe zur Pflege mit 85,0 Mio DM, gefolgt von der Eingliederungshilfe für Behinderte mit 62,1 Mio DM. Diese Aufwendungen gingen fast ausschließlich zu Lasten des überörtlichen Trägers. Für die Krankenhilfe wurden 12,0 Mio DM gewährt.

Die zweitgrößte Ausgabengruppe, die „Hilfen zum Lebensunterhalt“, erhöhte sich gegenüber 1982 um 13 % auf 131,5 Mio DM.

Da sich die Einnahmen um 6,4 % auf 64,4 Mio DM erhöhten, ergaben sich für 1983 Nettoausgaben der Sozialhilfe von 231,9 Mio DM. Das Volumen der Bruttoausgaben wurde zu 57 % von örtlichen Trägern und zu 43 % vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung aufgebracht.

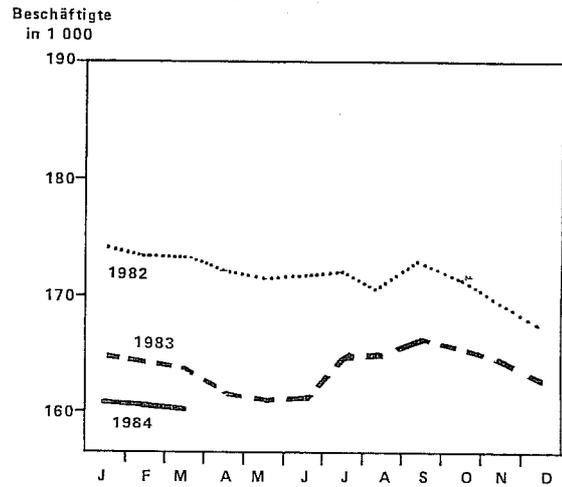
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾
1976 = 100



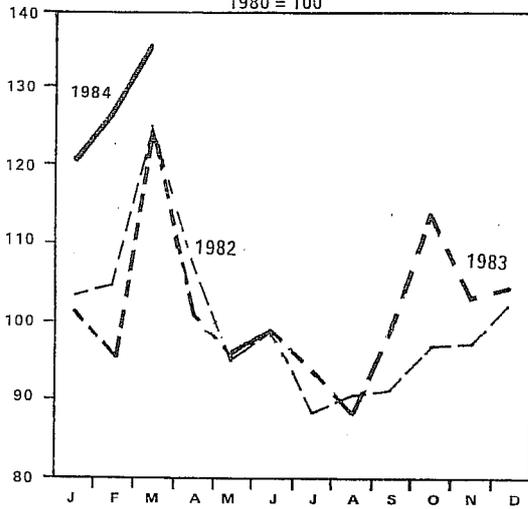
¹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe ¹⁾



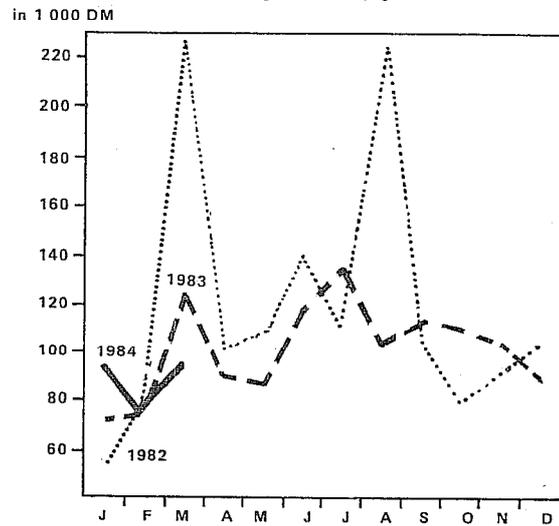
¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
1980 = 100

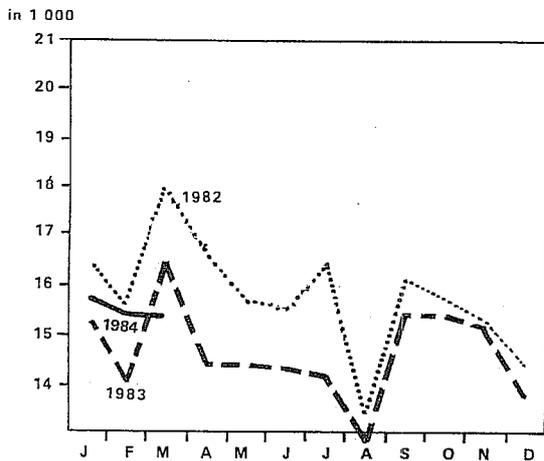


¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

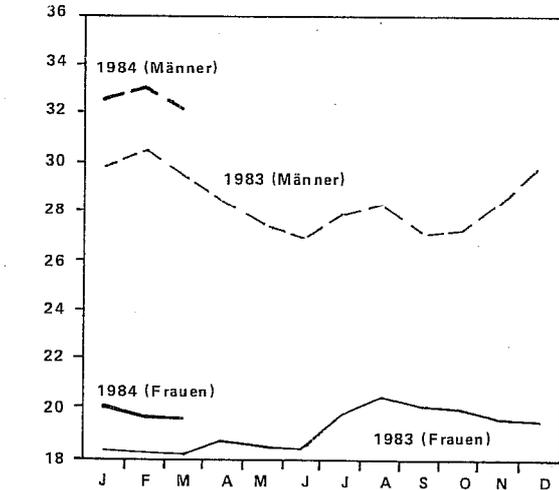
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose ¹⁾



¹⁾ nach Angaben des Landesarbeitsamtes Rheinland - Pfalz - Saarland

Zur Wirtschaftslage

(Stand Mitte 1984)

Die im Frühjahr festgestellten positiven Konjunkturtendenzen haben sich im Bundesgebiet größtenteils bis zur Jahresmitte fortgesetzt. Allerdings sind infolge der Tarifkonflikte in der Metallindustrie und im Druckgewerbe Produktions- und Einkommensausfälle zu erwarten. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im 1. Vierteljahr 1984 real noch um 3,8 % zu, im Jahresdurchschnitt wurde bisher mit einem Plus von rund 3 % gerechnet. Insgesamt ist ein Nachlassen der Auftriebskräfte nicht auszuschließen, obwohl z.B. die Konsolidierung der Staatsfinanzen deutlich sichtbar ist, der Preisanstieg für die Lebenshaltung sehr verhalten verläuft und die Konsumausgaben trotz Einkommensschwäche relativ stabil bleiben. Die bisherige konjunkturelle Belebung hat allerdings auf dem Arbeitsmarkt noch zu keiner Entlastung geführt. Mit 2,11 Mill. Arbeitslosen bleibt Mitte 1984 das Thema Arbeitslosigkeit weiterhin die zentrale Frage für die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft.

In der Saarlösung hielt die konjunkturelle Belebung ebenfalls im wesentlichen an. Die Produktionstätigkeit hat sich spürbar belebt, und die Auftragseingänge haben sich deutlich gebessert. Im Verarbeitenden Gewerbe lag die Produktionsleistung in den ersten vier Monaten um 9,9 % höher als zur entsprechenden Vorjahreszeit, wobei insbesondere das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe einen starken Anstieg aufweist. Die Auftragseingänge nahmen durchschnittlich um 15,5 % gegenüber der Vorjahresperiode zu. Im Bergbau ist ein Umsatzplus und eine verbesserte Absatzlage festzustellen. Produktion und Beschäftigung befinden sich allerdings noch in einem Anpassungsprozeß (— 1,6 % bzw. — 2,5 %). Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt wurde generell eine bessere Kapazitätsauslastung erzielt. Der Beschäftigtenstand der Industrie lag um 2,4 % niedriger, die Umsätze erreichten in den Monaten Januar - Mai 1984 um 10,7 % höhere Werte als im Vorjahr. Im Bausektor ist nur beim Ausbaugewerbe eine Belebung festzustellen, während das Bauhauptgewerbe von Rückschlägen gekennzeichnet wird (Produktion — 11,8 %, Umsatz — 7,8 %, Beschäftigte — 1,4 %). Beim Handwerk hielt die leichte Belebung, die die Mehrzahl der Wirtschaftszweige erfaßte, weiter an. Die Betriebe des saarlösungischen Einzelhandels erzielten von Januar bis April ein deutliches Umsatzplus (nominal + 4,3 %, real + 1,3 %). Der Außenhandel verzeichnete einen Zuwachs der Importe und eine beachtliche Steigerung der Exportleistungen (+ 8,3 %). Der Preisindex der Lebenshaltung lag mit fallender Tendenz im Juni nur um 2,8 % über dem Vorjahresstand. Auf dem Arbeitsmarkt haben sich die verstärkten wirtschaftlichen Aktivitäten bisher leider noch nicht ausgewirkt, so daß die hohe Arbeitslosigkeit nicht reduziert werden konnte. Im Juni wurden 49 070 Arbeitslose und 20 700 Kurzarbeiter registriert. Die Arbeitslosenquote von 12,1 % lag merklich höher als vor Jahresfrist und deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der offenen Stellen blieb mit rund 1 040 relativ niedrig. Es wird ein Hauptanliegen der regionalen Wirtschaftspolitik bleiben, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken sowie Strukturverbesserungen und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern.

Krebsregistrierung in der Bundesrepublik Deutschland:

Ein Überblick unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher und datenschutz-relevanter Aspekte

1. Vorbemerkungen zur historischen Entwicklung
2. Typen von Krebsregistern in der BRD
3. Die gegenwärtige Situation
4. Die wichtigsten Rechts- und Datenschutzprobleme bei der Errichtung bevölkerungsbezogener Krebsregister
 - 4.1. Grundsätzliche und formalrechtliche Überlegungen
 - 4.2. Personenidentifizierbare oder anonyme Meldungen an das Register
 - 4.3. Melderecht oder Meldepflicht für Krebs-erkrankungen
Meldung an das Register nur mit Einwilligung des Patienten?
 - 4.4. Weitere Rechtsfragen
5. Schlußbemerkungen und Ausblick

der BRD bisher lediglich das Register in Hamburg gab, stellte sich die Frage, ein neues Register in einer geeigneten Teilregion einzurichten. Als Ergebnis dieser Bemühungen entstand in der 2. Hälfte des Jahres 1966 das "Krebsregister des Saarlandes". Das saarländische Register ist ein bevölkerungsbezogenes, epidemiologisch orientiertes Krebsregister, das keinerlei Aufgaben der Patientenbetreuung und -versorgung wahrnimmt. Die durch das Register flächendeckend überwachte Risikobevölkerung des Saarlandes beträgt ca. 1,05 Mill. Menschen.

Als bisher jüngstes, ebenfalls auf die Bevölkerung einer Region bezogenes Krebsregister in der BRD wurde das Krebsregister Baden-Württemberg in den Jahren von 1971 bis 1974 aufgebaut. Aus einer epidemiologischen Studie über das Kollumkarzinom entwickelte sich zunächst ein Kollumkarzinomregister, das später auf die Erfassung aller bösartigen Neubildungen in einem Regierungsbezirk des Landes sowie die Erhebung einiger spezieller Tumorarten im ganzen Land ausgedehnt wurde. Im Unterschied zu den beiden schon länger arbeitenden Registern in Hamburg und dem Saarland wird das baden-württembergische auf anonymer Basis, d. h. ohne Namen und Vornamen der Patienten geführt, dies aus Gründen des Datenschutzes, auf die im zweiten Hauptteil des Berichtes näher einzugehen sein wird.

2. Typen von Krebsregistern in der Bundesrepublik Deutschland

Neben den epidemiologischen Gebietsregistern befassen sich in der Bundesrepublik noch einige sogenannte Spezialregister mit der regelmäßigen Aufzeichnung, Speicherung und Bearbeitung von Informationen über Krebserkrankungen. Vornehmliches Ziel dieser Register ist die wissenschaftliche Weiterentwicklung zu Problemen der Diagnostik und Therapie spezieller und/oder seltener Organtumoren. Hier sind als wichtige Einrichtungen dieser Art zu nennen:

- das Register für Prostata Tumoren am Pathologischen Institut der Universität des Saarlandes
- die Register für Lymphknotentumoren und Kindertumoren am Pathologischen Institut der Universität Kiel
- das Register für Hodentumoren an der Universität Bonn und
- das Knochentumorregister am Deutschen Krebsforschungszentrum

1. Vorbemerkungen zur historischen Entwicklung

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt mit dem aus dem "Nachgehenden Krankendienst" hervorgegangenen Krebsregister Hamburg eines der ältesten Krebsregister der Welt überhaupt. Dennoch hat sich das Bewußtsein über den Nutzen der systematischen Erfassung und Auswertung von Daten über Krebserkrankungen als Bestandteil eines integrierten Gesamtprogramms zur Erforschung und Bekämpfung dieser Krankheit erst relativ spät in diesem Lande entwickelt. Im Rahmen einer 1965 geplanten, großangelegten Untersuchung über Krebsmorbidity in allen Ländern des Europarates war vorgesehen, daß jeweils zwei nationale Register in den einzelnen Ländern sich an diesen Erhebungen beteiligen sollten. Da es in

trum in Heidelberg, das als bevölkerungsbezogenes Spezialregister die Erfassung aller bösartigen Knochentumoren in der Bundesrepublik anstrebt.

Als dritte Kategorie gibt es in Deutschland noch eine Reihe von klinikbezogenen (hospital based) Registern, die detaillierte diagnostische und therapeutische Daten von in bestimmten Kliniken untersuchten und behandelten Patienten bereitstellen. Im Vordergrund stehen hier die Patienten-Versorgung und die damit verbundenen Probleme der wirksamsten Behandlungsformen sowie andere klinische Fragestellungen. Hier ist beispielhaft das seit 1974 am Pathologischen Institut der Universität Münster geführte Klinikregister als bestfunktionierendes Register dieses Typs in der BRD zu nennen. Weiterhin befinden sich an den einzelnen Tumorzentren klinisch orientierte Krebsregister im Aufbau, die durch einen flächendeckenden Ausbau der Regionalerfassung auch nach und nach für Zwecke der epidemiologischen Forschung genutzt werden könnten. So ist das onkologische Nachsorgeregister in Münster, das in der ersten Phase nur die Tumorpatienten der Universitätskliniken betreute, inzwischen auf die Erfassung sämtlicher Krebspatienten der Stadt Münster ausgedehnt worden. Eine Erweiterung des Erfassungsgebietes auf den gesamten Regierungsbezirk ist vorgesehen.

3. Die gegenwärtige Situation

Die Entwicklung der letzten fünf Jahre ist gekennzeichnet durch intensive Bemühungen der für die Gesundheitspolitik verantwortlichen Institutionen, die Rahmenbedingungen für eine als dringend notwendig erachtete Ausdehnung der Krebsregistrierung zu schaffen. Die Erkenntnis, daß die beiden Regionalregister in Hamburg und Saarbrücken keinesfalls ausreichend sind, um einen repräsentativen Überblick der Krebsbelastung der Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik zu gewinnen, hat sich bei den Gesundheitspolitikern weitgehend durchgesetzt. Wenn auch das Idealziel der Epidemiologen — eine flächendeckende Überwachung der Gesamtbevölkerung — noch in weiter Ferne liegt, so ist dennoch zu hoffen, daß in naher Zukunft mehrere neue epidemiologische Gebietsregister in verschiedenen Regionen des Bundesgebietes entstehen werden.

Ausgelöst wurden die Bestrebungen zur Intensivierung der epidemiologischen Erforschung der bösartigen Tumoren durch das "Gesamtprogramm zur Krebsbekämpfung" der Bundesregierung, in dem der Epidemiologie eine Sonderstellung als Hilfswissenschaft für die Grundlagenforschung, aber auch für die angewandte Forschung und die Krebsbekämpfung beigemessen wird. Hieraus resultiert die Forderung nach der Einrichtung neuer Krebsregister, weil diese die wichtigste Grundlage der epidemiologischen Analyse dar-

stellen. Die Bundesregierung hat eine Expertengruppe bestellt, deren erste Aufgabe die Prüfung der rechtlichen Grundlagen zur Krebsregistrierung gewesen ist. Die Expertengruppe hat einen "Mustergesetzentwurf" zur Schaffung einer geeigneten rechtlichen Absicherung der Krebsregister vorgelegt.

Wichtige Diskussionsgrundlage für den Mustergesetzentwurf der Bundesregierung war das "Saarländische Gesetz über das Krebsregister" vom Januar 1979. Das Gesetz bildet die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Saarländischen Krebsregisters. Es handelt sich dabei um die gesetzliche Erstregelung im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

Obwohl das saarländische Register bereits in der 2. Jahreshälfte 1966 seine Tätigkeit aufnahm, trat der Mangel einer geeigneten rechtlichen Basis erst gegen Mitte der siebziger Jahre immer deutlicher zutage. Die zunehmende Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit gegenüber Fragen des Datenschutzes, motiviert durch das unaufhaltsame Vordringen der automatischen Datenverarbeitung in nahezu allen Lebensbereichen des Menschen, führte zum Erlaß von Datenschutzgesetzen in Bund und Ländern.

Nach den Vorschriften des Datenschutzes ist die Erfassung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten nur dann zulässig, wenn sie aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder mit Zustimmung des Betroffenen erfolgt. Keine der beiden alternativen Voraussetzungen war für das Saarländische Krebsregister erfüllt. Das Register mußte seine Erhebungstätigkeit einstellen. Erst nach Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung konnten im Frühjahr 1979 die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der materiell rechtliche Inhalt des Saarländischen "Gesetzes über das Krebsregister" wird an späterer Stelle noch etwas näher zu beleuchten sein.

Neben den Aktivitäten im Saarland und auf Bundesebene gibt es eine Reihe von anderen Bundesländern, in denen man sich intensiv mit der Klärung der rechtlichen Voraussetzungen für die Krebsregistrierung befaßt. In Hamburg und Baden-Württemberg, wo bereits funktionierende Krebsregister existieren, ist man nachhaltig um die Schaffung der bisher fehlenden Rechtsgrundlagen bemüht, um eine drohende, zumindest zeitweilige Schließung der Register zu vermeiden. Am weitesten fortgeschritten sind die Arbeiten in Hamburg, wo inzwischen der Entwurf eines Krebsregistergesetzes vom Senat beschlossen und in die parlamentarische Beratung gebracht worden ist. Voraussichtlich wird noch in 1984 das "Krebsregistergesetz Hamburg" in Kraft treten. Der Inhalt des Entwurfs lehnt sich weitgehend an die im o.g. Mustergesetzentwurf entwickelten Vorschläge an und wird, wenn er ohne gravierende Einschränkungen Rechtskraft erhält, einen großen Vorwärtsschritt für die Arbeitsbedingungen der Krebs-epidemiologen bedeuten.

In Baden-Württemberg wurde die Diskussion auf einer breiteren Ebene geführt. Anknüpfend an den aktuellen Anlaß "Krebsregister" ist eine umfassende allgemeine Diskussion von Datenschutzproblemen in der medizinischen Forschung in Gang gebracht worden. Mitauslösend hierfür waren Überlegungen zur Einrichtung weiterer Krankheitsregister (z. B. für angeborene Schädigungen und Mißbildungen sowie für psychiatrische Erkrankungen). Als Lösung der rechtlichen Problematik wurde von der Landesregierung nicht nur ein spezielles Krebsregistergesetz gesehen, man strebte auch eine Regelung im Rahmen eines generellen Gesetzes zu Fragen des Datenschutzes in der medizinischen Forschung an. Diese Überlegung hat sich im nachhinein als unzweckmäßig für die Krebsregistrierung erwiesen. Der Wunsch nach anderen Krankheitsregistern führte zu der Befürchtung, daß die Krebsregister nur dem Einstieg in eine ganze Reihe von weiteren Einrichtungen ähnlicher Art freimachen würden, was aus Gründen des Datenschutzes auf keinen Fall hinzunehmen sei. So ist man zu dem ursprünglichen Vorhaben einer spezialgesetzlichen Regelung für die Erfassung und Beobachtung der Krebserkrankungen zurückgekehrt. Die Landesregierung wird ihre Initiative zur rechtlichen Absicherung des Krebsregisters fortsetzen, eine konkrete Lösung zeichnet sich derzeit jedoch noch nicht ab.

In Hessen wurde im Frühjahr 1982 vom für das Gesundheitswesen zuständigen Landesminister ein Entwurf eines Krebsregistergesetzes erarbeitet. Er orientierte sich ebenfalls am Modellentwurf des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit und wurde in einem Hearing im Mai 1982 zur Diskussion gestellt. Auch hier prallten die unterschiedlichen Auffassungen des Landesbeauftragten für Datenschutz sowie vor allem von Vertretern der Ärzteschaft mit denen der medizinischen Forschung hart aufeinander. Der Gesetzentwurf ist danach überarbeitet worden, fand jedoch in der neuen Fassung keine Mehrheit in der Landesregierung und konnte deshalb dem Parlament nicht zur Beschlußfassung zugeleitet werden. Auf das Zustandekommen einer geeigneten Rechtsnorm kann in nächster Zeit kaum gehofft werden. Das an der Universität Gießen eingerichtete Pilotregister mußte mangels Rechtsgrundlage seine Tätigkeit einstellen.

Da die ständige Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Länderminister in einer Entschließung vom März 1980 und erneut vom November 1983 die Einrichtung von Krebsregistern für notwendig erklärt hat, sind auch in den übrigen Bundesländern Anregungen zur Verwirklichung dieses Beschlusses von Epidemiologen und Gesundheitspolitikern aufgenommen worden. Unterstützt werden diese Bemühungen durch die einstimmige Forderung der Umweltminister der Länder zur Errichtung regionaler Krebsregister in allen Bundesländern. Die Überlegungen sind jedoch noch in keinem Fall so weit gediehen, daß in naher Zukunft mit dem Erlaß weiterer Ländergesetze gerechnet werden kann.

Angeregt durch die Initiativen von Bundesregierung und Bundesländern ist das Thema "bevölkerungsbezogene Krebsregister" für die epidemiologische Forschung zu einem ständigen Streitpunkt in der gesundheitspolitischen Diskussion der jüngsten Vergangenheit geworden. Immer unversöhnlicher scheinen sich auf der einen Seite die Befürworter solcher Einrichtungen, die sich vor allem aus der medizinischen Forschung rekrutieren, und auf der anderen Seite die rigorosen Gegner, die überwiegend im Lager der ärztlichen Standesvertretungen, aber auch bei den Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern zu suchen sind, gegenüber zu stehen.

Den Befürfnissen der epidemiologischen Krebsursachenforschung nach einer flächendeckenden Erfassung und Beobachtung der Krebserkrankungen und einer darauf aufbauenden wirksamen Prävention wird immer wieder das angeblich dem entgegenstehende Patienteninteresse und die daraus abgeleitete ärztliche Schweigepflicht entgegengehalten.

Dies ist der Kernpunkt, auf den letztlich alle rechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Einrichtung epidemiologischer Gebietsregister hinauslaufen. Ziel dieser Übersichtsarbeit ist es, die wichtigsten rechtlich relevanten Aspekte im Umfeld der Krebsregister aufzuzeigen, gegensätzliche Auffassungen herauszuarbeiten und schließlich Lösungsansätze zu versuchen.

4. Die wichtigsten Rechts- und Datenschutzprobleme bei der Errichtung bevölkerungsbezogener Krebsregister

4.1. Grundsätzliche und formalrechtliche Überlegungen

In der folgenden Darstellung und Diskussion der mit der Krebsregistrierung verbundenen rechtlichen Grundfragen wird jeweils von dem Lösungsvorschlag des bereits mehrfach angesprochenen Mustergesetzentwurfes des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit ausgegangen. Den Argumenten für die im Gesetz vorgesehenen Regelungen werden Stellungnahmen und Änderungsvorschläge gegenübergestellt. Hieraus sich abzeichnende Konsequenzen für den Inhalt des Gesetzes sollen aufgezeigt werden.

Das Mustergesetz ist als Ländergesetz konzipiert worden. Im Zuge der Vorarbeiten ist auch die Frage erörtert und geprüft worden, ob dem Bund eine Gesetzgebungskompetenz für die Krebsbekämpfung zusteht. Hierzu sind vom Bund und von Länderseite auseinandergelagerte Meinungen geäußert worden; es erübrigt sich, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Es bestand jedenfalls Einigkeit darüber, daß die Einrichtung und der Ausbau von regionalen flächendecken-

den Krebsregistern wirksamer und schneller erreicht werden kann, wenn dafür notwendige Rechtsgrundlagen durch Ländergesetze geschaffen werden. Es ist jedoch dafür zu sorgen, daß die Ländergesetze in wesentlichen Grundzügen übereinstimmen, damit die Ergebnisse der Registrierung bundesweit miteinander vergleichbar sind.

Die Erfassung von Krebserkrankungen in einem zentralen Register erfordert die Meldung des Patienten an dieses Register. Dies ist zweifellos ein schwerwiegender Eingriff in den verfassungsmäßig geschützten inneren Lebensbereich des Betroffenen. Aus fachlich methodischen Gründen der epidemiologischen Forschung ist es zudem notwendig — so die übereinstimmende Auffassung der Fachleute —, daß die Meldung mit Namen und Vornamen des Erkrankten erfolgen muß. Namensbezogene Meldungen sind als Eingriff in die Privatsphäre nur möglich, so das Bundesverfassungsgericht, wenn sie im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit unter strikter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgebots getroffen werden. Der für das Gemeinwohl zu erwartende Nutzen muß die Beeinträchtigung der Belange des einzelnen Bürgers rechtfertigen. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit verlangt, daß die Maßnahme zur Erreichung des angestrebten Zweckes geeignet und erforderlich ist und daß der mit ihr verbundene Eingriff nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht. Die Arbeitsgruppe "Epidemiologie" hat als Verfasser des Mustergesetzes mehrheitlich das Vorliegen sämtlicher Voraussetzungen bejaht. Sie hat sich damit bezüglich der Krebsregistrierung grundsätzlich für einen gewissen übergeordneten Vorrang des allgemeinen Zieles "Bekämpfung der Krebserkrankheit" gegenüber den persönlichen Rechten des Bürgers entschieden.

Aus den Reihen der Ärzteschaft und der Datenschutzbeauftragten wird immer wieder mit großem Nachdruck auf die ärztliche Schweigepflicht und das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten verwiesen. Es wird betont, daß "Forschungsvorhaben nicht a priori ein höherwertiges Rechtsgut als der Vertrauensschutz des Individuums darstellen". Diese gegensätzlichen Grundpositionen ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Diskussion der vorgeschlagenen Einzelregelungen.

Zu den wichtigsten Problemen im einzelnen:

4.2. Personenidentifizierbare oder anonyme Meldungen an das Register

Diese Frage ist weiter oben schon kurz angesprochen worden. Das Mustergesetz sieht eine namentliche Meldung der Patienten an das Register vor und entspricht damit den von den epidemiologischen

Fachvertretern einhellig gestellten Forderungen. Wenn man die epidemiologische Forschung als nützlich, ja unentbehrliches Instrument im Kampf gegen die "Volkseuche" Krebs ansieht, muß man auch den Grundbedingungen, die sie erst zu einem wirksamen Instrument machen, zustimmen. Dies wird auch von allen, die die Epidemiologie als sinnvollen Forschungsansatz anerkennen, eingeräumt. Von seiten des Datenschutzes wird einschränkend darauf hingewiesen, daß die Epidemiologie selbst innerhalb der Ärzteschaft nicht unumstritten sei und daß statistische Untersuchungen auch mit anonymen Daten durchgeführt werden könnten. Zudem seien die möglichen Anonymisierungstechniken noch zu wenig genutzt und man solle größere Anstrengungen auf die Entwicklung solcher Techniken konzentrieren.

Wenn eine Speicherung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen Zwecken unumgänglich sei — so wird weiter argumentiert —, dürfe dies nur für bestimmte gegenständlich begrenzte Forschungsvorhaben erfolgen. Die Datenspeicherung im Krebsregister sei nicht auf konkrete Forschungsprojekte ausgerichtet, sondern bilde die Basis für verschiedene laufende und auch künftige noch nicht feststehende Forschungsinitiativen.

Die internationalen Erfahrungen mit Krebsregistern bestätigen eindeutig die Notwendigkeit des Personenbezugs. Zuverlässige und aussagefähige Basisdaten sowie retrospektive oder prospektive Verlaufsstudien können nur mit personenidentifizierbaren Daten durchgeführt werden. Das bisher anonym arbeitende Krebsregister Baden-Württemberg wird bei erzwungenem definitiven Verzicht auf personenbezogene Daten seine Tätigkeit einstellen. Es gilt daher, einen tragfähigen Kompromiß zu finden, der bei wirksamem Schutz der Individualdaten dennoch eine Identifikation aus epidemiologisch-statistischen Gründen ermöglicht. Das saarländische Krebsregistergesetz gestattet zwar eine namentliche Erhebung der erkrankten Personen, die Identifikationsmerkmale sind jedoch vor der Speicherung in einer von den medizinischen Daten getrennten Datei zu führen. Eine erneute Zusammenführung zur Deanonymisierung ist nur für statistische Zwecke zulässig. Eine ähnliche, wenngleich in einem wichtigen Punkt, weitergehende Lösung, sieht das Mustergesetz des Bundesgesundheitsministers vor.

4.3. Melderecht oder Meldepflicht für Krebserkrankungen, Meldung an das Register nur mit Einwilligung des Patienten?

Die in der Überschrift zu diesem Abschnitt angesprochenen Schlüsselbegriffe kennzeichnen den unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes zentralen Punkt der Diskussion um die epidemiologischen Gebietsregister. Neben der Genauigkeit der Diagnosen ist eine mög-

lichst vollständige Erfassung aller Krebsfälle einer Region ein wichtiges Postulat der Epidemiologie. Zur Sicherung eines höchstmöglichen Erfassungsgrades wurde in einer Reihe von Ländern, ähnlich wie für die übertragbaren Krankheiten, eine Meldepflicht für die Erkrankungsfälle an bösartigen Tumoren eingeführt. In der Bundesrepublik ist man sich bei nahezu allen Beteiligten darüber einig, daß die Einführung einer derartigen Meldepflicht zur Erreichung der Ziele der Krebsregistrierung weder wünschenswert ist, noch rechtlich durchsetzbar erscheint. Von Juristen und Medizinern wird die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte in Form einer zwangsweisen Meldung nur dann für zulässig erachtet, falls von dem Individuum eine unmittelbare Bedrohung auf die es umgebenden Personen ausgeht. Dies sei indes bei Krebserkrankungen nicht der Fall.

Stark divergierend und manchmal völlig konträr sind jedoch die Vorschläge, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der rechtlichen Modalitäten bei der Übermittlung von personenbezogenen Informationen an das Register geht. Die Arbeitsgruppen beim für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesministerium haben sich mehrheitlich im Mustergesetz für eine Meldeberechtigung des Arztes unabhängig von der Einwilligung der Patienten ausgesprochen. Die Patienten sollen über die Meldung informiert werden, soweit ihnen dadurch nicht gesundheitliche Nachteile entstehen. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß bei der Erarbeitung des Mustergesetzes in den Arbeitsgruppen keine einheitliche Meinung darüber erzielt werden konnte, ob die Meldung, wie von den Datenschützern nachhaltig gefordert, grundsätzlich nur mit Zustimmung des betroffenen Patienten zulässig ist, oder ob der Arzt auch ohne eine solche Einwilligung zur Meldung berechtigt sein sollte. Ausschlaggebend für die Mehrheitsbildung war folgende Überlegung:

Auch wenn man unterstellt, daß viele Patienten die Einwilligung erteilen würden, sei damit zu rechnen, daß Meldungen aus Rechtsgründen unterbleiben müßten, wenn diese Einwilligung nicht erteilt wird. Somit würde sich der Vollständigkeitsgrad als entscheidende Voraussetzung einer effizienten epidemiologischen Forschung verschlechtern. Diese wurde als unabdingbar angesehen, da über ursächliche Zusammenhänge der Krebsentstehung bislang wenige gesicherte Erkenntnisse vorlägen und hier vorzugsweise durch die epidemiologische Forschung Fortschritte erzielt werden könnten.

Durch diese Regelung, die auch in die Ländergesetzentwürfe eingegangen ist, wird den Erfordernissen der epidemiologischen Forschung in begrenztem Umfang Vorrang vor dem Schutz der persönlichen Belange der an Krebs erkrankten Patienten eingeräumt. Angesichts der Dringlichkeit und der Bedeutung der epidemiologischen Krebsforschung als eines der wesentlichen Bestandteile erfolgversprechender Krebsbekämpfung wird diese Bestimmung für akzeptabel gehalten.

Sie war jedoch Ansatzpunkt sehr heftiger Kritik in verschiedenen Anhörungsverfahren. Die Bundesärztekammer, die sich bei mehreren Anlässen mit dem Generalthema "Ärztliche Schweigepflicht" und "Datenschutz in der medizinischen Forschung" beschäftigte, hat in einem Beschluß festgestellt, daß "Forschungsvorhaben kein höherwertiges Rechtsgut als der Geheimnisschutz des Individuums" seien. Aus dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ergebe sich grundsätzlich, daß personenbezogene Angaben auch "zum Zwecke der medizinischen Forschung nur mit Zustimmung des betroffenen Patienten oder Probanden an andere Ärzte oder an Forschungseinrichtungen weitergegeben werden dürfen". Kein Arzt könne verpflichtet werden, personenbezogene Daten zu Forschungszwecken an Dritte weiterzugeben. Letztlich wird die Entscheidung in Konfliktfällen dem behandelnden Arzt zugeschoben. Er muß nach bestem Wissen und Gewissen Güterabwägungen zwischen dem Forschungsziel einerseits und den Individualrechten der Patienten andererseits vornehmen.

Aus der Sicht des Epidemiologen ist es nicht zu begrüßen, wenn die Meldung an das Register in das Belieben des einzelnen Arztes gelegt wird. Je nach dem Wissen und der Einstellung der Ärzte zu epidemiologischen Forschungsansätzen/können sich beträchtliche regionale Verzerrungen in der Vollständigkeit der Meldungen ergeben. Wenn schon keine 100-prozentige Erfassung möglich ist, dann sollten sich die Ausnahmen jedoch aus gesetzlich festgelegten Vorschriften ableiten lassen.

Die ärztlichen Berufsorganisationen werden in ihren Auffassungen zu diesen Fragen durch die Datenschutzbeauftragten bestärkt. Auch für sie gilt die Information des Patienten über die Meldung und sein Einverständnis dazu als grundsätzliche Voraussetzung zur Weiterleitung an das Register.

Der Gesetzgeber dürfe Ausnahmen von diesem Prinzip nur in unumgänglich notwendigen Umfang zulassen. Der Arzt sollte nur dann von der Einwilligung des Patienten absehen dürfen, wenn besondere medizinische Gründe die Meldung nahelegen und wenn gleichzeitig die Bekanntgabe des Krankheitsbildes beim Krebspatienten erhebliche gesundheitliche Nachteile auslösen würde.

Als bisheriges Ergebnis zu diesem Problemkreis ist festzuhalten:

Die Widerstände in der Ärzteschaft und bei den Vertretern des Datenschutzes gegenüber einem personenbezogenen Meldeverfahren ohne die Zustimmung der Patienten sind sehr groß. Da eine erfolgreiche Registerarbeit ohne die bereitwillige und zuverlässige Mitarbeit der Ärzteschaft unmöglich erscheint, muß nach einer Lösung, die sich auf breite Unterstützung der Ärzte stützen kann, gesucht werden. Nach dem derzeitigen Stand der Meinungsbildung wird es

in Zukunft kaum mehr möglich sein, in geplanten Ländergesetzen zur Krebsregistrierung eine Lösung wie im Saarland — Meldung ohne Wissen und Einverständnis des Patienten — durchzusetzen. Als Alternative bietet sich folgendes in Hessen schon einmal diskutiertes Modell an. Hiernach bedarf die Meldung zwar prinzipiell der Einwilligung des Patienten; für Pathologen, die zytologische und histologische Untersuchungen im Zusammenhang mit Krebserkrankungen vornehmen, soll jedoch ein Ausnahmetatbestand geschaffen werden. Sie sollen auch ohne Einwilligung des Patienten dem Krebsregister die erforderlichen Angaben liefern dürfen und informieren danach den behandelnden Arzt über die erfolgte Meldung, der seinerseits den Patienten innerhalb einer gewissen Frist zu unterrichten hat. Wenn der Patient nun innerhalb von zwei Wochen widerspricht, müssen die im Register über ihn gespeicherten Daten vernichtet werden. Dies wäre wohl eine — wenn auch unbefriedigende — Kompromißlösung, deren Praktikabilität noch nicht erwiesen ist.

Darüber hinausgehend sollte eine Zusatzregelung gefunden werden, die es in bestimmten sorgfältig abgegrenzten Fällen erlaubt, letztlich auch ohne das Einverständnis des Betroffenen auszukommen. Die kommt vor allem dann in Frage, wenn die umfassende Information des Patienten über Art und Ausmaß seiner Erkrankung nicht zumutbar ist, weil sonst eine weitere Verschlechterung des Gesundheitszustandes zu befürchten wäre, dem Patienten also durch die Aufklärung über sein Leiden ein vermeidbarer Schaden zugefügt würde. Objektive Kriterien für die Beurteilung eines solchen Falles sind nur sehr schwer aufzustellen. Die Entscheidung hierüber sollte letztlich in das pflichtgemäße Ermessen des behandelnden Arztes gelegt werden. Kommt der Arzt zu dem Ergebnis, daß die Information im Eigeninteresse des Patienten unterbleiben muß, so soll er dennoch trotz fehlender Zustimmung des Betroffenen berechtigt sein, diesen Fall an das Krebsregister zu melden, ohne hierdurch gegen seine Standespflichten oder andere Rechtsvorschriften zu verstoßen.

Ein analoges Vorgehen ist ebenfalls gerechtfertigt, wenn eine Krebserkrankung erst nach dem Tode des Patienten festgestellt wird; die Zustimmung des Erkrankten ist dann objektiv unmöglich. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, in eine Diskussion über das Fortwirken von Persönlichkeitsrechten über den Tod hinaus einzusteigen. So viel dürfte jedenfalls feststehen, daß das Schutzbedürfnis von persönlichen Daten durch den Tod der Person eher geringer denn stärker wird, da nicht mehr die Person direkt, sondern lediglich ihr Erinnerungsbild in der Nachwelt eventuell beeinträchtigt werden könnte. Auch hier sollte dem Arzt eine Meldeberechtigung zugestanden werden, um nicht Informationen ungenutzt verloren gehen zu lassen, die für das Leben zukünftiger Patienten von entscheidender Bedeutung sein können.

Außerdem ist es für analytische Studien oft notwendig, Daten über eventuelle Krebsrisiken von Dritten zu beschaffen. Der Entwurf sieht diese und ähnliche Möglichkeiten ebenfalls vor; ihre Durchführung ist jedoch an ein kompliziertes Genehmigungsverfahren gebunden, zu dem es noch keine endgültige Stellungnahme gibt. Weiterhin bedürfen Fragen des Zugangs von nicht im Krebsregister tätigen Forschern zu personenbezogenen Daten der Klärung.

4.4. Weitere Rechtsfragen

Die soeben behandelten Fragen werden derzeit in Deutschland sehr kontrovers diskutiert. Sie sind die zentralen Probleme in der Diskussion um die Krebsregister und wurden daher etwas ausführlicher behandelt. Im Rahmen dieses Überblicks können weitere wichtige Rechtsfragen nur noch cursorisch gestreift werden. Von Seiten des Datenschutzes wird ein Recht des Patienten auf Auskunft über die im Register über ihn gespeicherten Daten gefordert. Grundsätzlich ist dieses aus dem Datenschutz abgeleitete Recht zu bejahen, und der Mustergeszentwurf berücksichtigt auch ein Auskunftsrecht des Patienten. Die Auskünfte sollen jedoch nicht vom Register direkt an den Patienten, sondern nur über einen vom Betroffenen zu benennenden Arzt erteilt werden. In dieser Frage gibt es lediglich geringfügige Meinungsunterschiede der Diskussionsbeteiligten. Wesentlich schwieriger wird die Gestaltung der Bedingungen, zu denen es möglich sein soll, eine erkrankte Person über zusätzliche Angaben aus ihrer gesellschaftlichen oder beruflichen Umgebung zu befragen.

Außerdem ist es für analytische Studien oft notwendig, Daten über eventuelle Krebsrisiken von Dritten zu beschaffen. Der Entwurf sieht diese und ähnliche Möglichkeiten ebenfalls vor; ihre Durchführung ist jedoch an ein kompliziertes Genehmigungsverfahren gebunden, zu dem es noch keine endgültige Stellungnahme gibt. Weiterhin bedürfen Fragen des Zugangs von nicht im Krebsregister tätigen Forschern zu personenbezogenen Daten der Klärung.

5. Schlußbemerkungen und Ausblick

Alle diese Regelungen sollen dazu dienen, die Voraussetzungen und Bedingungen für eine effektive Nutzung der epidemiologischen Instrumente zu verbessern bei gleichzeitiger Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der hochsensiblen Individualdaten von Patienten. Wenngleich es auf diesem Weg noch manches Hindernis zu be-

seitigen gibt, finden sich in letzter Zeit doch einige Anzeichen, die eine günstigere Entwicklung erwarten lassen. Eine im Auftrage des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführte repräsentative Umfrage hat jedenfalls bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung eine positive Einstellung gegenüber Krebsregistern festgestellt. Prominente Vertreter von Patientenselbsthilfeorganisationen haben sich ebenfalls in jüngster Zeit mehrfach "unter der Voraussetzung, daß die erhobenen Daten ausschließlich der Forschung sowie verbesserten therapeutischen Möglichkeiten dienen", eindeutig für die Errichtung regionaler Krebsregister ausgesprochen.

Es bleibt zu hoffen, daß die ablehnende Front der ärztlichen Standesorganisationen nach und nach aufgeweicht werden kann, daß künstlich aufgebaute Gegensätze zwischen Forschungs- und Patienteninteresse durch Aufklärung und Überzeugung abgebaut werden können.

Hartwig Ziegler
Dipl.-Volkswirt

Die Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe aufgrund der Einheitswertstatistik am 1. Januar 1980

1. Vorbemerkung

2. Methodische Hinweise

3. Hauptergebnisse

3.1. Bilanzstruktur nach Rechtsformen

3.2. Bilanzstruktur nach wirtschaftlicher Gliederung

4. Schlußbemerkung

1. Vorbemerkung

Aufgrund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 304), war mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe nach dem Stand vom 1. Januar 1980 eine Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe verbunden. Ergebnisse dieser Statistiken liegen bisher für die Jahre 1960, 1963, 1966, 1969, 1972, 1977 und 1980 vor. Im folgenden werden die Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1980 dargestellt.

Als Grundlage der Vermögensbesteuerung und der Besteuerung des Gewerbekapitals im Rahmen der Gewerbesteuer bewerten die Finanzämter das Vermögen der Gewerbebetriebe und der freien Berufe. Die daran anknüpfende Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe informiert über Größe und Aufbau des in den Unternehmen investierten Vermögens und über die Finanzierung dieser Vermögensanlagen, wobei es sich hierbei um die nach den steuerlichen Voraussetzungen festgestellten Werte handelt.

Die weiteren Ausführungen berücksichtigen die Bilanzstrukturen in den verschiedenen Rechtsformen und Wirtschaftszweigen.

2. Methodische Hinweise

Die Einheitsbewertung der gewerblichen Betriebe umfaßt die Betriebe in allen Wirtschaftszweigen außerhalb der Land- und Forst-

wirtschaft. Ermittelt wird der Einheitswert für jeden einzelnen Betrieb, der eine selbständige und organisatorische Einheit darstellt.

Bewertungsmaßstab ist der Teilwert: Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des gesamten Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut einsetzen würde, wenn er das Unternehmen fortführt. Eine Feststellung des Einheitswertes unterbleibt, wenn sie für steuerliche Zwecke nicht erforderlich ist. Dadurch sind in der Einheitswertstatistik nicht alle Unternehmen erfaßt. Das Betriebsvermögen dürfte aber zu einem hohen Grad erfaßt worden sein, da fast ausschließlich Kleinunternehmen nicht bewertet werden.

Die Ergebnisse der Statistik der Einheitsbewertung der gewerblichen Betriebe können erst vorgelegt werden, wenn die Steuerverwaltung die Bewertung des Vermögens abgeschlossen hat. Die zur Zeit aktuellsten Informationen beziehen sich daher auf den 1. Januar 1980.

3. Hauptergebnisse

Von der Einheitswertfeststellung der gewerblichen Betriebe liegen zum Stichtag 1. Januar 1980 folgende Hauptergebnisse vor:

Betriebsvermögen, Schulden und sonstige Abzüge sowie Einheitswert der gewerblichen Betriebe 1980

Besitz- und Schuldposten	1 000 DM	%
Anlagevermögen	5 230 391	33,8
davon		
Sachanlagen	4 262 355	27,6
darunter		
inländische Betriebsgrundstücke nach § 99 Abs. 1 Nr. 1 BewG	1 584 022	10,2
Maschinen und maschinelle Anlagen	1 858 516	12,0
sonstige Sachanlagen	813 389	5,3
Finanzanlagen	968 036	6,3
Umlaufvermögen	10 237 534	66,2
davon		
Betriebskapital	7 901 815	51,1
Vorratsvermögen	2 335 719	15,1
Rohbetriebsvermögen	15 467 925	100,0
Schulden und sonstige Abzüge	11 127 840	71,9
Abzüge auf Grund von Schachtel- beteiligungen	473 410	3,1
Einheitswert ¹⁾	3 855 669	24,9

¹⁾ ohne die steuerbefreiten Vermögensteile bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen (1980: 10,7 Mill. DM).

Bewertet wurden im Saarland 12 228 gewerbliche Betriebe mit einem Rohbetriebsvermögen von 15,5 Mrd. DM. Nach Berücksichtigung der Schulden und sonstigen Abzüge verblieb 1980 ein Einheitswert von 3,9 Mrd. DM. Von dem Rohbetriebsvermögen entfielen ein Drittel auf das Anlagevermögen und gut zwei Drittel auf das Umlaufvermögen. Am Einheitswert waren 1980 insgesamt 4 006 Betriebe nicht natürlicher Personen (AG, KGaA, GmbH, OHG u. ä.) beteiligt, das waren 32,8 % aller bewerteten Betriebe, auf die aber 83,8 % des gesamten Einheitswertes entfiel. Von den bewerteten Betrieben vereinigten 81 gewerbliche Betriebe mit Einheitswerten von 5 Mill. DM und mehr drei Fünftel des gesamten Einheitswertes auf sich; durchschnittlich wurde 1980 pro Betrieb ein Einheitswert von 315 000 DM errechnet.

Einheitswert der gewerblichen Betriebe 1980 nach Kreisen

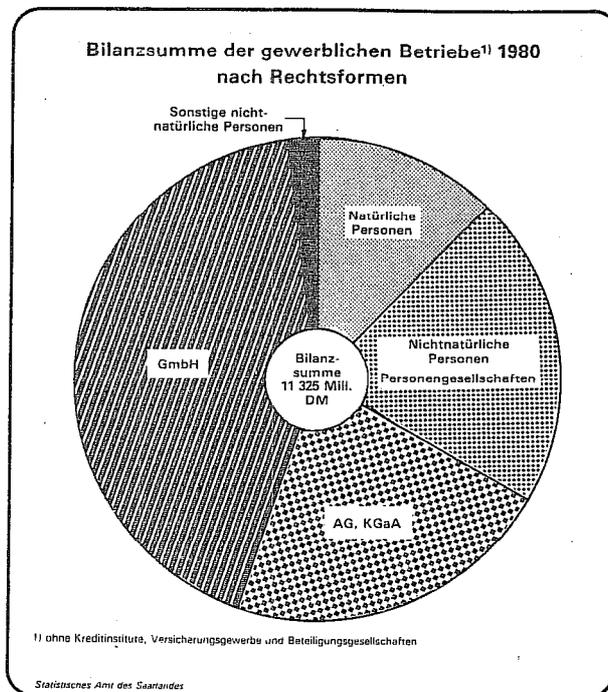
Kreis	Betriebe		Einheitswert ¹⁾		
	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM je Betrieb
STADTVERBAND SAARBRÜCKEN	4 406	36,0	1 352 250	35,1	307
Merzig-Wadern	1 088	8,9	719 008	18,6	661
Neunkirchen	1 225	10,0	292 762	7,6	239
Saarlouis	2 735	22,4	837 653	21,7	306
Saar-Pfalz-Kreis	1 542	12,6	435 459	11,3	282
St. Wendel	1 232	10,1	218 555	5,7	177
SAARLAND	12 228	100,0	3 855 687	100,0	315

¹⁾ ohne die steuerbefreiten Vermögensteile bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen (1980: 10,7 Mill. DM)

Die Vermögens- und Schuldposten, wie sie sich aus der Gliederung der Einheitsbescheide ergeben, lassen sich bilanzmäßig darstellen. Dadurch lassen sich Aufschlüsse über die Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe ableiten. Dabei ist zu beachten, daß durch die für steuerliche Zwecke maßgeblichen Bewertungsvorschriften gewissen Einschränkungen gegenüber einer Handelsbilanz gegeben sind. Bei der Gegenüberstellung der Aktivposten (Anlage- und Umlaufvermögen) und der Passivposten (Einheitswert, Schachtelbeteiligung, Schulden und sonstige Abzüge — darunter auch Rückstellungen für Pensionsanwartschaften) bildet das Rohbeteiligungsvermögen die Bilanzsumme.

Zum Stichtag 1. Januar 1980 ist — wie bereits in den Berichtszeiten davor — auf der Aktivseite ein nahezu konstantes Verhältnis zwischen Umlaufvermögen und Anlagevermögen festzustellen; auf der Passivseite ist eine verstärkte Fremdfinanzierung erkennbar.

Ohne die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die Beteili-



gungsgesellschaften, die wegen ihrer besonderen Bilanzstruktur in den nachfolgenden Betrachtungen außer acht bleiben werden, belief sich 1980 die Bilanzsumme auf 11,3 Mrd. DM. Der Anteil' des Anlagevermögens an der Bilanzsumme betrug 44,0 %, der des Umlaufvermögens 56,0 %. Auf der Passivseite wurde ein Fremdkapitalanteil von 63,0 % festgestellt; das Eigenkapital, das sich aus dem Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligung zusammensetzt, machte dagegen nur 37,0 % der Bilanzsumme aus.

3.1. Bilanzstruktur nach Rechtsformen

Von der allgemeinen Bilanzstruktur wich die Bilanzstruktur der Betriebe natürlicher Personen ab: Hier war die Differenz zwischen den Anteilen des Anlagevermögens (47,7 %) und des Umlaufvermögens (52,3 %) an der Bilanzsumme erheblich geringer als bei den Betrieben nichtnatürlicher Personen, — bei diesen machte das Anlagevermögen einen deutlich niedrigen Teil der Bilanzsumme aus (43,5 %) als das Umlaufvermögen (56,5 %). Analog dazu wichen auf der Passivseite Eigenkapital- und Fremdkapitalanteil der Betriebe natürlicher Personen (46,4 % bzw. 53,6 %) weitaus weniger von den entsprechenden Positionen der nichtnatürlichen Personen ab (35,7 % bzw. 64,3 %).

Nach Rechtsformen aufgeschlüsselt, wird eine differenzierte Zusammensetzung der Bilanzposten erkennbar. Anteilmäßig kam das Anlagevermögen von Personengesellschaften mit 38,9 % dem der Betriebe natürlicher Personen (47,7 %) am nächsten. Die kapitalintensiven Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf

Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe¹⁾ 1980 nach Rechtsformen

Rechtsform	AKTIVA						PASSIVA			Bilanzsumme
	Anlagevermögen			Umlaufvermögen			Eigenkapital		Fremdkapital	
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		Einheitswert	Gegenwert der Schachtelbeteiligung	Schulden und sonstige Abzüge	
		Sachanlagen	Finanzanlagen		Betriebskapital	Vorratsvermögen				
	% der Bilanzsumme									
1 000 DM										
Natürliche Personen	47,7	44,7	3,0	52,3	27,8	24,5	46,4	—	53,6	1 343 438
Nichtnatürliche Personen	43,5	36,2	7,3	56,5	36,4	20,1	31,0	4,7	64,3	9 981 242
<i>davon:</i>										
Personengesellschaften (OHG, KG u. ä.)	38,9	36,2	2,7	61,1	42,6	18,5	44,8	—	55,2	2 427 516
AG, KGaA	59,1	43,8	15,3	40,9	31,1	9,8	32,0	13,8	54,2	2 357 589
GmbH	37,4	31,5	5,9	62,6	36,5	26,1	23,8	2,7	73,5	5 024 083
Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossensch.	61,9	39,2	22,7	38,1	26,5	11,6	23,7	16,0	60,3	34 355
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	80,4	79,8	0,6	19,6	17,7	1,9	39,2	—	60,8	112 519
Sonstige nichtnatürliche Personen	44,3	44,2	0,1	55,7	45,5	10,2	35,3	—	64,7	25 180
INSGESAMT	44,0	37,2	6,8	56,0	35,4	20,6	32,9	4,1	63,0	11 324 680

¹⁾ Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften.

Aktien (59,1 %), die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (61,9 %) und vor allem die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (80,4 %) wiesen jeweils überdurchschnittliche Anteile am Anlagevermögen auf. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung kamen noch auf ein Anlagevermögen von 37,4 % der Bilanzsumme.

Sachanlagen machten in der Regel einen wesentlichen höheren Anteil der Bilanzsumme aus als Finanzanlagen. Beim Umlaufvermögen überwog das Betriebskapital gegenüber dem Vorratsvermögen. Gegenüber dem durchschnittlichen Anteil dieser Vermögenswerte bei allen Betrieben an der Bilanzsumme ergaben sich überdurchschnittliche oder etwa gleich hohe Anteile von Vorratsvermögen und Betriebskapital bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung (62,6 %), den Personengesellschaften (61,1 %) und den sonstigen nichtnatürlichen Personen (55,7 %). Über dem Durchschnitt lag auch der Betriebskapitalanteil der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (36,5 %), der Personengesellschaften (42,7 %) und der sonstigen nichtnatürlichen Personen (45,5 %).

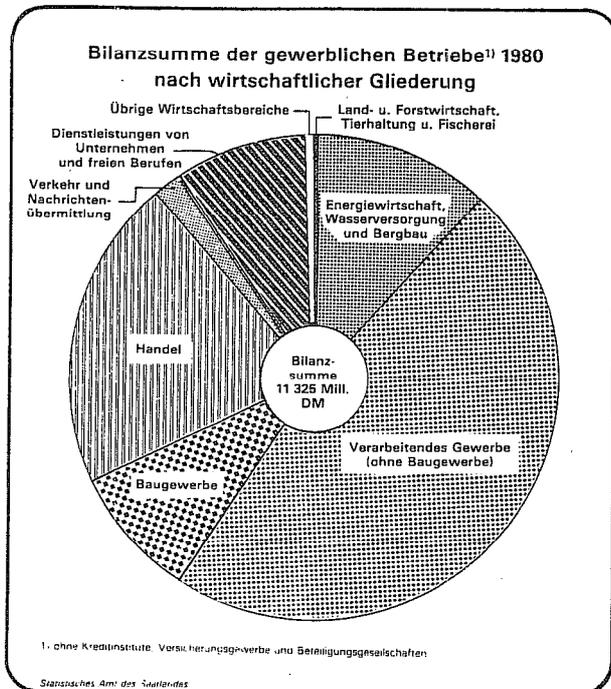
Auf der Passivseite betrug der Eigenkapitalanteil der Betriebe natürlicher und auch der nichtnatürlichen Personen weniger als die Hälfte der Bilanzsumme (46,4 % bzw. 35,7 %). Bei den Aktiengesellschaften und den Kommanditgesellschaften auf Aktien lag der Eigenkapitalanteil mit 45,8 % zwar niedriger als bei den natürlichen Personen (46,4 %), aber von den Betrieben nichtnatürlicher Personen belegte er den ersten Rang gefolgt von den Personenge-

sellschaften mit 44,8 % und den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit 39,7 %. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (26,5 %) und die sonstigen nichtnatürlichen Personen lagen am Ende dieser Skala. Der Gegenwert von Schachtelbeteiligungen war lediglich bei den Aktiengesellschaften und den Kommanditgesellschaften auf Aktien (13,8 %) und den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (16,0 %) von Bedeutung. Schulden und sonstige Abzüge machten bei den nichtnatürlichen Personen im Durchschnitt einen Anteil von 64,3 % aus, bei den natürlichen Personen dagegen nur von 53,6 %.

Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital ist von hoher Bedeutung für die Kapitalbasis der Betriebe. So war bei den Personengesellschaften mit 115,4 % eine über 100 % hinausgehende Deckung festzustellen. Bei den Betrieben natürlicher Personen konnte man mit 97,3 % noch von einem Gleichgewicht sprechen. Es folgten die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien sowie die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einer Deckungsquote von nurmehr 77,5 % bzw. 70,7 %. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit 64,2 % und die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit 48,8 % wiesen die schlechteste Kapitalbasis aus.

3.2. Bilanzstruktur nach Wirtschaftlicher Gliederung

Unterschiede der wirtschaftlichen Tätigkeit wirken sich auch in der



Bilanzstruktur der Betriebe aus. Nach Wirtschaftsabteilungen bzw. Unterabteilungen im Handel untersucht, sind bei gewerblichen Betrieben der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei Anlagevermögen — fast ausschließlich Sachanlagen — zu 36,5 % an der Bilanzsumme beteiligt; der Anteil des

Umlaufvermögens lag mit 63,5 % weit über dem Durchschnitt aller bewerteten Betriebe (ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften) auch der Fremdkapitalanteil bewegte sich mit 74,6 % hoch über dem Durchschnitt, der Eigenkapitalanteil entsprechend niedrig; das Anlagevermögen war lediglich zu 86,7 % durch Eigenkapital gedeckt.

Für den Bereich Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau ist ein hohes Anlagevermögen charakteristisch; der entsprechende Anteil war mit 77,5 % der höchste von allen Wirtschaftsabteilungen; Sachanlagen und Finanzanlagen stehen etwa im Verhältnis 14:1; der Eigenkapitalanteil war mit 36,6 % etwas niedriger als im Durchschnitt; das Anlagevermögen erfuhr noch knapp zur Hälfte (47,2 %) Deckung durch Eigenkapital.

Beim verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) pendelten sowohl Aktiva als auch Passiva um die allgemeinen Durchschnittswerte.

Eine starke Fremdfinanzierung ist auch hier festzustellen; lediglich 42,7 % der Bilanzsumme waren Eigenkapital; die Deckungsquote für das Anlagevermögen lag bei 81,7 %.

Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe¹⁾ 1980 nach wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftliche Gliederung	AKTIVA						PASSIVA			Bilanzsumme
	Anlagevermögen			Umlaufvermögen			Eigenkapital		Fremdkapital	
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		Einheitswert	Gegenwert der Schachtelbeteiligung	Schulden und sonstige Abzüge	
		Sachanlagen	Finanzanlagen		Betriebskapital	Vorratsvermögen				
% der Bilanzsumme										
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	36,5	36,4	0,1	63,5	30,6	32,8	25,4	—	74,6	7 825
Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau	77,5	72,3	5,2	22,5	19,5	3,0	34,5	2,1	63,4	1 402 374
Verarbeitendes Gewerbe	43,6	34,5	9,1	56,4	37,5	18,9	35,6	7,1	57,2	5 379 981
Baugewerbe	25,8	24,1	1,7	74,3	33,9	40,3	21,1	0,1	78,8	1 034 399
Produzierendes Gewerbe	47,3	39,9	7,4	52,7	33,8	18,9	33,5	5,3	61,2	7 816 754
Großhandel	25,3	19,0	6,3	74,7	48,0	26,7	20,9	3,2	75,9	1 353 136
Handelsvermittlung	31,3	28,5	2,8	68,6	47,2	21,4	38,5	—	61,4	20 553
Einzelhandel	35,0	31,3	3,7	65,0	27,7	37,3	35,7	3,3	64,0	1 043 251
Handel	29,6	24,4	5,2	70,4	39,2	31,2	27,4	1,9	70,4	2 416 940
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	59,9	57,7	2,2	40,1	37,0	3,1	30,7	0,0	69,3	217 845
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	50,1	43,0	7,1	49,9	39,3	10,6	43,0	0,7	56,3	854 994
Übrige Wirtschaftsbereiche	46,8	43,6	3,2	53,2	52,7	0,5	38,7	—	61,4	10 322
ZUSAMMEN	44,0	37,2	6,8	56,0	35,4	20,6	32,9	4,1	63,0	11 324 680

¹⁾ Ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften.

Im Baugewerbe entfielen auf das Anlagevermögen 25,8 %; das Umlaufvermögen war weniger durch das Betriebskapital als durch das Vorratsvermögen (33,9 % bzw. 40,3 %) geprägt. Auf der Passivseite wurde ein Eigenkapitalanteil von 21,2 % festgestellt, dies war der niedrigste aller Wirtschaftsabteilungen. Das Anlagevermögen war mit 82,4 % durch Eigenkapital gedeckt.

Im Handel ist innerhalb des Anlagevermögens ein deutliches Übergewicht der Sachanlagen festzustellen, am ausgeprägtesten im Einzelhandel. Einem niedrigeren Anteil des Anlagevermögens bei den Handelsvermittlungen und dem Großhandel entsprach ein hoher branchentypischer Anteil beim Umlaufvermögen, und hier insbesondere beim Vorratsvermögen, wenn man alle Wirtschaftsabteilungen zum Vergleich heranzieht. Der Anteil des Vorratsvermögens an der Bilanzsumme betrug beim Handel 31,2 % gegenüber dem Durchschnitt von 20,6 %. Der Eigenkapitalanteil im Einzelhandel lag mit 39,0 % innerhalb des Handelssektors am höchsten. Das Anlagevermögen im Handel erreichte lediglich eine Deckungsquote 99,4 %; beim Großhandel belief sie sich auf 95,2, bei den Handelsvermittlungen auf 122,9 % und beim Einzelhandel auf 102,8 %.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung wiesen mit 59,9 % nach Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau den zweithöchsten Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme auf. Das Umlaufvermögen blieb mit 40,1 % unter dem Durchschnitt. Auf der Passivseite war ein hoher Fremdkapitalanteil erkennbar (69,3 %) der Eigenkapitalanteil blieb knapp unter dem Durchschnitt. Die Eigenkapitaldeckung war beim Anlagevermögen mit 51,3 % die zweitniedrigste von allen Wirtschaftsabteilungen.

Im Dienstleistungsgewerbe einschließlich der freien Berufe haben vor allem die Anteile der Sachanlagen (43,0 %) und Finanzanlagen (7,1 %) einen hohen Stellenwert. Auf der Passivseite wies diese Wirtschaftsabteilung als einzige über 40 % liegenden Eigenkapitalanteil auf; eine Deckung des Anlagevermögens war aber mit 87,3 % nicht gegeben.

4. Schlußbemerkung

Die oben beschriebenen Bilanzstrukturen bezogen sich auf die Einheitswertfeststellung aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten am 1. Januar 1980. Inzwischen brachten Konjunkturschwankungen Veränderungen im Investitionsverhalten und Finanzgebahren der Unternehmen. Die Statistik der Einheitswerte des Betriebsvermögens zum 1. Januar 1983 wird dann einen neuen Vermögens- und Kapitalbestand liefern und die Möglichkeit eines zeitlichen Vergleichs eröffnen, der eingetretenen Veränderungen zu quantifizieren vermag.

Peter Nicolaus
Dipl.-Volkswirt

Wahlen im Saarland am 17. Juni 1984

Am 17. Juni 1984 waren im Saarland rund 844 000 Bürger aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, das sind 3 000 mehr als bei der letzten Bundestagswahl.

Die saarländische Bevölkerung mußte ihr Votum für vier Parlamente abgeben:

- Europaparlament
- Gemeinderat
- Kreistag
- Ortsrat

Am Wahlsonntag, mehr als 1 000 Wahlhelfer befanden sich im Einsatz, öffneten die Wahllokale zur gewohnten Zeit um 8.00 Uhr. Ein langer Tag stand bis zur Schließung um 21.00 Uhr bevor. Recht schleppend lief die Wahlbeteiligung an. Sie erreichte um 11.00 Uhr erst einen Wert von 18,7 % (1979: 21,7 %). Auch um 14.00 Uhr lag sie mit 36,4 % noch unter dem Wert von 1979 (39,7 %). Die Meldung um 17.00 Uhr ließ dann auf eine gute Wahlbeteiligung hoffen. 61,9 % (1979: 60,4 %) hatten bereits von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung um 20.00 Uhr (72,4 %) erreichte dann das Ergebnis von 1979 (76 %) nicht mehr.

Als um 21.00 Uhr die Wahllokale schlossen, mußte in folgender Reihenfolge ausgezählt werden: 1. Europawahl, 2. Gemeinderatswahl, 3. Kreistagswahl, 4. Ortsratswahl.

Zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses im Statistischen Amt des Saarlandes durch den Landeswahlleiter meldete als erste Gemeinde Bous um 22.19 Uhr ihr Europawahlresultat. Von dieser Gemeinde konnte auch um 23.19 Uhr als erstes das Gemeinderatsresultat und gegen 23.31 Uhr das Kreiswahlresultat entgegen genommen werden.

Als letzte Gemeinde, nicht nur im Saarland, sondern im gesamten Bundesgebiet gab die Gemeinde Schiffweiler um 3.55 Uhr ihr Europawahlresultat an den Landeswahlleiter weiter. Bei den anderen Wahlen belegten die Ge-

meinde Schmelz (Gemeinderatswahl) und die Gemeinde Schiffweiler (Kreistagswahl) die letzten Plätze mit Meldezeiten von 5.01 Uhr und 4.18 Uhr. Danach konnte der Landeswahlleiter am 18. 6. 1984 erst gegen 4.00 Uhr das vorläufige Endergebnis der Europawahl und gegen 5.15 Uhr das der Kommunalwahl bekannt geben.

Mitarbeiter des Statistischen Amtes erstellten anschließend eine Wahlsonderschrift, die am Montag um 15.30 Uhr auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Kommunalwahlen

Die überraschenden Wahlergebnisse des 17. Juni 1984 haben die politische Landschaft im Saarland zwar nicht grundlegend verändert, aber doch einige neue Akzente gesetzt. So büßte die CDU gegenüber 1979 3-Prozentpunkte ihrer Stimmen ein, verlor die F.D.P 2,1 - Prozentpunkte und rutschte damit im Landesdurchschnitt unter die 5-Prozentgrenze. Die SPD erzielte im Gesamtergebnis geringe Stimmenzunahmen von 1,1 Punkten und die GRÜNEN, als eigentliche Sieger in der Presse bezeichnet, brachten 4,1 % hinter sich, obwohl sie nicht einmal in allen Gemeinden kandidierten.

Interessant stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Wahlbeteiligung dar. Noch nie seit der ersten Kommunalwahl 1946 war das Interesse der Saarländer an der Kommunalwahl so gering wie am 17. Juni 1984. Nur 78,7 % der Bürger machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Zu erwähnen bleibt hier noch das Stadt-Land-Gefälle bei der Wahlbeteiligung, d.h. Beteiligungsquoten der ländlichen Regionen rangieren vor denen der städtischen Bereiche. Diese Korrelation zwischen Größe einer Gemeinde und Wahlbeteiligung zeigt sich auch bei der Betrachtung der Rangfolgen der Gemeinden im Bezug auf die Wahlbeteiligung. So erzielte Oberthal mit 84,5 % das beste, Saarbrücken mit 70,8 % das schlechteste Ergebnis.

Erhebliche Verschiebungen gab es bei den Stimmanteilen der Parteien in den Gemeinden. Die CDU erreichte in 8 (1979: 16) Gemeinden absolute Mehrheiten und wurde in 19 weiteren stärkste Partei. Sie erzielte ihr bestes Ergebnis mit 59,2 % in Tholey.

Die SPD überschritt in 9 Gemeinden (1979: 5) die 50-Prozentgrenze und zieht in 15 Gemeindeparlamente als stärkste Fraktion ein. Als Gemeinde mit dem höchsten SPD-Wähleranteil ging Neunkirchen (56,9 %) aus der Wahl hervor.

Die F.D.P., 1979 noch in 34 Stadt- und Gemeindeparlamenten vertreten, gehört künftig nur noch 18 Stadt- und Gemeinderäten an.

Für die GRÜNEN, die 1979 noch nicht für Kommunalparlamente kandidiert hatten, ergibt sich folgende Bilanz: Obwohl sie nur in 35 Gemeinden zur Wahl antraten, sind sie bereits in 20 Gemeinderäten vertreten.

Die "Freien Wählergruppen" meist unter FWG angetreten, gibt es künftig in 19 Stadt- und Gemeinderäten (1979: 16).

Betrachtet man die Gewinne bzw. Verluste der einzelnen Parteien, so läßt sich folgende Korrelation aufstellen:

Gewinne für die "Freien Wählergruppen" waren Verluste für die CDU.

Einige Beispiele sollen dies belegen:

Gemeinde	CDU	FWG
Gersheim	- 13,7	+ 20,5
Schmelz	- 10,8	+ 6,7
Wadern	- 8,3	+ 8,6
Saarwellingen	- 7,6	+ 16,5

Eine analoge Korrelation läßt sich zwischen SPD und GRÜNEN aufzeigen:

Gemeinde	SPD	GRÜNE
Homburg	- 5,8	+ 6,7
Ottweiler	- 5,6	+ 7,8
Kirkel	- 2,0	+ 9,6
Saarlouis	- 1,9	+ 5,1

Aufgrund der teilweise sehr deutlichen Verschiebungen der Stimmanteile wechselte in 8 Gemeinden die Mehrheit von CDU zu SPD, in einer von SPD zu CDU.

Auch auf Landkreisebene fanden einige Verschiebungen statt. Lag die CDU 1979 in drei Kreisen mit absoluten Mehrheiten vorn, so hat sich das auf den Landkreis St. Wendel reduziert. Für die SPD ist eine Allein-Entscheidung in den Kreisen Neunkirchen und im Stadtverband Saarbrücken möglich. Die F.D.P. ist nur noch im Kreistag Merzig-Wadern vertreten, wohingegen die GRÜNEN in 4 Kreisparlamente einziehen.

Europawahl

"Desinteresse und Mißvergnügen an Europa schlagen sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung nieder" (aus: Wahlanalyse von Infas zur Europawahl 1984).

Obige These gilt in dieser Schärfe nicht für das Saarland. Hier lag die Wahlbeteiligung, wahrscheinlich auch bedingt durch die Koppelung mit der Kommunalwahl, bei 78,5 % und damit weit über dem Bundesdurchschnitt (21,7 Prozentpunkte), nur 0,2 Punkte unter dem Ergebnis der Gemeinderatswahl und um 2,6 Punkte unter dem Ergebnis von 1979. Entsprechendes gilt für Rheinland-Pfalz, wo auch mehrere Wahlen stattfanden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die hohe Zahl der ungültigen Stimmen (4,0 Prozent gegenüber 1,6 % im Bundesgebiet).

Erste Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik zeigen, daß hier bewußt ein leerer oder durchgestrichener Stimmzettel abgegeben wurde.

Von den gültigen Stimmen entfielen auf die SPD 43,6 % (Bund: 37,4 %), auf die CDU

42,6 % (Bund: einschl. CSU: 46,0 %), auf die GRÜNEN 6,6 % (8,2 %) und auf die F.D.P. 3,9 % (4,8 %). Damit sind im neuen Europäischen Parlament die Freien Demokraten nicht mehr vertreten, wohingegen die GRÜNEN mit 7 Abgeordneten Einzug gehalten haben.

Für das Saarland werden die Europaabgeordneten Prof. Dr. Schön (CDU) und Manfred Wagner (SPD) die Interessen im Europaparlament vertreten.

Europa- und Kommunalwahlergebnisse im Vergleich 1984 und 1979

Parteien	Gemeinderatswahl in %		Europawahl in %		Differenz GW — EW	
	1984	1979	1984	1979	1984	1979
CDU	41,8	44,7	42,6	46,4	- 0,8	- 1,7
SPD	45,5	44,8	43,6	44,0	+ 1,9	+ 0,8
F.D.P.	4,6	6,7	3,9	5,8	+ 0,7	+ 0,9
GRÜNE	4,1	—	6,6	—	- 2,5	—
Sonstige	0,6	1,1	3,3	4,0	- 2,7	- 2,9

Erwähnung finden soll auch noch das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen Europa- und Kommunalwahl. So erreichte die Differenz zwischen Gemeinderats- und Europawahl bei der CDU Werte zwischen -15,5 und +3,1 Punkten (1979: -14,5 bis +8,1), bei der SPD zwischen - 3,3 und +7,2 Punkten (1979: -7,7 bis +4,4). Im Landesdurchschnitt werden diese Schwankungen etwas aufgefangen und verwischt.

Weitere Informationen können der am Tag nach der Wahl erschienenen Veröffentlichung des Statistischen Amtes "Vorläufige Ergebnisse der Kommunal- und Europawahl" entnommen werden.¹⁾

Über die Altersstruktur und das geschlechtsspezifische Verhalten der Wähler wird die Repräsentative Wahlstatistik, deren Ergebnisse Anfang Juli veröffentlicht werden, Aufschluß geben.

1) inzwischen vergriffen

Johannes Barth
Dipl.-Mathematiker

Leichte Belebung im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes

1. Belebung Anfang 1984 noch ohne Beschäftigungsimpuls
2. Wirtschaftliche Ausgangslage 1983
3. Aufschwung setzt sich auch im Saarland durch
4. Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auf Konsolidierungskurs
5. Investitionsgüter produzierendes Gewerbe braucht stärkere Nachfragebelebung
6. Weiterhin hohe Konsumgüternachfrage
7. Bauproduktion auf niedrigem Niveau
8. Energie- und Wasserversorgung, Bergbau stabilisiert

1. Belebung Anfang 1984 noch ohne Beschäftigungsimpuls

Die ersten Monate des laufenden Jahres zeigen im Bundesgebiet konjunkturpolitisch betrachtet ein insgesamt freundliches Bild. Die Bestellungen zogen im Verarbeitenden Gewerbe und damit im industriellen Zentrum unserer Wirtschaft weiter an. Die Produktionstätigkeit hat sich bereits spürbar belebt, so daß bei Fortsetzung des Trends die noch vorhandenen Leerkapazitäten bald ausgelastet sein dürften. Wenn sich damit im Verarbeitenden Gewerbe der Konjunkturmangel etwas aufhellt, bleibt die Situation des Bauhauptgewerbes nach wie vor kritisch. Den im Bundesgebiet 1983 stark gestiegenen Baugenehmigungszahlen folgte dieses Jahr zunächst ein starker Einbruch. Hiermit würden sich die Befürchtungen, daß der Vorjahresanstieg im wesentlichen durch einen staatlich angeregten Vorzieheffekt verursacht wurde, bestätigen. Im Ausbaugewerbe zeigt sich aber bereits wieder eine etwas günstigere Situation. Der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau profitierte vor allem im Saarland von der merklichen Besserung des wirtschaftlichen Gesamtklimas und speziell vom Produktionsanstieg in wichtigen Abnehmergruppen.

Ähnlich dem Bundesgebiet kann auch für das Produzierende Gewerbe des Saarlandes eine merkliche Besserung der ökonomischen Großwetterlage konstatiert werden. Für die von allen Seiten erhofften Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt dauert die Belebung hingegen noch nicht lange genug. Erst bei Festigung der derzeitigen Grundstimmung sind auch positive Veränderungen der Beschäftigungslage zu erwarten. Darüber hinaus standen im Frühjahr auch noch die nicht unproblematischen Tarifverhandlungen an. Da die zu erwartenden Arbeitskämpfe von Streik bis Aussperrung weder in ihrer Länge noch in ihrer Intensität zu prognostizieren waren, wurde die weitgehend abwartende Grundstimmung bezüglich Neueinstellungen noch gefördert. Insgesamt gesehen steht jedoch fest, daß die 1980 begonnene Rezession ausgelaufen ist und wir zumindest am Anfang eines konjunkturellen Aufschwungs stehen.

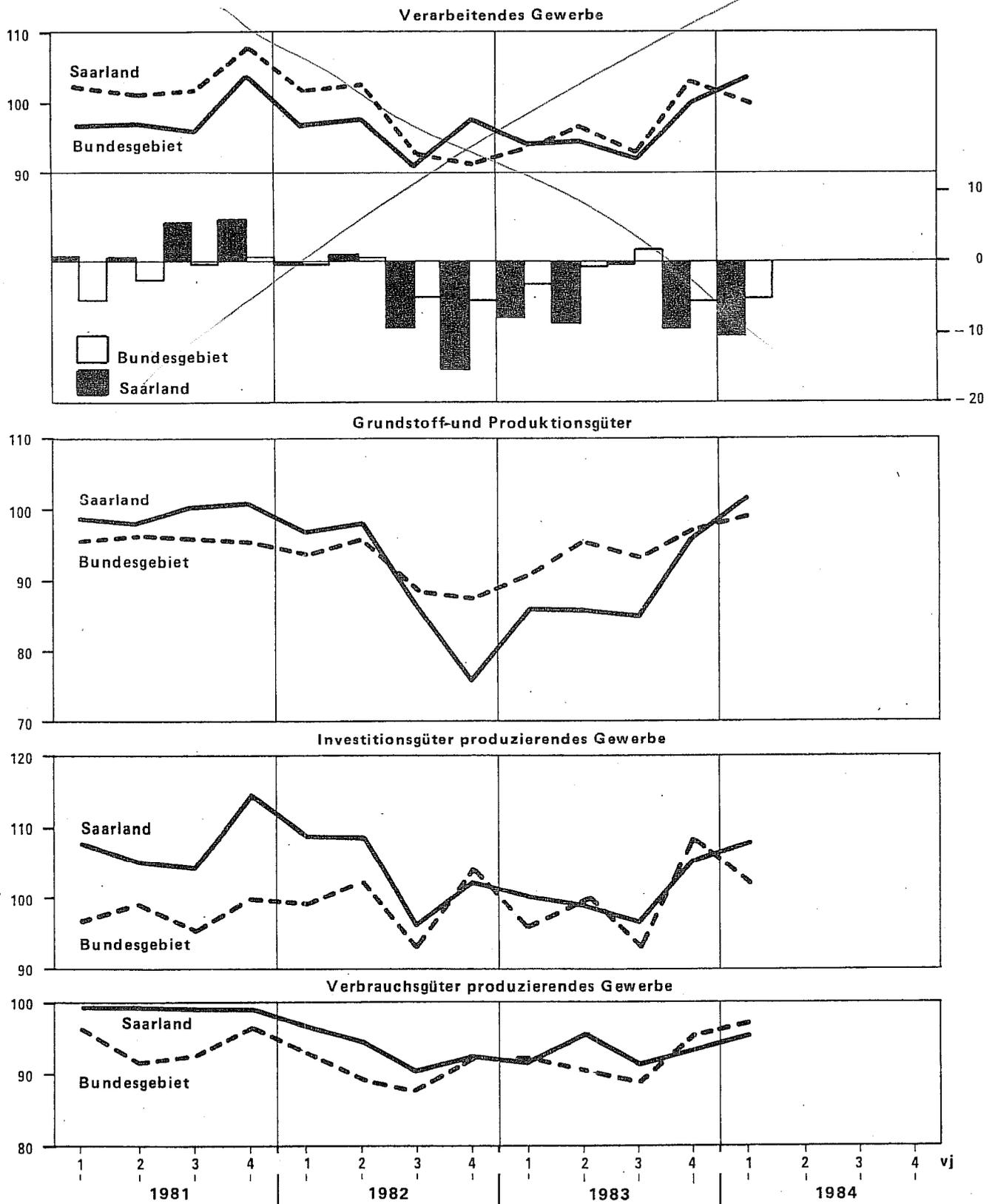
2. Wirtschaftliche Ausgangslage 1983

Die im Jahr 1983 zunächst nur sehr zögernd und schleppend begonnene wirtschaftliche Belebung gewann erst im weiteren Jahresablauf allmählich an Dynamik und Kraft. Die in der Öffentlichkeit teilweise gehegten optimistischen Erwartungen erwiesen sich anfänglich als zu anspruchsvoll. Länge und Tiefe der letzten Rezession hatten unübersehbare Spuren im Aktivitätsniveau der Wirtschaft hinterlassen. Inwieweit die Rezession bereits gestoppt sei und langsam belebende Kräfte die Überhand gewinnen würden, blieb lange Zeit eine offene Frage.

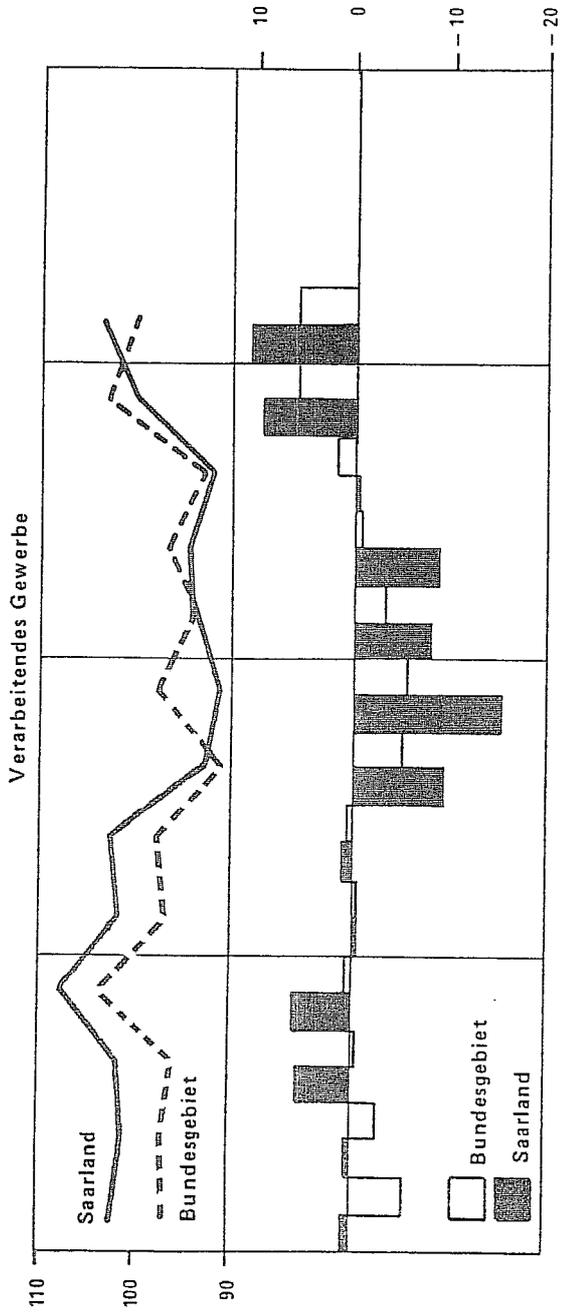
Die Unsicherheit in der Konjunkturanalyse war auch dadurch bedingt, daß die Interpretation wichtiger konjunktureller Frühindikatoren infolge staatlicher Intervention, d.h. durch die Variation der Rahmendaten, entscheidend verzerrt war. Durch das am 30. Dezember 1982 ausgelaufene Investitionszulagengesetz wurde ein starker Anreiz gegeben, Aufträge für Investitionsgüter, die erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen waren, vorzuziehen. Unabhängig von der mittelfristig zu erwartenden Nachfrageentwicklung war zu prognostizieren, daß Ende 1982 die inländische Investitionsgüternachfrage sprung-

Nettoproduktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe im Bundesgebiet und im Saarland Vierteljahreswerte 1980 - 1983

kalendermonatlich 1980 = 100¹⁾



1) Veränderungsrate zum gleichen Vorjahresquartal in %



haft hochschnellen würde. Parallel hierzu konnte für die Folgemonate die komplementäre Auftragschwäche vorausgesetzt werden. Erst nach Abebben dieser Verzerrungen gaben die ökonomischen Frühindikatoren wieder ein einheitliches Bild.

Nicht nur diese technischen Reaktionen der konjunkturellen Frühindikatoren sorgten für Unsicherheiten in der Beurteilung der Entwicklung. Wichtige auch wirtschaftliche Entscheidungen über die künftigen Rahmendaten waren Anfang 1983 zunächst noch unsicher. Hinzu kamen irritierende Einflüsse von den internationalen Finanzmärkten. Der steigende Dollarkurs spiegelte den Einfluß der amerikanischen Hochzinspolitik wider, beeinflusste aber gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf den Weltmärkten wie auch das inländische deutsche Zinsniveau. Insgesamt ein etwas verwirrendes Bild, das die ökonomische Orientierung und das Fällen bereits länger aufgeschobener Entscheidungen der Unternehmen und Haushalte nicht erleichterte.

Im Sommer und Herbst 1983 klärte sich die ökonomische Landschaft weiter auf. Die konjunkturellen Frühindikatoren stabilisierten sich eindeutig in ihrer Entwicklungsrichtung. Das Ende der letzten Rezession und der begonnene wirtschaftliche Aufschwung nahmen klarere Konturen an. Auch die zunächst noch schwache Auslandsnachfrage zog an und brachte, verbunden mit den positiven Impulsen des Binnenmarktes, eine spürbare Belebung. Während die Investitionstätigkeit der Unternehmen lange Zeit noch abwartend blieb, tätigten die privaten Haushalte bereits länger aufgeschobene Käufe auch auf dem Sektor der langfristigen Gebrauchsgüter. Das allgemein verbesserte Geschäftsklima und die optimistischen Zukunftserwartungen bewirkten offensichtlich, daß, angesichts einer bisher überwiegend pessimistischen Grundhaltung, zurückgestellte Käufe nachgeholt wurden. Von dem ausgelösten Kaufschub für Güter des privaten Verbrauchs profitierten dann auch die heimischen Konsumgüterhersteller. Finanziert wurden diese Käufe nicht unwesentlich durch das Auflösen bestehender Sparguthaben.

Bereits Ende 1982 begann eine merkliche Belebung im Verbrauchsgüter produzierenden

Gewerbe, das in den letzten Jahren sowohl durch einen konjunkturellen als auch strukturellen Schrumpfungsprozeß geprägt war. Am steilsten fiel 1983 die Produktionssteigerung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Bundesgebietes aus. Hier begann nach der wirtschaftlichen Trendwende 1982 ein kräftiger und kontinuierlicher Aufschwung, der in seinem Verlauf von der Entwicklung der chemischen Industrie dominiert wurde. Die Eisenschaffende Industrie, die auch im Bundesgebiet eine merkliche Produktionsbelebung vorweisen kann, hatte demgegenüber einen mehr diskontinuierlichen Verlauf.

3. Aufschwung setzt sich auch im Saarland durch

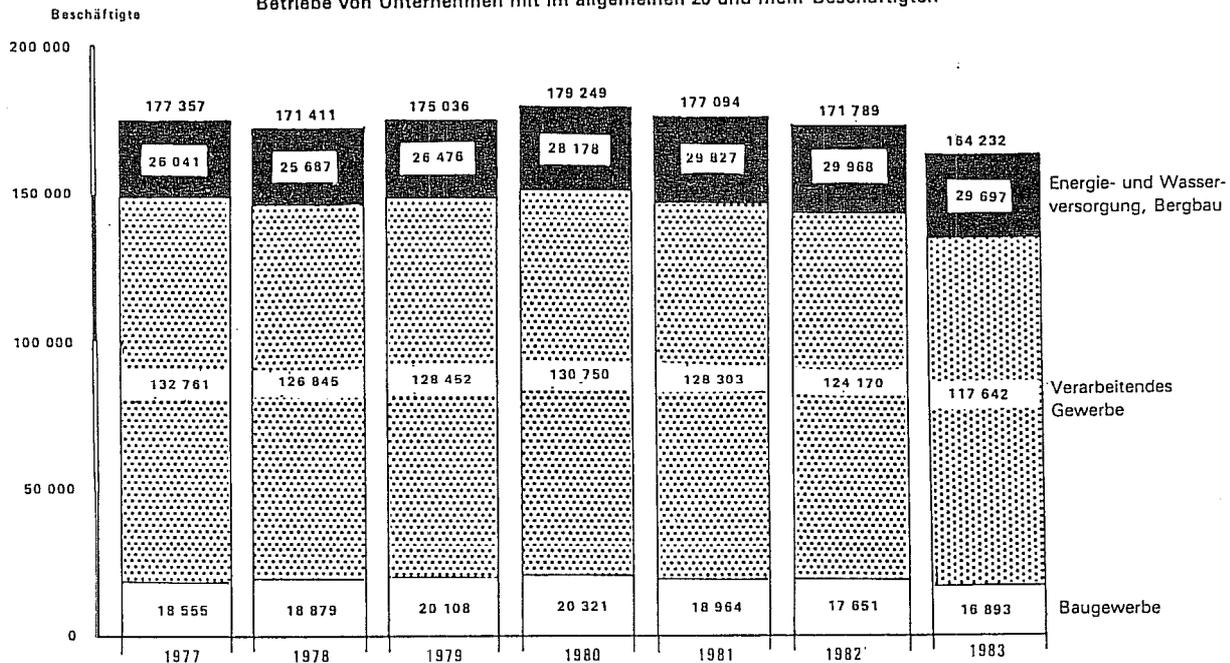
Der im Saarland, auch infolge struktureller Vorbelastungen, nur langsam Gestalt annehmende Aufschwung schlug sich erst ab Herbst 1983 in kräftigen Produktionssteigerungen nieder. Das Bild des ersten Quartals 1984 wird unzweifelhaft geprägt durch einen sich noch in der Frühphase befindenden Aufschwung. Ein deutlich besserer Auftragseingang schlägt sich bereits in Produktionssteigerungen nieder, die die allgemeine Belebung, aber auch das stark abgesackte Aktivitätsniveau der Vorjahre wiedergeben.

Wenn die Beschäftigungsdaten hierauf bisher noch kaum reagieren, hat dies mehrere Gründe. Die vorhandenen und auch in der Rezession beibehaltenen nicht unerheblichen Kapazitätsreserven, auch in personeller Hinsicht, lassen Produktionssteigerungen auch ohne eine Änderung der Beschäftigtenzahl zu. Die zu beobachtenden Produktionssteigerungen werden zur Zeit noch weitgehend über aktivierte Rationalisierungs- und Produktivitätsreserven getragen. Deutlich spiegelt sich dies in der Differenz zwischen der Produktionssteigerung und der Änderung der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden wider.

Es handelt sich hier in ihrem Grundmuster um eine allen bisherigen Konjunkturzyklen gemeinsame Verlaufsform. Bevor der Schritt zu Neueinstellungen gemacht wird, werden selbstverständlich zunächst die noch vorhandenen Leerkapazitäten ausgelastet und die bestehenden Rationalisierungs- und Produktivitätsreserven voll ausgeschöpft. Erst bei langfristiger Festigung der Ent-

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes nach Wirtschaftsabteilungen 1977 bis 1983

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



Statistisches Amt des Saarlandes

wicklung erfolgt der Schritt zu Neueinstellungen, die zugleich auch wichtige langfristige Festlegungen über die künftigen personellen Kapazitäten eines Unternehmens sind.

Im ersten Quartal 1984 waren in Betrieben des Produzierenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 160 592 Personen tätig. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Rückgang um 2,3 %. Im Spitzenjahr des letzten Konjunkturzyklusses 1980 zählte das Produzierende Gewerbe des Saarlandes im Jahresdurchschnitt 177 094. Das bedeutet: im Laufe der letzten Rezession sind im Saarland 16 500 industrielle Arbeitsplätze verloren gegangen. Dies sind rund 9 %. Wenn auch in den ersten Monaten die Zahl der Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes weiter gefallen ist, so hat sich der Trend der Entwicklung entscheidend verlangsamt.

In einzelnen Wirtschaftszweigen konnten bereits erste Neueinstellungen registriert werden. Angesichts weiter steigender Auftragseingänge besteht daher durchaus die begründete Hoffnung auf

eine konjunkturelle Stabilisierung der Arbeitsmarktentwicklung im Saarland. Wieweit diese ausreicht, auch die strukturellen Probleme zu lindern, hängt entscheidend von der Länge und Intensität des begonnenen Aufschwungs ab.

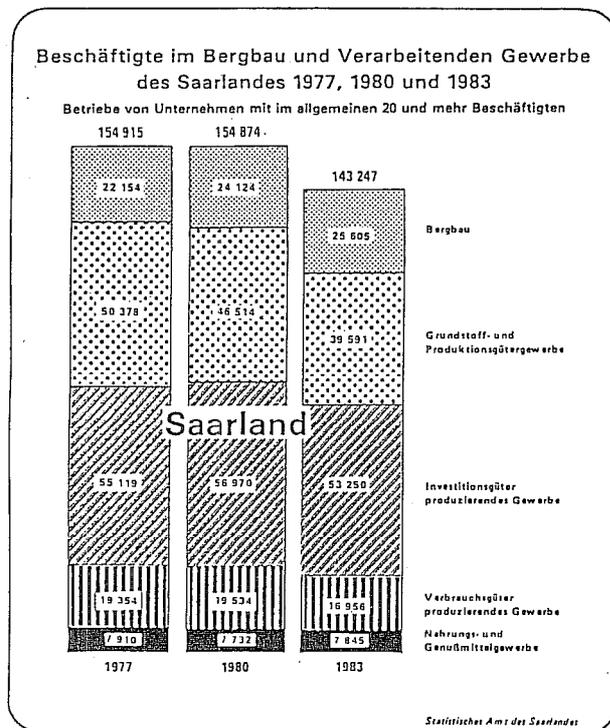
4. Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auf Konsolidierungskurs

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Saarlandes kam die Belebung 1983 infolge der strukturellen Vorbelastungen durch die eisenschaffende Industrie nur sehr zögernd voran. Erst als sich im zweiten Halbjahr die Nachfrage zumindest von der Mengenseite her besserte, trat hier eine gewisse Entlastung ein. Wenn die Entwicklung im saarländischen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe vom Bundestrend entscheidend abwich, so resultierte dies nicht nur aus dem immer noch hohen Montananteil dieser Hauptgruppe, sondern auch aus dem weitgehenden Fehlen der Chemischen Industrie, die als die zentrale bundesdeutsche Wachstumsbranche die Bundesentwicklung positiv prägte. Selbst wenn die Chemische Industrie des Saarlandes mit dem Bundestrend Schritt gehalten hätte, wäre der Ge-

samteffekt für die Wirtschaftshauptgruppe bescheidener ausgefallen.

Als zusätzliche Belastungskomponente kam für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Saarlandes 1983 die schwache saarländische Baukonjunktur hinzu. Hierdurch bedingt fiel die Baustoffnachfrage relativ gering aus, was der Wirtschaftszweig Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden zu spüren bekam. Wahrscheinlich in einen ähnlichen Kontext ist das unbefriedigende Ergebnis der Holzbearbeitung, insbesondere der Sägewerke, zu stellen. Die Situation Anfang dieses Jahres weicht von der des Vorjahres kaum ab. In den Bereich der Gießereien können bescheidene Hoffnungen gesetzt werden, die jedoch mit dem weiteren Verlauf der Automobilkonjunktur eng gekoppelt sind. Angesichts von Beschäftigungsverlusten in fast allen saarländischen Wirtschaftszweigen sind stagnierende Belegschaftszahlen bei den Gießereien schon als relativer Erfolg zu werten. Die Gummiverarbeitung, in den 70er Jahren infolge von neu angesiedelten Zweigbetrieben ein dynamischer Wachstumsfaktor der Saarindustrie, schwenkte bereits 1981 auf Konsolidierungskurs ein.

Diese Gesamtsituation gibt kaum Raum für einen langfristigen Wachstumsoptimismus bezüglich des saarländischen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes. Die derzeitige Produktionsbelegung wird vom traditionellen Montankern getragen. Da in diesem Sektor nur für Einzelbetriebe ein merklicher personeller Neubedarf entstehen dürfte, sind durchschlagende Beschäftigungsimpulse für den saarländischen Arbeitsmarkt von dieser Wirtschaftshauptgruppe kaum zu erwarten. Wenn das heutige Beschäftigungsniveau von 37 572 tätigen Personen längere Zeit gehalten werden könnte, wäre dies schon ein positiver Beitrag. Die Auftragseingangsdaten des ersten Quartals zeigen für das saarländische Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe eine merkliche Nachfragebelegung, die zumindest kurzfristig einen gewissen Optimismus rechtfertigt. Im Vergleich zu den Meldungen der Vorjahre stellt dies schon einen grundsätzlichen Klimawechsel dar. Bei Fortsetzung dieses Trends würde damit der in den Vorjahren entscheidende Belastungsfaktor für das Gesamtergebnis der Saarindustrie wegfallen.



5. Investitionsgüter produzierendes Gewerbe braucht stärkere Nachfragebelegung

Die Situation des saarländischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbes ist nur unvollständig dargestellt, geht man nicht auf den in den letzten beiden Jahrzehnten abgelaufenen Strukturwandel ein. Dieser wurde weniger durch das unternehmerische Potential der eigenen Region getragen als vielmehr durch die erfolgreiche Ansiedlung rechtlich unselbständiger Zweigbetriebe mit Sitz der Unternehmenszentrale im übrigen Bundesgebiet. Der Fall par excellence ist der saarländische Straßenfahrzeugbau, ein vor 20 Jahren im Saarland noch bedeutungsloser Wirtschaftszweig, der heute, gemessen an seinen Umsatzzahlen, die mit Abstand gewichtigste Industriebranche ist. Selbst bei Relativierung des Aussagewertes von Umsatzzahlen bleibt er mit 17 779 Beschäftigten nach den klassischen Industriebranchen des Saarlandes, also nach Bergbau und Eisenschaffender Industrie, der drittgrößte Wirtschaftszweig. Wie auch immer gemessen, übt er schon allein auf Grund seines relativen Gewichtes den entscheidenden Einfluß auf den Verlauf des gesamten saarländischen Investitionsgüter produzierenden Gewerbes aus. Der Straßenfahrzeugbau im Saarland ist auf der anderen Seite auf Grund seines hohen PKW-Anteils entscheidend

Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes und des Bundesgebietes

1. Vierteljahr 1984 zu 1. Vierteljahr 1983

		Beschäftigte	geleistete Arbeiterstunden	Umsatz aus eig. Erzeugung	dar.: Auslands- umsatz
21	Bergbau	- 2,0	- 0,4	+ 19,8	- 2,8
	Verarbeitendes Gewerbe	- 2,6	+ 2,0	+ 9,6	+ 7,9
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 6,5	+ 3,4	+ 10,8	+ 11,6
	dar.:				
25	Gewinnung u. Verarb. v. Steinen u. Erden	- 5,7	+ 0,9	- 13,6	- 9,7
27	Eisenschaffende Industrie	- 7,4	+ 9,0	+ 27,4	+ 27,3
29	Gießerei	- 3,1	- 5,3	+ 0,3	+ 3,6
3015	Drahtziehereien, Herstlg. v. Drahterzeugn.	- 8,7	- 6,4	- 0,3	- 7,6
59	Gummiverarbeitung	- 3,2	- 1,8	+ 5,9	+ 2,6
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,2	+ 2,8	+ 9,8	+ 5,1
	dar.:				
31	Stahl- und Leichtmetallbau	- 5,4	- 2,1	- 2,2	- 62,1
32	Maschinenbau	- 2,9	+ 0,3	+ 4,1	+ 13,7
33	Straßenfahrzeugbau	+ 1,1	+ 2,9	+ 10,9	+ 5,6
36	Elektrotechnik	+ 0,6	+ 3,2	- 0,1	+ 3,5
38	Herstellung von EBM-Waren	+ 7,9	+ 11,0	+ 16,7	+ 4,5
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 2,7	- 1,2	+ 12,6	+ 7,8
	dar.:				
54	Holzverarbeitung	- 2,8	- 1,8	- 7,9	- 3,8
57	Druckerei	+ 0,4	- 0,4	+ 17,6	+ 13,3
58	Herstellung von Kunststoffwaren	- 1,5	+ 5,3	+ 15,6	+ 30,8
64	Bekleidungs-gewerbe	- 3,5	- 0,1	+ 51,5	+ 70,0
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	+ 0,4	- 3,7	+ 0	+ 16,8
	SAARLAND insgesamt	- 2,5	+ 1,6	+ 11,1	+ 7,4
	BUNDESGBIET insgesamt	- 2,1	+ 1,9	+ 8,6	+ 13,7

abhängig vom Verlauf der nationalen und internationalen Automobilkonjunktur. Die Jahre seit 1980 brachten dem saarländischen Straßenfahrzeugbau trotz allgemeiner Rezession stetig wachsende Produktionsziffern. Die teilweise stürmische Entwicklung der letzten Jahre scheint, scheint, gestützt auf die Auftragseingangsdaten der ersten Monate, in ein etwas ruhigeres Fahrwasser einzumünden. Für das erste Quartal 1984 ist der saarländische Straßenfahrzeugbau jedoch weiterhin der einzige relevante Wirtschaftszweig mit spürbaren Neueinstellungen.

Die Elektrotechnik, die im Saarland in ihrer Entwicklung weit hinter den hochgesteckten Erwartungen der frühen 70er Jahre zurückblieb, war in den letzten Jahren zusätzlich in den Sog der allgemeinen Rezession gekommen. Im ersten Quartal 1984 konstante Belegschaftszahlen zusammen mit einem leichten Anstieg der Auftragseingänge zeichnen aktuell jedoch kein unfreundliches Bild. Die Situation des Wirtschaftszweiges Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, wohinter sich eine breitgestreute Produktpalette verbirgt, hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres ebenfalls merklich gebessert. Es handelt sich hier um einen Bereich, der durch mittelständische Betriebe geprägt wird. Soweit für das Verarbeitende Gewerbe des Saarlandes aktuell positive Trends im Mittelstand nachgewiesen werden können, sind diese primär hier zu finden.

Ein ganz anderes Bild zeigt weiterhin der saarländische Stahl- und Leichtmetallbau, ein im Saarland traditionell stark vertretener Wirtschaftszweig. Hier ist in den letzten Jahren ein Schrumpfungsprozeß abgelaufen, der nur im ebenfalls traditionellen Montankern gravierender war. Die Gründe liegen nicht nur in der unzureichenden inländischen Investitionstätigkeit der Vorjahre. Auch im Ausland scheinen im Bereich des Großanlagenbaus Marktanteile verlorengangen zu sein. Die bis Ende März gemeldeten Auftragseingänge ließen im Stahl- und Leichtmetallbau noch keine grundsätzliche Besserung erkennen.

Trotz der insgesamt kritischen Situation stellt sich die Lage im Teilbereich Kessel- und Behälterbau nicht so problematisch dar wie bei der

Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen. Im Maschinenbau blieb die Situation weiterhin angespannt; aber auch hier zeigt sich eine nach Produktionssparten divergierende Lage. Während die Betriebe, die überwiegend Maschinen für Hütten-, Walzwerke, Bergbau oder für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe herstellen, weiterhin Probleme haben, sind andere Hersteller zufriedenstellend ausgelastet. Hierzu zählen die Bereiche Herstellung von Metallbearbeitungsmaschinen, Maschinen- und Präzisionswerkzeugen, Zahnrädern, Getrieben, Lagern und Antriebselementen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung blieb die Frage nach einem stärkeren Anziehen der inländischen Investitionstätigkeit der Unternehmen und nach dem Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die eingangs angeführten Strukturverschiebungen machen auch die Fortdauer der guten Autokonjunktur für das Saarland immer wichtiger. Ein nicht unerheblicher Teil der 140 000 Arbeitsplätze des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes hängt direkt oder indirekt von diesem in jeder modernen Volkswirtschaft bedeutenden Wirtschaftszweig ab.

6. Weiterhin hohe Konsumgüternachfrage

Der Konsumgütersektor, der im Bundesgebiet die 83er Belegung anfänglich trug, ließ bereits zum Jahresende an Dynamik nach. Die teilweise als Initialzündung zu bewertende Belegung war für die Beendigung der letzten Rezession wichtig. Angesichts der Tendenzen in der internationalen Arbeitsteilung, auch infolge von relativen oder absoluten Kostenvorteilen, dürfte es sich hier, global gesehen, langfristig nicht um einen Wachstumssektor handeln. Auch im Saarland ist trotz aktuell hoher Auftragseingänge im Textil- und Bekleidungs-gewerbe langfristig ein weiteres Schrumpfen zu erwarten. Auf kurze Frist bringt die sich hier zumindest konjunkturell ankündigende Belegung durchaus entlastende Effekte. Während sich auch der Bereich Glasherstellung und -verarbeitung zur Zeit gut behauptet, zeigen sich in der Holzverarbeitung weiterhin Probleme. Der konjunkturell kaum reagible Wirtschaftszweig Druckerei, Vervielfältigung setzte den langsamen Expansionskurs der Vorjahre fort.

Im von Konjunkturschwankungen kaum berührten Nahrungs- und Genußmittelgewerbe kündigen sich zumindest für Teilbereiche Probleme an. Während diese Wirtschaftshauptgruppe in der letzten Rezession zur Stabilisierung der Beschäftigungslage beitrug, dürften in den nächsten Monaten kaum neue Impulse zu erwarten sein.

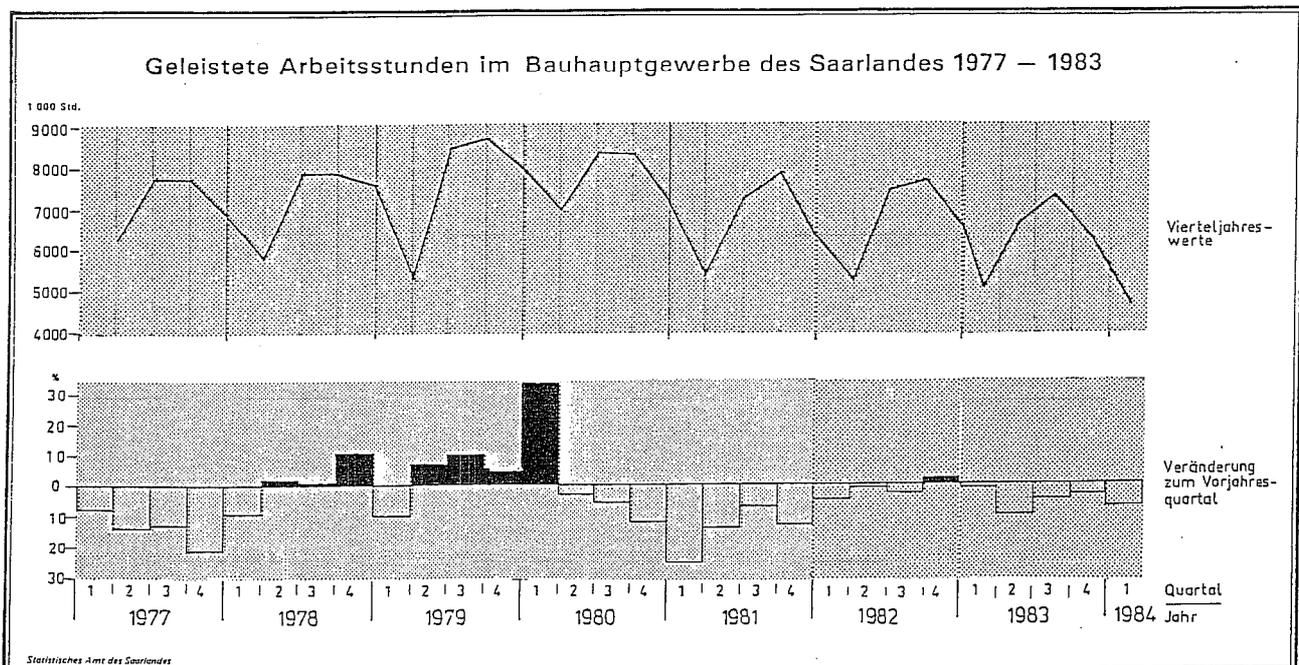
Mit 16 561 Beschäftigten im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe und 7 732 im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sind nur noch 17 % der Arbeitsplätze des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes unmittelbar für den privaten Konsum tätig. Wird der Straßenfahrzeugbau, der traditionell zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe gerechnet wird, hier einbezogen, ändert sich das Bild natürlich entscheidend. Der Auftragseingang im ersten Quartal lag im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe erheblich über dem Vorjahresniveau, so daß für das Saarland zunächst noch mit einer Fortsetzung des positiven Trends gerechnet werden kann. Da die Auftragseingänge in dieser Wirtschaftshauptgruppe jedoch nur einen geringen Vorlauf vor Produktion und Umsatz haben, sind selbst kurzfristige Prognosen stets von Unsicherheit belastet.

7. Bauproduktion auf niedrigem Niveau

Die Baukonjunktur des Jahres 1983 verlief im Saarland weitgehend enttäuschend. Zu Beginn

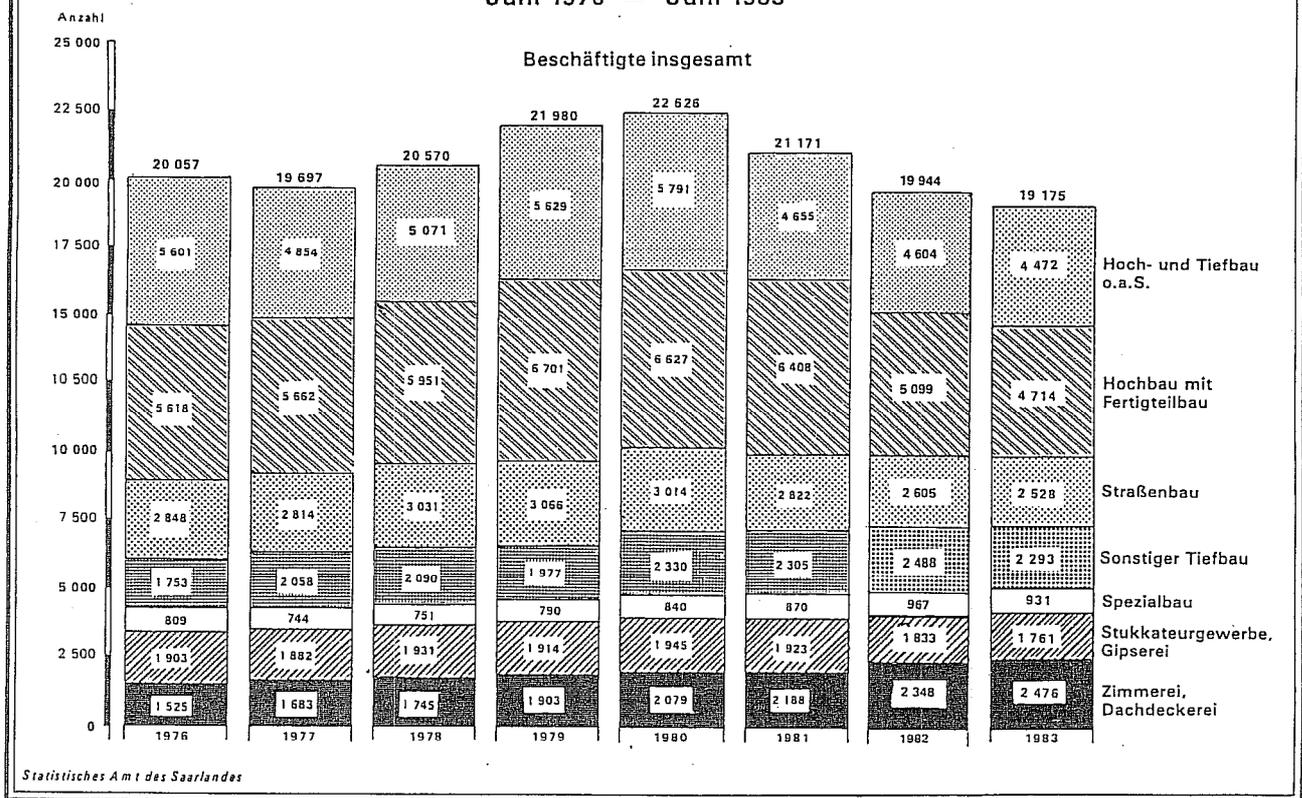
des Jahres stiegen zwar, ähnlich dem übrigen Bundesgebiet, die Baugenehmigungszahlen. Auf Grund der Genehmigungsstruktur im Saarland ließ sich aber bereits damals erkennen, daß die hieraus für den Wohnungsbau des saarländischen Bauhauptgewerbes abzuleitende Nachfrage bescheiden ausfallen würde. Leere öffentliche Kassen und das Auslaufen von industriellen Großbaustellen ließen ebenfalls erwarten, daß weder vom Öffentlichen und Verkehrsbau noch vom gewerblichen und industriellen Bau entlastende Effekte kommen würden. Vor allem der gewerbliche und industrielle Bau, der von den Bauinvestitionen der Unternehmen lebt, hatte während der letzten Rezession ein noch tieferes Abgleiten der Saarbauwirtschaft verhindert. Die 1983 anfänglich gehegten, bescheidenen Hoffnungen auf eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau erwiesen sich als noch zu anspruchsvoll. Erst im ersten Quartal 1984 kommt der Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe zumindest vorläufig zum Stillstand. Gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war die Bautätigkeit jedoch weiter rückläufig. Die ebenfalls gesunkenen Auftragseingänge lassen gleichfalls noch keine Belebung erkennen. Die Baugenehmigungsstatistik zeigt in die gleiche Richtung.

Wird das Bauhauptgewerbe nach primärem Bauhauptgewerbe, dem eigentlichen Hoch- und Tiefbau, und dem sekundären Bauhauptgewerbe mit Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Dachdeckerei und Zimmerei getrennt,



Beschäftigte im Bauhauptgewerbe des Saarlandes

Juni 1976 — Juni 1983



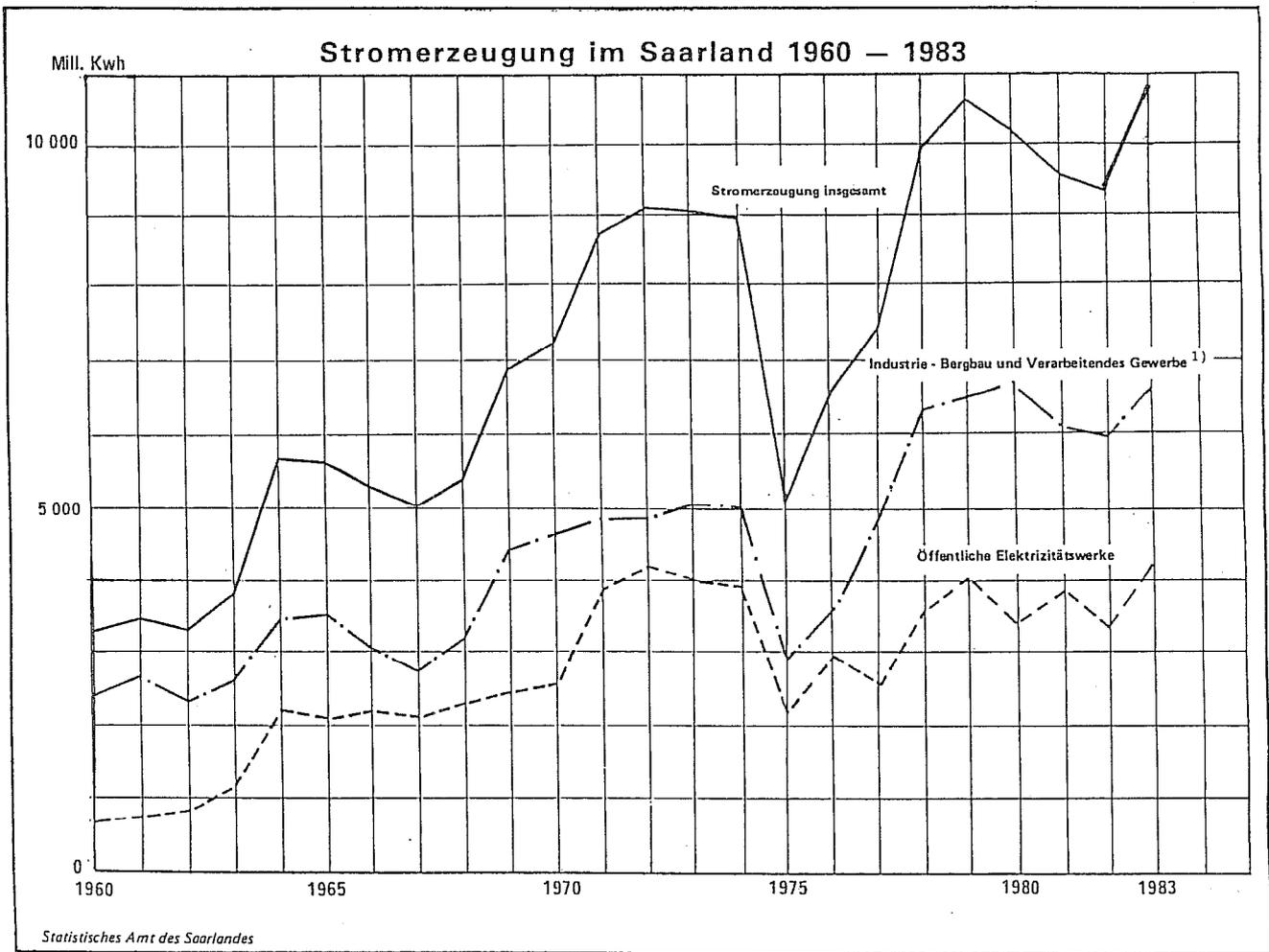
ergeben sich divergierende Entwicklungstendenzen auch bereits in den Vorjahren. Das primäre Bauhauptgewerbe lebt im wesentlichen vom Neubauvolumen, wodurch seine Wachstumschancen bereits seit Jahren begrenzt sind. Das sekundäre Bauhauptgewerbe, besonders die Wirtschaftszweige Spezialbau sowie Zimmerei, Dachdeckerei, ist stark bei Sanierung und Renovierung tätig. Energieeinsparmaßnahmen sowie an Nachkriegsgebäuden notwendig gewordene Dacherneuerungen, um nur zwei wichtige Tätigkeitsfelder anzuführen, eröffneten hier ein expandierendes, breites Arbeitsgebiet. Den Arbeitsplatzverlusten (3 000) im primären Bauhauptgewerbe steht, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, die Schaffung von über 500 neuen Arbeitsplätzen im sekundären Bauhauptgewerbe gegenüber.

Auch im Ausbaugewerbe melden die Betriebe für das erste Quartal eine insgesamt gute Beschäftigungslage. Auf Expansionskurs war schon in den Vorjahren der Wirtschaftszweig Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen, und für die nächsten Monate ist hier eine insgesamt zufriedenstellende Entwicklung

zu erwarten. Trotz dieser im sekundären Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe nicht ungünstigen Tendenzen bleibt die Situation des Baugewerbes insgesamt kritisch. Eine durchgreifende Belebung ist zur Zeit noch nicht in Sicht.

8. Energie- und Wasserversorgung, Bergbau stabilisiert

Der Wirtschaftsabteilung 1 „Energie- und Wasserversorgung, Bergbau“ kommt im Saarland nicht nur innerhalb des Produzierenden Gewerbes, sondern auch noch in bezug auf die gesamte saarländische Volkswirtschaft eine besondere Rolle zu. Betrachtet man die Wirtschaftsabteilung 1 näher, steht an erster Stelle der Steinkohlenbergbau und an zweiter Stelle die Stromerzeugung aus Steinkohle. Im Zuge der allgemeinen Rezession und der Krise der Stahlindustrie, eines wichtigen Abnehmers des Saarbergbaus, entstanden auch im Bergbau Absatzprobleme. Angesichts stockenden Absatzes und wachsender Halden sah man sich schon 1982 genötigt, die Förderung zu drosseln, um das Anwachsen der Lagerbestände zu bremsen. Im ersten Quartal



1984 haben sich die Probleme des Saarbergbaus spürbar entspannt. Höherer Einsatz in der Verstromung und Produktionssteigerungen in der Eisenschaffenden Industrie verbesserten die Absatzlage. Da die Förderung im ersten Quartal um weitere 2,1 % zurückgenommen wurde, konnten die Halden wieder leicht abgebaut werden. Wenn auch damit noch bei weitem nicht alle Probleme des Saarbergbaus gelöst sind, bewirkt es zumindest eine gewisse Stabilisierung.

Die Stromerzeugung im Saarland ist und bleibt entscheidend von der Kohlevorrangpolitik und dem Verstromungsanteil der Steinkohle abhängig. Mit der Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerkes Bexbach wurde die Verstromungskapazität deutlich ausgeweitet. Der Ener-

gieverbrauch und selbstverständlich auch der Stromverbrauch einer Volkswirtschaft bleiben abhängig von der Wirtschaftslage, insbesondere in energieintensiven Wirtschaftszweigen. Bei der Steigerung der saarländischen Stromerzeugung im ersten Quartal um 65 % kommen auch die neu geschaffenen Kapazitäten schon weitgehend zum Tragen.

Norbert Bettinger
Dipl.-Volkswirt

Ausländer im Saarland

Eine Analyse der Ausländerstatistik der Jahre 1973 bis 1983

1. Vorbemerkungen
2. Entwicklung der Zahl der Ausländer
 - 2.1 Ausländer insgesamt
 - 2.2 Ausländer nach Geschlecht
3. Ausländer nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsgebiet
4. Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer im Saarland
5. Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung
6. Ausländer nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Familienstand
7. Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Auslandsgrenze
8. Fruchtbarkeitsziffern der ausländischen Bevölkerung

1. Vorbemerkungen

In den letzten drei Jahrzehnten ist die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland stark angestiegen. Im Zuge der sozialen Integrationsbemühungen wurden die politisch Verantwortlichen damit vor eine Vielfalt von Problemen gestellt, wobei sich große Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß die Ausländer aus den verschiedensten Ländern mit unterschiedlichen Weltanschauungen, Lebensgewohnheiten und Gesellschaftssystemen nach Deutschland gekommen sind.

Mit der steigenden Zahl der Ausländer wuchs auch das Interesse an statistischem Zahlenmaterial über diese Bevölkerungsgruppe. Die Ausländerstatistik wurde weiter ausgebaut und verbessert mit dem Ziel, detaillierte Auskünfte über die zahlenmäßige Entwicklung und die Struktu-

ren nicht nur auf Bundes- und Landes-, sondern auch auf regionaler Ebene zu erhalten. Für sachgerechte politische Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen ist es wichtig zu wissen, in welchen Bereichen sich die ausländische und die deutsche Bevölkerung unterscheiden. Auch die hier bedeutsame Frage, ob und in welchem Umfang sich im Laufe der Zeit das generative Verhalten der Ausländer an die Gewohnheiten des Gastlandes angepaßt hat, muß anhand statistischer Auswertungen beantwortet werden.

Grundlage der folgenden Analyse bilden das Ausländerzentralregister (AZR), die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, d.h. die Erfassung der Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen, sowie die Wanderungsstatistik. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Totalerhebungen, deren Ergebnisse in relativ kurzen Abständen — mindestens jährlich — zur Verfügung gestellt werden können. In einigen Stellen der Ausarbeitung werden zu Vergleichszwecken dabei jeweils ein Jahr am Anfang, in der Mitte und am Ende des Beobachtungszeitraumes herangezogen.

Im Rahmen der Einleitung in die Thematik bleibt noch die Frage zu beantworten, welcher Personenkreis in der Ausländerstatistik zu erfassen ist. Nach dem Ausländergesetz vom 28. April 1965 (BGBl I. S. 353) sind dies alle Personen, die nicht Deutsche nach Art. 116 Abs. 1, Grundgesetz, sind. Dort heißt es:

„Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Zu den Ausländern zählen demnach auch die Staatenlosen und alle weiteren Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht geklärt werden kann.

Besitzt eine Person mehrere Staatsangehörigkeiten, darunter die deutsche, so gilt sie nicht als Ausländer. Die Stationierungskräfte, die Mitglieder ausländischer und konsularischer Vertretungen sowie deren Familienangehörige werden von der Ausländerstatistik nicht erfaßt, weil sie nicht dem Ausländergesetz unterliegen.

2. Entwicklung der Zahl der Ausländer

2.1 Ausländer insgesamt

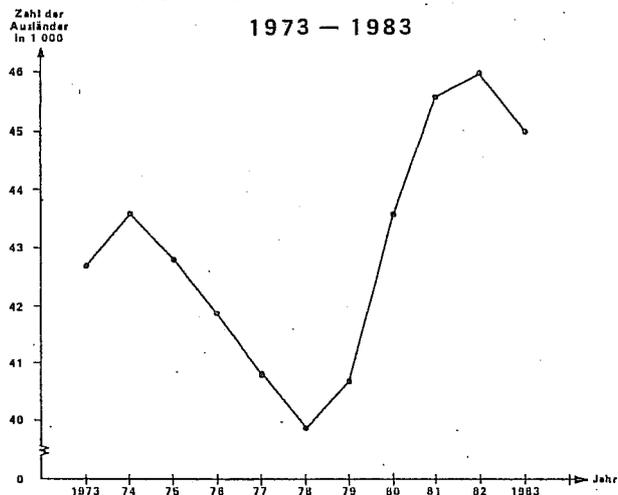
Nach den Angaben aus dem AZR lebten am 30.09.1983 im Saarland insgesamt 44 980 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1973 um 2 169 Personen oder 5 % erhöht. Die nachfolgende Übersicht zeigt jedoch auf, daß es sich hierbei nicht etwa um eine kontinuierliche Zunahme von Jahr zu Jahr handelte. Vielmehr zeichnet sich die Entwicklung dadurch aus, daß bis Mitte der siebziger Jahre die Anzahl der Ausländer ständig abnahm, bis 1982 wieder stark anstieg und erst im vergangenen Jahr vorläufig abgebremst wurde.

Anzahl der Ausländer im Saarland 1973 – 1983

Jahr	Anzahl der Ausländer		
	insgesamt	männlich	weiblich
1973	42 811	27 354	15 457
1974	43 591	27 335	16 256
1975	42 778	26 199	16 579
1976	41 924	25 292	16 632
1977	40 831	24 313	16 518
1978	39 854	23 597	16 257
1979	40 676	24 051	16 625
1980	43 642	26 109	17 533
1981	45 630	27 421	18 209
1982	46 039	27 529	18 510
1983	44 980	26 650	18 330

Die folgende Graphik, die aus obiger Übersicht abgeleitet wurde, macht die zeitliche Entwicklung optisch stärker sichtbar. Im Jahre 1978 erreichte die Zahl der Ausländer mit insgesamt 39 854 Personen ihren Tiefstand, 1982 mit 46 039 Personen ihren Höchststand.

Anzahl der Ausländer im Saarland
1973 – 1983

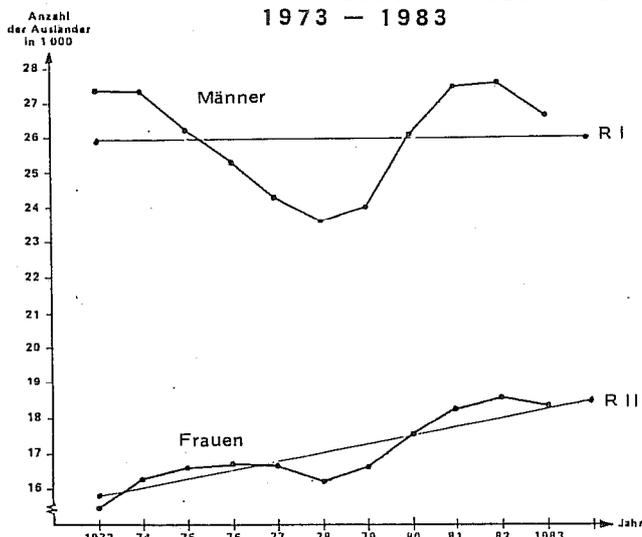


2.2 Ausländer nach Geschlecht

Die Zahlenreihen in Übersicht 1 offenbaren in der geschlechtsspezifischen Darstellung eine erheblich unterschiedliche Entwicklung. Mit Hilfe einer weiteren Graphik wird im folgenden dieser Unterschied abgebildet und kommentiert. Zunächst ist zu erkennen, daß die Kurve, die die Anzahl der männlichen Ausländer widerspiegelt, im Zeitablauf viel größere Schwankungen als die Kurve für die weibliche Bevölkerung aufweist. *auch logarithmisch*

Berechnet man nun für beide Zeitreihen mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate die jeweilige Trendgerade, so wird zum einen sichtbar, daß tendenziell die Anzahl der Männer fast unverändert geblieben ist, wobei jedoch die Einzelwerte relativ stark nach unten und nach oben von der Gerade abweichen. Bei der Trendgerade für Ausländerinnen ist dagegen eine langfristige Zunahme zu beobachten. Die Einzelwerte liegen hier jedoch relativ dicht an der Geraden. ✓

Anzahl der Ausländer im Saarland
1973 – 1983



(Bezeichnet man die einzelnen Beobachtungsjahre mit x_i und die dazugehörige Personenzahl mit y_i (in 1 000), so unterliegt die Gerade R I - für männliche Ausländer - der Funktion $y = 25,91 + 0,0018x$ und die Gerade R II - für Frauen - der Funktion $y = 15,68 + 0,263x$. Während die Gerade RI mit 0,018 fast unerheblich ansteigt, zeigt die Gerade RII mit 0,263 für Ausländerinnen eine relativ starke Zunahme).

Obwohl für die Darstellung der Entwicklung der Zahl der Ausländer Trendgeraden verwendet wurden, wäre es heute letztlich nicht sinnvoll, die weitere Entwicklung zu prognostizieren. Die Faktoren, die die Wanderungsbewegungen von Ausländern beeinflussen, sind großen Unwägbarkeiten ausgesetzt. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang die momentane wirtschaftliche und politische Entwicklung im Herkunfts- und vor allem aber im Gastland.

Der relativ hohe Anteil der Männer an der Gesamtzahl der Ausländer ist damit zu begründen, daß sehr viele von ihnen zunächst einmal alleine ins Saarland gekommen sind und erst später — dies führte u.a. zu einem kontinuierlichen Anwachsen der weiblichen ausländischen Bevölkerung — ihre bisher noch in der Heimat lebenden Familienangehörigen haben nachziehen lassen. Aber auch das anfänglich noch für ihre Heimat typische generative Verhalten der Eltern (siehe Kap. 8) führte bei einem etwa ausgeglichenen Geschlechtsverhältnis von Neugeborenen zu einer relativen Zunahme der weiblichen ausländischen Bevölkerung.

dischen Bevölkerung.

3. Ausländer nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsgebiet

Globaldarstellungen von Ausländerzahlen in Zeitreihen reichen nicht aus, um eine allen Gruppen angemessene Ausländerpolitik zu betreiben. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung der verschiedenen Mentalitäten, Lebensgewohnheiten oder Religionen sehr wichtig zu wissen, aus welchen Ländern, Regionen oder Kulturkreisen die Ausländer in unser Land gekommen sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausländerzahlen nach den für das Saarland häufigsten Staatsangehörigkeiten bzw. Herkunftsgebieten auf.

Die größte Gruppe der im Saarland lebenden Ausländer bilden seit vielen Jahren die Italiener. Im Jahre 1973 lebten hier 18 410 italienische Staatsbürger, damals rund 43 % aller Ausländer. Ihre Zahl nahm im Folgejahr leicht um 1,5 % zu, danach sank sie kontinuierlich ab und erreichte 1978 mit 17 125 Personen einen vorläufigen Tiefststand. Da sich zu diesem Zeitpunkt aber auch die Gesamtzahl der Ausländer auf einem sehr niedrigen Niveau bewegte, veränderte sich der Anteil der Italiener insgesamt nicht. Zwischen 1979 und 1981 wuchs die Zahl der italienischen Bürger wieder um 3 % und fiel schließlich bis zum 30.09.1983 auf das Niveau

Ausländer nach Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsgebiet

Herkunfts- gebiet Jahr	Italien	Frankreich	Türkei	Afrika	Asien
1973	18 410	7 462	4 981	1 304	1 194
1974	18 680	7 509	5 410	1 270	1 246
1975	18 280	7 320	5 778	1 124	1 194
1976	17 837	7 080	5 946	1 119	1 377
1977	17 453	6 922	6 005	989	1 302
1978	17 125	6 612	5 245	1 099	1 676
1979	17 150	6 592	5 473	1 189	2 153
1980	17 451	6 739	6 779	1 301	3 021
1981	17 657	6 842	7 239	1 546	3 422
1982	17 451	6 787	7 276	1 708	3 738
1983	17 120	6 787	7 136	1 744	3 416

des Jahres 1978 zurück.

Die relativ gleichmäßige Entwicklung der italienischen Bevölkerung im Saarland mag als Indiz für eine weitgehende Anpassung an die deutsche Lebensgewohnheiten gelten. Hierzu kommt eine in vielen Jahren geschaffene solide wirtschaftliche Basis, die in konjunkturellen Abschwungphasen größere Wanderungsbewegungen verhinderte.

Ähnliche Beobachtungen sind in den vergangenen Jahren für die französischen Staatsbürger zu machen. Ihre Zahl reduzierte sich zwischen den Jahren 1973 und 1983 um 675 Personen oder 9,1 %. Wie bei den Italienern stieg die Zahl der französischen Bürger von 1973 bis 1974 leicht an, um danach kontinuierlich bis zu einem vorläufigen Tiefstand 1979 abzunehmen. Von 1980 bis einschließlich 1983 bewegte sie sich dann auf etwa gleichem Niveau. Im Jahre 1973 belief sich der Anteil der Franzosen an allen im Saarland lebenden Ausländern auf 17,4 %, 1983 dagegen nur noch auf 15,1 %.

Die aufgezeigte Entwicklung macht deutlich, daß die Integration der französischen Staatsbürger in die deutsche Bevölkerung ähnlich stark ausgeprägt ist, wie dies bereits bei den Italienern festgestellt werden konnte. Als eine der wesentlichen Voraussetzungen hierfür kann die unmittelbare Nachbarschaft zwischen Frankreich und dem Saarland angesehen werden und die damit verbundenen geringeren Diskrepanzen in den Lebensgewohnheiten.

Die dritte große Ausländergruppe im Saarland bilden die Türken. Im Jahre 1973 lebten hier insgesamt 4 981 türkische Staatsbürger, damals rund 12 % aller Ausländer. Ihre Zahl wuchs in den Folgejahren ständig an und erreichte 1977 mit 6 005 Personen einen vorläufigen Höchststand und eine Anteilquote von 14,3 %. Im Jahre 1978 verließen sehr viele Türken das Saarland, die türkische Ausländergruppe verkleinerte sich um fast 13 %, um aber in den beiden folgenden Jahren wieder sehr deutlich zuzunehmen. Seit 1980 traten keine wesentlichen Veränderungen mehr ein. Insgesamt stieg die Zahl der im Saarland lebenden Türken in den vergangenen 11 Jahren um knapp über 43 %. Der Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer erhöhte sich im gleichen

Zeitraum um 4,3 %-Punkte und beträgt heute etwa 15,8 %.

Zur Abrundung dieser Darstellung soll noch kurz auf die Entwicklung der Ausländer aus afrikanischen und asiatischen Ländern eingegangen werden. Von unwesentlichen Abweichungen abgesehen, nahm im Beobachtungszeitraum die Zahl der Afrikaner und Asiaten kontinuierlich zu. Für die Afrikaner betrug die Steigerungsrate 33,7 % und für die Asiaten sogar 286 %. Der Anteil der Afrikaner an der Gesamtzahl der Ausländer machte 1973 3 % und 1983 3,9 % aus. Der Anteil der Asiaten stieg aufgrund unstabiler politischer Verhältnisse im vorderasiatischen Raum von 2,8 auf 7,6 %.

Der soeben beschriebene Sachverhalt kann auch statistisch-mathematisch belegt werden, und zwar mit Hilfe von Variationskoeffizienten. Auf eine ausführliche mathematische Darstellung wird jedoch aus Raumgründen verzichtet.

Die bisherigen statistischen Aussagen vermögen jedoch nicht, die Fluktuationen der einzelnen Ausländergruppen hinlänglich zu erklären. Deshalb schließt sich nun eine Untersuchung darüber an, wie lange Ausländer bereits in unserem Land leben, ob und in welchem Umfang sich Änderungen der Altersstruktur vollzogen und welche Größenordnung die Wanderungsbewegungen von Ausländern über die Landesgrenze im vergangenen Jahrzehnt annahmen.

4. Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer im Saarland

Wichtige Erkenntnisse über den Anpassungsgrad der Ausländer an die deutschen Verhältnisse liefern Aussagen über die jeweilige Verweildauer im Saarland. Dabei werden erhebliche Unterschiede sichtbar. So läßt sich global festhalten, daß diejenigen Ausländergruppen, die bereits seit den sechziger und frühen siebziger Jahren in sehr großer Zahl hier lebten, stärkere Bindungen an das Einwanderungsland entwickelt haben als etwa diejenigen, die später gekommen sind.

Aber auch das für diesen Teil der Untersuchung zur Verfügung stehende Zahlenmaterial läßt kei-

ne konkreten Rückschlüsse darauf zu, ob und in welchem Umfang im Laufe der Jahre Familienangehörige von hier bereits lebenden Ausländern nachgezogen sind. Bestenfalls sind hierzu Hinweise aus der geschlechtsspezifischen Darstellung der Aufenthaltsdauer von Ausländern zu gewinnen. Die geeignete Datenquelle hierzu ist das AZR.

Zunächst wollen wir uns mit unseren direkten Nachbarn, den Franzosen, beschäftigen. Beide Geschlechter wiesen in den vergangenen 11 Jahren etwa die gleiche Aufenthaltsdauer nach. Mehr als die Hälfte der Franzosen lebte 1973 bereits länger als 10 Jahre im Saarland. Sie sind damit größtenteils Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre zugezogen. In den folgenden Jahren nach 1973 nahm dann die durchschnittliche Verweildauer kontinuierlich zu, d.h. der Anteil der Personen, die länger als 10 Jahre hier wohnten, stieg an. Im Jahre 1978 gehört bereits 57,3 % der Männer und 56,9 % der Frauen zu diesem Personenkreis, 1983 66 % bzw. 67 %. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß die Gruppe der Franzosen, die mittlerweile schon länger als 20 Jahre hier leben dürfte, im Laufe der Jahre nahezu identisch geblieben ist. Starke Fluktuationen fanden nicht statt. Untermauert wird diese Aussage durch den Anteil der Personen, die weniger als 6 Jahre hier lebten und deren Quote zwischen 1973 und 1978 um insgesamt 12,7 % sowie zwischen 1978 und 1983 um weitere 2,5 % abnahm. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß in den vergangenen Jahren kein Zustrom von französischen Kindern stattgefunden haben kann. Vielmehr dürfte es sich bei den Personen mit einer geringen Verweildauer im Saarland größtenteils um Kinder handeln, die auch in unserem Land geboren sind.

Die Geschlechtsproportion, nach der sich 1973 pro 1 000 französische Männer 946, 1978 1 023 und 1983 1 026 Französinen im Saarland aufhielten, erreichte praktisch den Zahlenwert der deutschen Bevölkerung.

Auffällig bei den Italienern — der stärksten Ausländergruppe — ist der bereits beschriebene beträchtliche Männerüberschuß. Die hier lebende weibliche italienische Bevölkerung wuchs während der letzten Jahre nur sehr langsam. Die Quote von 611 Frauen auf 1 000 Männer 1973

erhöhte sich bis 1978 auf 687 und bis 1983 auf 694. Damit stagnierte die Entwicklung während der letzten 5 Jahre nahezu. Im Jahre 1973 lebten 32,9 % der Männer und 25,4 % der Frauen 10 und mehr Jahre im Saarland. Die Mehrzahl der Italiener ist damit etwas später ins Land gekommen als die Franzosen. Dafür spricht außerdem, daß der Anteil der Italiener mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 10 Jahren bis zum Jahre 1978 erheblich stärker zunahm als bei den Franzosen. 1978 erreichten 54,5 % der Männer und 44,9 % der Frauen diese höchste Klasse der Verweildauer. Diese Quote erhöhte sich bis 1983 bei den Italienern um fast 20 %-Punkte und bei den Italienerinnen um über 22 %-Punkte, womit am 30.09.1983 73,8 % der männlichen und 67,3 % der weiblichen italienischen Staatsbürger schon über 10 Jahre im Saarland wohnten.

Rund die Hälfte der Italiener und knapp über 53 % der Italienerinnen lebten 1973 erst weniger als 6 Jahre hier. Bis 1978 war diese Klasse mit 20,6 % der Italiener bzw. 28,8 % der Italienerinnen besetzt. Im Jahre 1983 waren es dann nur noch 16,1 % italienische Männer und 20,8 % italienische Frauen, die sich erst ab 1977 im Saarland aufhielten. Da die Geschlechtsproportion in dieser Klasse der Aufenthaltsdauer nahezu ausgeglichen ist, wird man auch hier unterstellen können, daß es sich größtenteils um Kinder handeln muß, die hier geboren wurden.

Völlig andere Ergebnisse sind bei der Betrachtung der Aufenthaltsdauer von Türken im Saarland zu erwarten. Am Anfang dieser Betrachtung steht jedoch ein Blick auf die Entwicklung des Geschlechtsverhältnisses im Laufe der letzten 11 Jahre. 1973 entfielen auf 1 000 türkische Männer lediglich 178, im Jahre 1978 bereits 556 und 1983 letztlich 611 Türkinnen. Dies bedeutet, — was bei der Untersuchung des Familienstandes später zu untermauern ist — daß türkische Männer in der Regel ohne Familienangehörige nach Deutschland gekommen sind, um hier eine Beschäftigung zu finden. Der größte Teil von ihnen wanderte seit Ende der sechziger Jahre ein, denn etwas mehr als 88 % der türkischen Männer waren 1973 weniger als 4 Jahre hier ansässig, fast 11 % zwischen 4 und 10 Jahren und nur etwa 1 % länger als 10 Jahre. Ähnliche Strukturen zeigte diese Statistik für die Türkinnen. 1977 lebten 86 % von ihnen seit

höchstens 4 Jahren im Saarland und nur 2,4 % länger als 10 Jahre.

Aber auch die Türken haben sich mittlerweile auf eine insgesamt längere Verweildauer im Saarland eingerichtet. Bis zum Jahre 1978 lebten immerhin schon 72 % aller Männer und 43 % der Frauen länger als 4 Jahre in unserem Bundesland. Diese Zahlen belegen den starken Zuwachs an türkischen Frauen. Die beschriebene Entwicklung setzte sich in den Folgejahren kontinuierlich fort. Bis zum Jahre 1983 hatte sich — allerdings mit Verspätung — in den einzelnen Klassen der Verweildauer eine ähnliche Konstellation wie bei den Franzosen und Italienern herausgebildet. Am 30.09.1983 lebten nunmehr 45,6 % der türkischen Männer und etwas mehr als 19 % der türkischen Frauen länger als 10 Jahre im Saarland.

Im Abschluß dieses Teils der Abhandlung folgt eine Darstellung der Aufenthaltsdauer von Personen aus afrikanischen und asiatischen Ländern. Hierbei soll jedoch ein Zweijahresvergleich für 1978 und 1983 die Struktur ausreichend beleuchten. Im Jahre 1978 waren 84 % aller Afrikaner männlichen und 16 % weiblichen Geschlechts. Die entsprechenden Anteilswerte für 1983 lagen bei 72 % bzw. 28 %. Bei der Betrachtung der Aufenthaltsdauer fallen folgende geschlechtsspezifische Unterschiede auf: Während im Jahre 1978 noch rund 30 % aller Männer weniger als 4 Jahre im Saarland lebten, erhöhte sich dieser Wert innerhalb von 5 Jahren auf 44,2 % im vergangenen Jahr. Demnach fanden gerade zwischen den Jahren 1978 und 1983 starke Zuwanderungen aus Afrika statt. Weitere 30 % der Männer lebten 1978 bereits länger als 10 Jahre im Saarland. Diese Quote erhöhte sich bis 1983 auf 39,1 %. Da gleichzeitig der Anteil der afrikanischen Männer, die eine Aufenthaltsdauer zwischen 4 und 10 Jahren nachwiesen, von 39,6 % auf 16,7 % absank, kann man bei einem großen Teil dieses Personenkreises davon ausgehen, daß sie sich für einen längeren oder dauernden Aufenthalt im Saarland eingerichtet haben. Andererseits fanden bei der Gruppe von Afrikanern, die weniger als 4 Jahre im Saarland verweilte, stärkere Fluktuationen statt, d.h. zwischen 1978 und 1983 kamen zwar relativ viele Afrikaner ins Land, zogen aber nach kurzer Zeit wieder weiter und wurden dabei von anderen Afrikanern abgelöst.

Im Jahre 1978 lebten rund 52 % der Afrikanerinnen weniger als 4 Jahre und 18,7 % länger als 10 Jahre im Saarland. 1983 waren es dagegen 60 %, die länger als 4 Jahre und 15,9 %, die länger als 10 Jahre hier verweilten. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen absoluten, sondern lediglich relativen Rückgang in der obersten Klasse der Verweildauer.

Eine fast ähnliche Struktur ergab sich bei der Betrachtung der Aufenthaltsdauer von Asiaten und Asiatinnen. Deshalb wird an dieser Stelle nicht näher auf diese Gruppe eingegangen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich Franzosen und Italiener durchschnittlich am längsten im Saarland aufhalten und sich demnach wohl auch am besten in ihrer neuen Umgebung zurecht gefunden haben. Für einen großen Teil der türkischen Staatsbürger wurden ähnliche Strukturen vorgefunden, die sich lediglich zeitlich versetzt herausgeschält haben. Ohne eindeutigen Trend verlief die Entwicklung der Aufenthaltsdauer von Afrikanern und Asiaten, Bevölkerungsgruppen, die erst in den siebziger Jahren verstärkt eingewandert sind und aufgrund der doch total fremden Verhältnisse eher geneigt zu sein scheinen, nach relativ kurzer Verweildauer das Land wieder zu verlassen. In vielen Fällen spielt jedoch auch das Ende der Studien- oder Ausbildungszeit nach wenigen Jahren eine Rolle.

5. Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung

Der weitaus größte Teil der Ausländer ist in den sechziger und siebziger Jahren mit dem Ziel in unser Land gekommen, hier eine Beschäftigung zu finden. Viele von ihnen wurden auch angeworben. Es handelte sich dementsprechend in der Regel um Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 - 65 Jahren. Sie füllten damit eine Lücke aus, die der letzte Krieg vor allem bei der männlichen deutschen Bevölkerung hinterlassen hatte. In den Folgejahren wurden hier Ehen zwischen Ausländern geschlossen bzw. Familienangehörige ins Arbeitsland geholt und damit die Altersstruktur unmittelbar beeinflusst. Für unsere Betrachtung wurden die Jahre 1973, 1978 und 1983 ausgewählt.

Im Jahre 1973 standen mehr als drei Viertel aller Ausländer im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Unter 15 Jahre alt waren 21 % und über 65 Jahre 33 %. In der Mitte des Beobachtungszeitraumes sank der Anteil der ersten Gruppe auf etwa 73 %. Etwa 23 %, also kaum mehr als 1973, fielen in die Altersklasse unter 15 Jahren, während auch der Anteil der Ausländer über 65 Jahre mit 4,2 % ebenfalls leicht über dem Niveau des Jahres 1973 lag. Bis zum Jahr 1983 nahm dann die Zahl der unter 15jährigen wieder leicht ab, der Anteil der über 65jährigen blieb konstant und die Quote der im erwerbsfähigen Alter stehenden Ausländer stieg wieder auf fast 75 %. Ein Vergleich mit der Alterstruktur der Gesamtbevölkerung ergibt sowohl für 1973 als auch für 1983 ein durchschnittlich höheres Alter für die Saarländer. Im Jahre 1973 waren hier 12,9 % der Personen und Ende 1982 sogar 14,3 % über 65 Jahre alt. Die Quote der unter 15jährigen bewegte sich 1973 leicht über dem Niveau der vergleichbaren Altersgruppe der Ausländer. Der Prozentsatz der Personen im erwerbsfähigen Alter veränderte sich in den letzten 10 Jahren nicht und lag mit 70,1 % rund 5%-Punkte unter dem Wert für Ausländer. Dagegen sank im gleichen Zeitraum der Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung um etwa 7%-Punkte auf nunmehr 15,6 %.

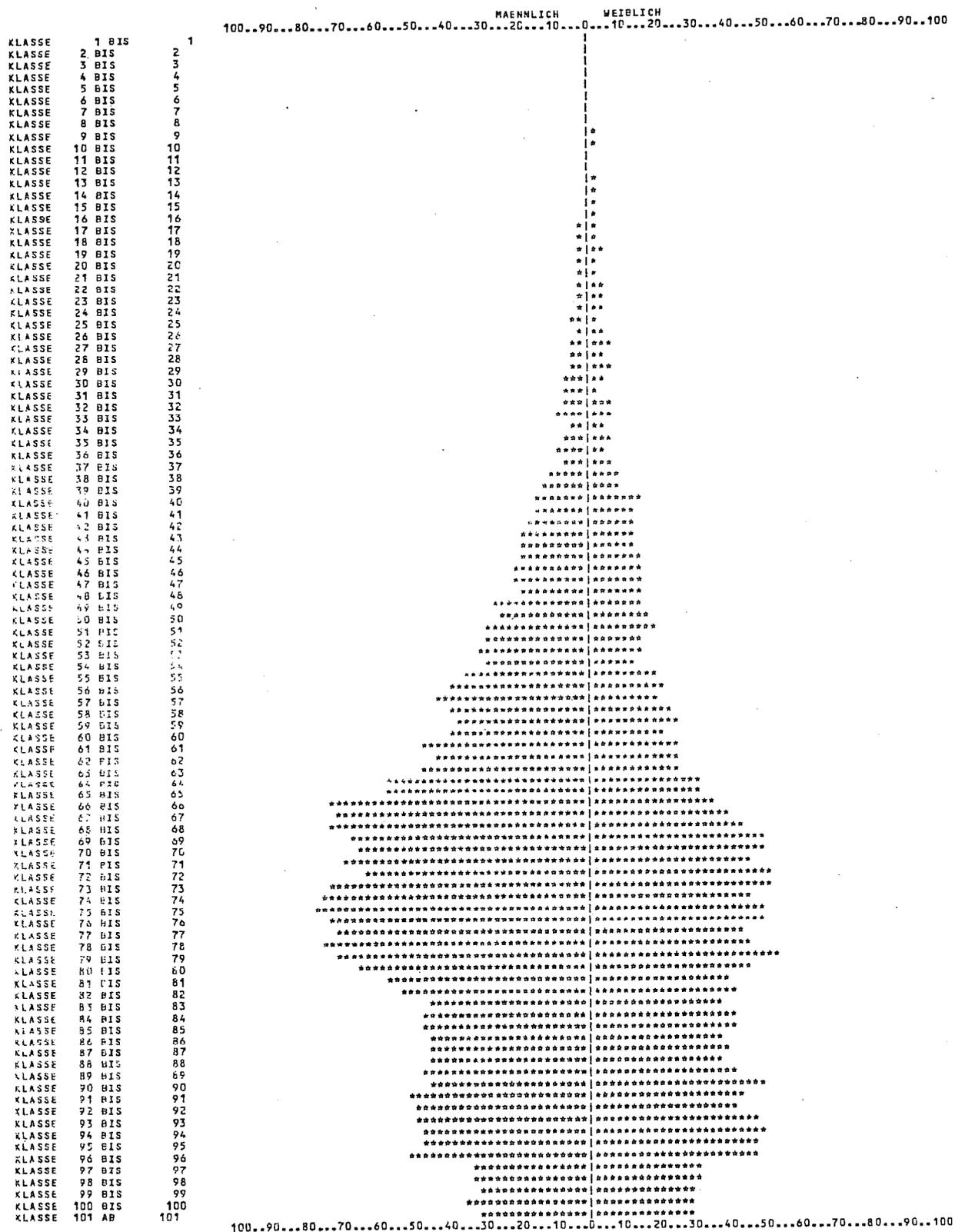
Vor der Darstellung der geschlechtsspezifischen Altersstruktur wurde zunächst für alle drei Betrachtungsjahre die Geschlechtsproportion berechnet. Danach entfielen im Jahre 1973 auf 1 000 ausländische Männer 565 Frauen, 1978 und 1983 jeweils 688 Frauen. Im nächsten Schritt ist nun die Frage zu klären, ob und inwieweit in den einzelnen Altersklassen Unterschiede in den Geschlechtsproportionen aufgetreten sind. Für das Jahr 1973 fällt dabei zunächst das zahlenmäßig ausgeglichene Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Personen in den unteren Altersklassen bis etwa 20 Jahren auf, d.h. die Mädchen waren auf das Gesamtergebnis bezogen deutlich überrepräsentiert. Insgesamt waren 23,7 % aller Männer und 34,4 % aller Frauen jünger als 20 Jahre alt. Auch in der nächsthöheren Klasse von 20 - 25 Jahren lag der Prozentsatz der Frauen noch etwas höher als der der Männer. Bis zum Alter von 55 Jahren waren dann die Männer erheblich stärker vertreten als die Frauen.

Bis zum Jahre 1983 sank der Anteil der unter 20-jährigen Männer um 6,3 % auf 26 % und der der Frauen auf nunmehr 32,7 %. Die Quote der über 65-jährigen Männer erhöhte sich auf 3,6 %, wohingegen der Prozentsatz für Frauen seit einigen Jahren mit etwa 5 % nahezu unverändert geblieben ist.

Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung 1973, 1978 und 1983

Altersklasse von ... bis unter ... Jahren	1973			1978			1983		
	Anteil in %								
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
0 — 5	7,5	6,0	10,1	7,7	6,8	8,9	5,7	5,2	6,4
5 — 10	8,1	6,5	10,7	8,0	6,8	9,8	7,3	6,6	8,3
10 — 15	6,0	4,8	8,1	7,2	6,2	8,8	7,9	7,0	9,3
15 — 20	7,5	6,4	9,5	6,2	5,7	6,9	7,8	7,2	8,7
20 — 25	13,1	12,2	14,6	10,2	9,0	11,8	9,5	9,5	9,6
25 — 30	14,2	16,1	10,8	13,2	12,7	13,8	11,5	11,4	11,6
30 — 35	11,8	14,3	7,4	12,2	13,8	9,8	11,8	11,6	12,1
35 — 40	9,1	10,8	5,9	9,2	10,9	6,7	10,3	11,4	8,8
40 — 45	6,6	7,4	5,0	7,1	8,6	4,8	7,5	8,6	5,9
45 — 50	5,1	5,2	4,9	5,4	6,3	4,2	5,9	7,0	4,3
50 — 55	3,8	3,8	3,8	4,4	4,6	4,2	4,5	5,1	3,8
55 — 60	2,1	2,1	2,2	3,3	3,3	3,2	3,5	3,6	3,4
60 — 65	1,9	1,8	2,1	1,8	1,8	1,7	2,5	2,4	2,6
65 und mehr	3,3	2,4	1,9	4,2	3,4	5,2	4,2	3,6	5,1

ALTERSSTRUKTUR DER AUSLAENDISCHEN BEVOELKERUNG
AM 31.12.1982 IN SAARLAND



ZEICHENERKLÄRUNG

*** PYRVAR1 MAXIMUM 100 MINIMUM -76 MAENNLICHE BEVOELKERUNG
 MASSSTAB: 1 STELLE ENTSpricht 2 EINHEITEN
 *** PYRVAR2 MAXIMUM 100 MINIMUM 0 WEIBLICHE BEVOELKERUNG
 MASSSTAB: 1 STELLE ENTSpricht 2 EINHEITEN

Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter nahmen 1983 im Gegensatz zu früheren Jahren die Anteile der Männer erst ab einem Alter von über 35 Jahren höhere Werte an als die Quoten für Frauen. Das Aufrücken von Personen bei den Geschlechtern in höhere Altersklassen unterstreicht die zunehmende Verweildauer der ausländischen Bevölkerung in unserem Land.

6. Ausländer nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Familienstand

Die Auswertung dieses Teils der Ausländerstatistik läßt ebenfalls keine konkreten Rückschlüsse zu, inwieweit in den vergangenen Jahren in unserem Land Familienzusammenführungen durch Zuzug von Ausländern stattgefunden haben, weil der Familienzusammenhang aus dem vorliegenden Datenmaterial nicht zu ersehen ist. Die Darstellung von Ausländerzahlen nach dem Familienstand liefert diesbezüglich jedoch gewisse Hinweise. In der folgenden Tabelle wurde lediglich zwischen Verheirateten und Unverheirateten unterschieden. Die Gruppe der verwitw-

ten und geschiedenen Ausländer ist zahlenmäßig so gering, daß es sich bei den unverheirateten fast ausschließlich um ledige Ausländer handelt. Die Tabelle umfaßt alle Personen über 16 Jahre.

Im Durchschnitt der letzten 11 Jahre waren 62,7 % der im Saarland lebenden französischen Männer und 60,4 % der französischen Frauen verheiratet. Da die einzelnen Jahreswerte kaum von diesem Mittelwert abweichen, kann davon ausgegangen werden, daß in all den Jahren der Kreis der hier lebenden verheirateten Franzosen nahezu identisch geblieben ist. Bei der Darstellung der Geschlechtsproportion wurde bereits weiter oben festgestellt, daß der Anteil der Frauen zu Beginn des Beobachtungszeitraumes niedriger lag als der Anteil der Männer und sich dieses Verhältnis bis 1983 umgedreht hat. Gleichzeitig erhöhte sich auch der Prozentsatz der verheirateten Frauen an der Gesamtzahl der Frauen im letzten Jahrzehnt kontinuierlich. 1973 waren 56,2 %, 1983 dagegen schon knapp über 63 % der Französinen verheiratet.

Fast 59 % der Italiener und 74,1 % der Italie-

Ausländer nach Herkunftsgebiet, Geschlecht und Familienstand

Herkunftsgeb. Geschlecht	Frankreich		Italien		Türkei		Afrika		Asien		
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
1973	verh.	1 839	1 625	5 114	3 301	3 334	471	447	35	313	101
	n. verh.	1 186	1 266	3 577	1 070	548	40	555	37	458	157
1974	verh.	1 844	1 672	5 066	3 401	3 281	672	434	35	322	101
	n. verh.	1 217	1 251	3 491	1 126	545	53	524	37	493	166
1975	verh.	1 862	1 739	4 948	3 401	3 035	874	390	44	312	120
	n. verh.	1 156	1 167	3 290	1 092	504	70	448	35	468	160
1976	verh.	1 838	1 753	4 688	3 358	2 717	987	396	52	373	159
	n. verh.	1 067	1 148	3 199	1 070	465	56	484	32	535	153
1977	verh.	1 822	1 776	4 547	3 357	2 474	1 022	364	55	362	159
	n. verh.	1 051	1 125	3 125	1 059	455	74	400	29	506	139
1978	verh.	1 819	1 776	4 555	3 359	1 837	947	438	69	545	176
	n. verh.	1 017	1 121	3 128	1 074	384	79	436	38	653	145
1979	verh.	1 826	1 807	4 534	3 368	1 761	977	479	86	664	241
	n. verh.	998	1 117	3 188	1 153	441	93	449	48	785	178
1980	verh.	1 864	1 861	4 589	3 417	2 074	1 124	464	109	961	332
	n. verh.	1 063	1 140	3 305	1 232	803	143	543	58	1 120	199
1981	verh.	1 898	1 889	4 622	3 490	2 012	1 217	555	132	986	383
	n. verh.	1 107	1 164	3 357	1 310	882	196	611	73	1 360	233
1982	verh.	1 882	1 936	4 594	3 487	1 959	1 246	569	169	956	436
	n. verh.	1 110	1 128	3 322	1 370	876	266	611	102	1 552	222
1983	verh.	1 892	1 958	4 488	3 413	1 906	1 243	578	181	811	455
	n. verh.	1 115	1 120	3 366	1 435	859	268	637	109	1 324	254

nerinnen waren 1973 verheiratet. Auch bei dieser Ausländergruppe hat sich der Anteil der verheirateten Männer im Zeitablauf kaum verändert. Die Quote der verheirateten Frauen sank dagegen zwischen 1973 und 1983 um fast 5 %. Die Begründung hierfür findet sich in der Entwicklung der Altersstruktur. Der Prozentsatz der Mädchen in den untersten Altersklassen hat im Laufe der Jahre zugenommen und damit auch der Anteil der ledigen weiblichen Personen über 16 Jahre.

Im Jahre 1973 waren 88 % aller im Saarland lebenden Türken Männer, von denen wiederum 85,8 % verheiratet waren. Von den damals insgesamt 511 Türkinnen über 16 Jahre waren 92 % verheiratet. Zum einen bedeutet dies, daß der weitaus größte Teil der Männer ohne Familienangehörige nach Deutschland gekommen ist. Der hohe Prozentsatz der verheirateten Türkinnen deutet andererseits darauf hin, daß die Frauen hier zusammen mit ihren Familien lebten. In den Folgejahren sank sowohl die Zahl der verheirateten als auch die der unverheirateten Männer etwa gleichmäßig. Gleichzeitig nahmen die verheirateten und unverheirateten Türkinnen zahlenmäßig ständig zu. Bis 1983 waren doppelt so viel Türkinnen verheiratet ^{wie} als 1973.

Im Jahre 1983 betrug der Anteil der männlichen verheirateten Türken lediglich noch 69,9 %, die Quote der verheirateten Frauen noch 82,2 %. Dieser Rückgang ist begründet sowohl in der gestiegenen Anzahl von Geburten türkischer Kinder im Saarland, im Nachzug von Kindern unter 16 Jahren aus der Türkei, als auch letztlich in der Abwanderung von Familien zurück in die Türkei.

Völlig andere Ergebnisse bringt die Untersuchung des Familienstandes bei Afrikanern und Asiaten. Mit Ausnahme des Jahres 1978 waren die unverheirateten Afrikaner immer in der Überzahl. Lediglich 6,7 % der 1973 hier lebenden 1 074 Afrikaner über 16 Jahre waren Frauen, von denen wiederum die Hälfte verheiratet war.

Ebenso unkontinuierlich verlief die Entwicklung hinsichtlich des Familienstandes bei den Asiaten. Bei den Männern überwogen während der gesamten Zeitspanne die unverheirateten erheblich. Absolut stieg die Zahl der verheirateten Asiaten von 1973 bis 1983 um 498, die Anzahl der un-

verheirateten im gleichen Zeitraum dagegen um 866 Personen. Der Anteil der verheirateten Asiaten lag von 1973 bis 1975 unter dem Anteil der unverheirateten, erhöhte sich nach 1975 jedoch ständig. 1983 waren dann 64,1 % der Asiatinnen verheiratet. Da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Asiaten im Vergleich zu Italienern und Franzosen relativ gering war, muß auch hier der größte Teil des Zuwachses von verheirateten Frauen in der Zusammenführung mit bereits hier lebenden Familienangehörigen begründet sein.

7. Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Auslandsgrenzen

Aus der Wanderungsstatistik stehen uns zur Darstellung der „Zuzüge“ und „Fortzüge“ zwei Tabellen zur Verfügung. Zum einen die Zu- und Fortzüge von Ausländern nach der Staatsangehörigkeit über die Auslandsgrenzen, zum anderen die Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten. Beschränken wollen wir uns allerdings auf die erste Tabelle.

Im einleitenden Teil dieser Abhandlung wurden die reinen Bestandszahlen von Ausländern am 30.09 verschiedener Jahre miteinander verglichen. Hier werden nun die „Bestandsveränderungen“ anhand der Zu- und Fortzüge quantifiziert. Die zweite wesentliche Komponente der Bestandsveränderungen, die Anzahl der Geburten, wird weiter unten kommentiert.

In fast allen Jahren des Beobachtungszeitraumes wanderten mehr Franzosen zu als fort. Diese Reihe wurde lediglich 1976 mit einem negativen Wanderungssaldo von 38 Personen unterbrochen. Insgesamt wanderten in den letzten 10 Jahren 5 906 französische Staatsbürger zu und 4 751 fort. Daraus resultiert ein positiver Gesamt-Wanderungssaldo von 1 155 Personen.

Anders gestaltete sich das Wanderungsverhalten der Italiener. Lediglich 1973, sowie 1979 und 1980 war der Saldo positiv. Den insgesamt 13 125 Zuzügen in den vergangenen Jahren standen 14 357 Fortzüge gegenüber, was einem negativen Gesamt-Wanderungssaldo von 1 232 Personen entspricht.

Mit sehr starken Sprüngen verliefen die Zu- und

Über die Auslandsgrenzen Zugezogene (Z) und Fortgezogene (F) nach der Staatsangehörigkeit

Jahr Staats- angehörigkeit		1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
		Frankreich	Z	773	703	578	535	571	530	547	597
	F	658	577	551	597	462	449	376	364	323	394
Italien	Z	2 681	1 576	1 075	1 168	1 184	1 188	1 240	1 218	1 080	721
	F	1 985	1 826	1 785	1 623	1 418	1 308	1 127	1 076	1 116	1 120
Türkei	Z	1 507	835	733	763	684	607	846	1 270	492	222
	F	359	506	646	691	652	469	260	294	396	380
Afrika	Z	545	439	419	488	443	476	655	716	701	601
	F	131	115	73	101	102	92	120	84	83	115
Asien	Z	500	513	452	611	589	784	1 224	1 237	1 078	1 211
	F	110	97	138	193	205	152	274	231	333	569

Fortzüge der türkischen Staatsbürger seit 1973. Mit insgesamt 7 959 Zuzügen und 4 653 Abwanderungen stellte sich ein positiver Gesamt-Wanderungssaldo von 3 306 Personen ein. Wie stark der Zustrom gerade im Jahre 1973 war, beweist sich daraus, daß von den damals im Saarland registrierten 1 866 Wanderungsfällen knapp über 80 % auf Zuzüge entfielen. Bis zum Jahre 1977 glichen sich dann Zu- und Abwanderungen allmählich an. Danach nahm der Anteil der Zuwanderungen wieder stark zu und erreichte 1980 immerhin wieder 81,3 %. In den beiden letzten Jahren sank die Zahl der Zuwanderungen wieder deutlich ab. Schließlich bestanden im Jahre 1982 63,1 % aller Wanderungsfälle aus Abwanderungen über die Staatsgrenze.

Die im Vergleich zu Franzosen und Italienern beobachteten größeren Schwankungen in den Wanderungsbewegungen von Türken beziehen sich demnach nicht nur auf die Häufigkeit der Wanderungsfälle, sondern auch auf die Relation von Zu- und Abwanderungen.

Bei der Betrachtung der Wanderungsfälle von Afrikanern überwiegen in allen Jahren die Zuwanderungen. Insgesamt zogen von 1973 bis einschließlich 1982 5 483 Afrikaner zu, doch nur 1 016 verließen wieder das Land. Der hieraus resultierende positive Wanderungssaldo von 4 467 Personen übertrifft damit erheblich die Anzahl der zur Zeit im Saarland lebenden Afrikaner. Hieraus folgt, daß ein sehr großer Teil der Afrikaner zunächst einmal ins Saarland wandert und nach einer relativ kurzen Aufenthaltsdauer in andere Länder der Bundesrepublik

weitergezogen ist. Auch sind die geringe Streuung und die Durchschnittswerte der jährlichen Zu- und Fortzüge nicht zu übersehen, was auf einen gleichmäßigen Verlauf der Wanderungsbewegungen hinweist. Bei den Zuwanderungen betrug die stärkste Abweichung im Jahre 1975 129 Fälle nach unten und 1980 168 Fälle nach oben. Bei den Abwanderungen fielen die entsprechenden Abweichungen mit 29 Fällen im Jahre 1973 nach oben und ebenfalls 29 Fällen im Jahre 1977 nach unten noch schwächer aus.

Die Zu- und Abwanderungen von Asiaten verliefen im Gegensatz zu der Gruppe der Afrikaner erheblich sprunghafter. Insgesamt standen 8 199 Zuwanderungen lediglich 2 302 Abwanderungen gegenüber. Auch hier erreichte der positive Wanderungssaldo damit einen weitaus höheren Wert als die Anzahl der insgesamt hier lebenden Asiaten.

Durchschnittlich rund 28 % aller Wanderungsfälle in den letzten 10 Jahren entfielen auf Abwanderungen. Dieser Mittelwert wurde 1980 mit 18,6 % am stärksten unter- und im Jahre 1982 mit 46,9 % am stärksten überschritten.

8. Fruchtbarkeitsziffern der ausländischen Bevölkerung

Im letzten Teil dieser Abhandlung wird der Versuch unternommen, mit Hilfe von Geburtenraten aufzuzeigen, inwieweit sich Ausländer an das generative Verhalten der Gesamtbevölkerung angepaßt haben.

Berechnung von Fruchtbarkeitsziffern 1973 – 1982

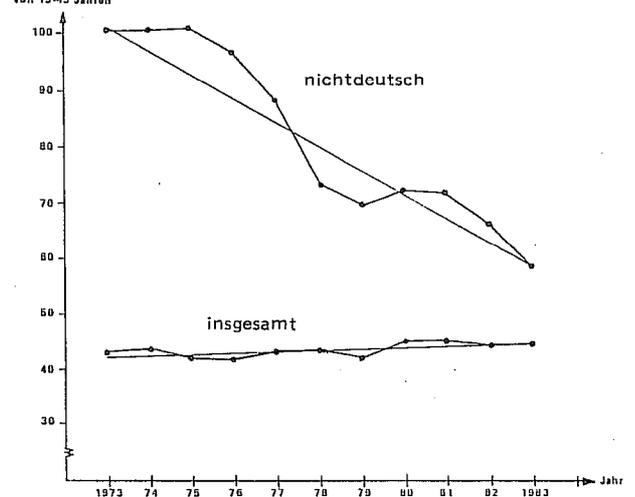
Merkmal Jahr	Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren		Lebendgeborene		Fruchtbar- keitsziffer 1	Fruchtbar- keitsziffer 2
	insgesamt (1)	nichtdeutsch (2)	insgesamt (3)	von nicht- deutschen Müttern (4)	Sp. 3 x 1 000 Sp.1	Sp. 4 x 1 000 Sp. 2
1973	227 899	7 843	9 845	787	43,2	100,3
1974	228 003	8 421	9 868	845	43,3	100,3
1975	228 613	8 808	9 585	885	41,9	100,5
1976	229 629	8 983	9 601	869	41,8	96,7
1977	230 583	9 065	9 876	802	42,8	88,5
1978	231 838	9 195	9 574	672	41,3	73,1
1979	233 223	9 567	9 787	666	41,9	69,6
1980	233 890	10 277	10 511	740	44,9	72,0
1981	233 661	11 050	10 496	792	44,9	71,7
1982	232 575	11 507	10 287	758	44,2	65,9

Allgemein wird zur Berechnung der Fruchtbarkeitsziffern die Gruppe der gebärfähigen Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren herangezogen, denen die Anzahl der Geburten gegenübergestellt wird.

Der Anteil der 15 - 45jährigen ausländischen Frauen belief sich im Jahre 1973 auf 53,3 % aller ausländischen Frauen. Er war damit um rund 14 %-Punkte höher als der entsprechende Gesamtwert im Saarland. Bis zum Jahre 1982 erhöhten sich beide Quoten um etwa 3 %.

Aus der Tabelle und der dazugehörigen Graphik wird ersichtlich, daß sich die Geburtenraten der Gesamtbevölkerung im Laufe der letzten 10 Jahre unwesentlich veränderten und nur leicht um den durchschnittlichen Wert von 43 Kindern je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren streuten. Anders sieht es jedoch bei den Geburten nichtdeutscher Mütter aus: Die Geburtenrate, die im Jahre 1973 noch über 100 betragen hatte, nahm innerhalb eines Jahrzehnts um ein Drittel ab. Die Vermutung liegt nahe, daß dieser Abwärtstrend auch in der Zukunft Bestand haben wird und sich an einen für alle Frauen im gebärfähigen Alter geltenden Wert anpassen wird. Die in der Graphik eingezeichneten beiden Geraden für die Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffern belegen diese Tendenz sehr nachdrücklich.

**Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffern
1973 bis 1982**



Die deutsche Umgebung, die deutsche Mentalität, aber auch alle anderen Probleme und Umstände, die bei deutschen Familien gerade in den letzten Jahren den früher gekannten Kinderreichtum vergessen ließen, haben damit auch die ausländische Bevölkerung voll erfaßt. Die Differenz zwischen den Ziffern für die ausländische und die deutsche Bevölkerung ist insgesamt allerdings noch etwas größer als in der hier gewählten Darstellung, weil in der Gesamtbevölkerung auch die Zahl der Ausländer mit relativ hohen Geburtenraten enthalten ist.

Heiner Bost
Diplom-Kaufmann

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983				1984		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 060,5	1 054,3	1 056,9	1 056,2	1 055,0	1 052,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	601	600	283	336	589	746	278	367	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,8	6,8	3,2	4,1	6,6	8,3
* Lebendgeborene	Anzahl	857	827	825	854	880	772	772	788	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,4	9,2	10,5	9,8	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 069	1 096	1 116	1 384	1 348	1 055	1 107	1 092	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	12,5	12,4	17,1	15,0	11,8
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	9	9	9	10	14	4	11	9	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	10,7	...	10,6	12,8	15,8	5,0	13,7	11,9	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 212	- 269	- 291	- 530	- 468	- 283	- 335	- 304	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 3,1	- 3,2	- 6,5	- 5,2	- 3,2
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 587	1 541	1 231	1 224	1 632	1 888	1 357
Ausländer	Anzahl	493	394	330	406	428	806	350
Erwerbspersonen	Anzahl	766	674	610	571	821	754	566
* Fortgezogene	Anzahl	1 832	1 667	1 536	1 479	2 312	1 340	1 297
Ausländer	Anzahl	512	468	449	372	530	443	394
Erwerbspersonen	Anzahl	965	739	822	701	1 069	517	515
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 245	- 126	- 305	- 255	- 680	+ 548	+ 60
Ausländer	Anzahl	- 20	- 74	- 119	+ 34	- 102	+ 363	- 44
Erwerbspersonen	Anzahl	- 199	- 65	- 212	- 130	- 248	+ 237	+ 51
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 626	2 820	2 506	2 294	3 323	2 607
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	38 093	47 673	48 579	49 107	48 050	49 457	52 577	52 498	51 542
* Männer	Anzahl	21 930	28 492	30 099	30 702	29 649	29 804	32 550	32 916	32 020
Arbeitslosenquote	%	9,7	11,8	12,4	12,5	12,3	12,2	13,0	13,0	12,7
Kurzarbeiter	Anzahl	17 469	29 618	36 552	38 739	36 165	28 185	18 561	17 209	17 602
Männer	Anzahl	15 916	28 007	33 557	35 645	33 977	25 591	16 852	16 274	16 633
Offene Stellen	Anzahl	1 077	943	675	733	1 100	840	857	1 120	1 238
Männer	Anzahl	713	...	415	474	779
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,0	71,6	-	-	-	71,6	-	-	-
Milchkühe	1 000	26,2	25,4	-	-	-	25,4	-	-	-
Schweine	1 000	44,3	44,2	-	-	-	44,2	-	-	-
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	2 514	2 364	2 433	2 091	2 573	2 883	2 764	2 650	2 640
* Kälber	Anzahl	47	58	43	42	121	66	39	35	38
* Schweine	Anzahl	7 900	7 803	8 683	7 148	7 805	8 313	8 062	7 480	6 822
Schlachtmengen										
* Rinder	t	1 355	1 300	1 407	1 176	1 361	1 532	1 327	1 227	1 304
* Kälber	t	721	687	708	622	735	844	679	614	755
* Schweine	t	630	608	695	550	617	682	645	606	546
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,7	9,9	9,2	8,5	10,0	9,0	8,9	8,6	9,7
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	87,8	89,5	91,9	91,8	93,8	88,0	91,2	92,1	93,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,6	12,4	11,3	11,6	12,4	11,0	11,2	11,7	12,3

ZAHLENSPIEGEL FÜR DAS SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983	1983				1984		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Betriebe	Anzahl	595	587	587	587	587	582	577	577	577
* Beschäftigte	1 000	150	143	144	144	144	141	141	140	140
* Arbeiter ²⁾	1 000	117	112	112	112	112	110	110	110	109
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 745	14 797	15 318	14 116	16 426	13 760	15 730	15 452	15 421
Löhne und Gehälter	Mill. DM	459	443	416	387	410	455	454	425	417
* Löhne	Mill. DM	321	309	285	264	286	318	302	290	291
* Gehälter	Mill. DM	138	134	131	123	124	137	132	135	126
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	412	427	407	459	511	534	534	559	588
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm.	74	68	69	64	83	73	81	82	77
* Heizölverbrauch	1 000 t	17	16	19	21	21	20	20	21	20
* Leichtes Heizöl	1 000 t	5	5	—	—	—	—	—	—	—
* Schweres Heizöl	1 000 t	12	11	—	—	—	—	—	—	—
* Stromverbrauch	Mill. kWh	368	363	365	361	401	381	412	416	425
* Stromerzeugung	Mill. kWh	498	547	485	645	699	779	720	783	834
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 780	1 790	1 703	1 727	1 984	1 972	1 874	1 928	2 130
* Auslandsumsatz	Mill. DM	605	622	640	601	667	717	652	613	775
Auftragsingang insgesamt ⁵⁾	1980 = 100	99,9	101,6	101,5	95,7	123,6	104,4	120,5	126,1	134,6
aus dem Ausland	1980 = 100	100,6	104,6	107,8	100,7	115,9	118,7	112,4	118,0	152,7
Index der Nettoproduktion⁶⁾ im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe										
Bergbau	1980 = 100	107,5	97,9	112,2	101,4	118,2	93,9	111,9	109,3	107,5
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	89,0	87,8	79,8	76,7	100,4	85,4	96,3	102,7	106,4
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	126,1	94,3	60,7	44,4	83,7	67,3	44,5	50,2	78,8
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	81,2	83,9	75,5	69,5	97,5	87,6	101,9	113,3	112,4
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103,5	100,0	96,6	89,5	113,4	105,3	102,6	101,4	118,1
Fahrzeugbau	1980 = 100	123,0	133,2	126,6	123,7	154,9	128,9	147,8	147,6	152,2
Maschinenbau	1980 = 100	89,7	82,8	75,8	69,3	93,3	111,8	74,2	67,9	116,7
Stahlbau	1980 = 100	75,7	72,8	68,4	57,8	76,9	73,6	49,0	45,3	77,1
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93,6	93,0	84,5	85,6	105,4	85,7	89,2	97,0	100,7
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	102,7	103,4	96,1	91,0	111,4	100,3	98,6	98,0	103,6
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	917,4	833,2	955,2	863,3	1 013,0	800,6	947,1	914,0	911,4
Roheisen	1 000 t	291,9	286,1	256,7	251,1	320,5	280,6	319,3	326,3	367,2
Rohstahl	1 000 t	327,9	315,2	288,8	282,5	355,6	294,4	341,7	368,5	411,2
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	226,7	223,8	210,4	193,3	273,5	219,5	269,7	279,2	275,5
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104,4	103,6	101,3	102,6	105,6	104,8	—	—	103,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	136,5	137,4	118,8	145,1	131,8	153,8	—	—	122,0
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	778,4	896,0	845,9	1 014,9	1 072,1	1 582,9	1 556,4	1 654,9	1 630,1
* Stromverbrauch	Mill. kWh	660,5	675,7	812,4	706,3	752,3	785,7	821,8	801,8	817,8
* Gaserzeugung	Mill. cbm	67,5	59,9	61,0	55,5	62,9	64,1	69,0	63,5	63,1
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	19 692	18 995	18 286	18 113	18 598	18 832	18 411	18 139	18 255
dar.: Facharbeiter	Anzahl	10 216	9 945	9 601	9 540	9 610	9 851	9 618	9 497	9 546
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 207	2 082	1 602	1 141	2 209	1 534	1 270	1 398	1 841
* Wohnungsbau	1 000	764	734	536	402	752	577	507	534	643
* Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	1 000	612	536	486	336	559	404	420	403	499
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	831	812	580	403	898	553	343	461	699
Hochbau	1 000	151	146	127	93	185	126	78	107	132
Tiefbau	1 000	680	666	453	310	713	427	265	354	567
Löhne und Gehälter	Mill. DM	52,7	53,1	40,4	32,8	50,3	49,4	34,5	36,8	45,5
* Löhne	Mill. DM	43,3	43,2	31,6	24,1	41,2	37,9	25,7	27,7	36,4
* Gehälter	Mill. DM	9,4	9,9	8,8	8,7	9,1	11,5	8,8	9,1	9,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	167,8	159,0	98,0	92,3	145,3	221,2	88,9	97,9	113,7
Auftragsingang ¹⁾	Mill. DM	119,5	102,0	72,6	74,6	124,3	88,7	94,3	76,2	94,9
Wohnungsbau	Mill. DM	32,5	29,1	25,7	22,5	36,6	27,8	25,0	27,6	33,3
Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	Mill. DM	30,5	30,6	28,2	27,5	32,1	19,1	21,5	24,5	26,5
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	56,5	42,3	18,7	24,6	55,6	41,8	47,8	24,1	35,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. 6) Kalendermonatlich. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. p) Vorläufige Ergebnisse.

ZAHLENSPIEGEL FÜR DAS SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983					1984		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	204	200	150	268	148	161	182	215
* mit 1 Wohnung	Anzahl	105	126	121	93	176	69	93	112	131
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	50	60	63	43	73	53	44	61	63
* mit 3 und mehr Wohnungen ¹⁾	Anzahl	17	19	16	14	19	26	24	9	21
* Umbauter Raum	1 000 cbm	225	264	274	190	345	285	247	201	252
* Wohnfläche	1 000 qm	34,3	40,2	44,1	28,0	50,7	46,4	40,1	29,8	38,2
* Wohnräume	Anzahl	1 628	1 896	2 033	1 339	2 440	2 222	1 862	1 391	1 862
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	65,9	82,3	82,8	57,6	101,8	100,1	79,5	61,1	76,4
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	30	34	35	41	43	18	10	18	28
* Umbauter Raum	1 000 cbm	177	190	218	211	155	53	40	76	205
* Nutzfläche	1 000 qm	27,5	30,7	32,8	40,2	27,8	9,2	6,2	11,7	34,4
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	30,9	39,5	66,6	53,3	27,8	11,0	6,5	11,8	35,6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	453	513	535	389	613	683	511	352	451
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	697,1	668,8	654,5	662,8	715,9	719,9	720,5	706,0	774,8
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	13,1	13,0	11,2	11,5	11,9	13,4	14,6	11,1	19,5
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	684,0	655,8	643,3	651,3	703,9	706,5	705,9	694,9	755,2
* Rohstoffe	Mill. DM	26,7	22,5	41,9	35,8	40,4	21,1	34,2	32,2	31,8
* Halbwaren	Mill. DM	76,2	69,0	77,4	78,5	88,3	78,6	75,8	66,2	74,2
* Fertigwaren	Mill. DM	581,1	564,2	524,0	537,0	575,3	606,8	595,9	596,5	649,2
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	501,6	488,1	504,7	511,7	541,1	530,4	509,4	500,1	544,4
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	285,9	244,4	272,1	290,9	318,0	232,3	247,8	259,5	259,6
EFTA - Länder	Mill. DM	80,2	78,3	65,9	69,6	81,1	70,3	72,0	88,8	84,5
USA und Kanada	Mill. DM	24,6	16,5	10,5	11,0	13,7	16,9	14,1	26,4	31,8
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	52,2	45,5	34,7	19,0	40,7	51,5	67,0	42,1	48,0
Staatshandelsländer	Mill. DM	15,5	18,4	22,6	22,2	16,2	26,5	34,5	24,0	39,8
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	405,7	428,5	393,7	444,7	513,0	453,6	456,8	423,8	496,7
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	77,6	74,2	70,8	61,4	90,1	88,1	71,6	72,8	79,5
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,1	354,3	322,9	383,3	422,9	365,5	385,2	351,0	417,2
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	260,4	278,7	250,8	236,9	323,9	291,3	304,5	300,4	334,6
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	195,3	208,1	193,7	179,4	240,3	215,2	202,8	235,3	256,5
EFTA - Länder	Mill. DM	11,9	12,2	7,2	8,0	18,1	17,5	8,6	9,4	12,3
USA und Kanada	Mill. DM	12,9	9,6	12,1	13,8	4,3	7,4	12,4	20,1	16,3
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	101,0	98,6	108,8	167,3	143,7	95,4	103,8	56,9	85,4
Staatshandelsländer	Mill. DM	4,3	14,8	1,4	11,0	2,0	20,6	11,4	27,3	30,3
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	106,8	109,8	97,0	93,8	119,7	143,1	101,7	100,8	115,5
Nahrungsm., Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	110,2	109,8	94,9	96,5	118,8	129,9	108,0	101,8	114,4
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	101,0	100,8	96,2	72,9	108,3	151,1	91,9	75,4	85,9
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	95,9	98,0	73,0	75,5	104,5	145,7	74,8	89,2	98,0
Elektrotechn. Erzeugn., Musikinstrumente usw.	1980 = 100	108,4	116,6	126,3	101,3	106,6	224,2	127,1	103,7	102,5
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	104,3	102,0	91,7	87,1	94,7	163,6	96,7	91,1	95,7
Pharmazeut., kosmet. und mediz. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	108,1	112,2	112,2	108,3	123,0	130,4	113,4	110,3	122,2
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	101,1	124,1	113,3	113,8	156,6	135,9	127,0	165,4	150,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u.-reifen	1980 = 100	96,7	107,6	86,7	102,1	150,1	92,4	93,5	115,4	158,5
Sonstige Waren	1980 = 100	110,4	114,4	99,8	96,2	119,4	156,1	102,3	103,4	115,2
Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	96,4	97,0	86,5	83,5	106,8	125,3	88,6	87,2	99,8
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	96,9	95,0	95,5	94,3	95,0	96,2	94,8	94,2	94,5

1) Einschließlich Wohnheime 2) Einschließlich Mehrwertsteuer

ZAHLENSPIEGEL FÜR DAS SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983				1984		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Gastgewerbe										
* Umsatz	1980 = 100	108,9	107,3	100,6	102,7	109,2	105,6	96,6	93,3	105,7
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	101,6	100,2	81,0	83,8	106,3	101,0	83,0	83,1	100,1
Gaststättengewerbe	1980 = 100	110,6	108,8	104,3	106,7	109,7	106,7	98,9	94,8	106,9
Beschäftigte	1980 = 100	100,9	99,0	98,5	97,7	98,2	99,1	95,8	94,3	96,2
Fremdenverkehr ¹⁾										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	30 502	29 180	21 671	23 149	27 967	21 481	.	.	.
* Ausländer	Anzahl	4 773	4 128	2 006	2 879	3 398	2 603	.	.	.
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	93 341	83 256	66 732	70 076	82 039	67 690	.	.	.
* Ausländer	Anzahl	8 748	7 696	3 923	8 377	6 515	4 999	.	.	.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	332	289	308	399	311	298	332	320	280
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	260	248	217	238	279	239	255	233	300
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	3 787	4 233	3 373	3 684	6 694	2 811	3 884	4 105	5 887
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 280	3 702	2 999	3 342	5 645	2 528	3 585	3 777	5 150
Bestand an Kraftfahrzeugen ²⁾	Anzahl	482 788	496 831	482 450				501 002		
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	426 371	437 285	425 744				440 772		
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	529	543	411	345	494	506	494	449	418
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 174	2 085	2 060	1 860	2 131	2 326	2 602	2 234	2 163
Verunglückte Personen	Anzahl	709	745	581	454	679	708	665	588	521
darunter:										
* Getötete	Anzahl	16	16	14	13	13	17	25	9	9
Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 021	2 901	2 966	2 832	3 110	3 013	2 763	2 819	2 922
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 055	6 572	7 078	7 144	6 746	6 637	5 969	6 506	6 309
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	7 631	7 436	7 758	8 041	8 008	8 026	7 321	7 769	7 513
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen⁴⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mill. DM	19 690,0	20 577,5	20 110,0	19 983,7	20 187,2	21 444,4	21 394,5	21 258,8	21 267,5
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 316,1	20 151,8	19 668,9	19 587,4	19 777,0	20 984,5	20 978,8	20 848,2	20 848,3
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 689,1	16 372,3	15 981,0	15 974,2	16 087,6	17 039,5	17 004,1	16 868,9	16 916,5
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 627,0	3 779,6	3 687,9	3 613,2	3 689,4	3 945,0	3 974,7	3 979,3	3 931,8
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 559,1	4 458,1	4 368,3	4 310,5	4 437,2	4 673,8	4 652,8	4 501,3	4 553,0
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 319,3	4 230,9	4 143,8	4 134,5	4 231,2	4 425,2	4 377,3	4 244,5	4 346,2
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239,9	227,2	224,5	176,0	206,0	248,6	275,5	256,8	206,8
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 197,6	2 218,3	2 210,8	2 179,6	2 202,7	2 269,2	2 270,3	2 215,9	2 093,4
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 924,5	1 945,7	1 959,1	1 948,3	1 935,0	1 969,6	1 979,9	1 943,6	1 837,1
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	273,2	272,6	251,7	231,3	267,7	299,6	290,4	272,3	256,3
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) ⁶⁾	Mill. DM	12 559,4	13 475,4	13 089,8	13 097,3	13 137,1	14 041,5	14 055,7	14 131,0	14 201,9
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	9 445,4	10 195,7	9 878,1	9 891,4	9 921,4	10 644,7	10 646,9	10 680,8	10 733,2
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 114,0	3 279,7	3 211,7	3 205,9	3 215,7	3 396,8	3 408,8	3 450,2	3 468,7

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. — 2) Jahresende bzw. 30. Juni. — 3) Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. DM Umsatz; Unter 3 Mill. DM Umsatz vierteljährliche bzw. jährliche Erfassung. — 4) Ohne Kredite von -/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

ZAHLENSPIEGEL FÜR DAS SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982					1983					1984		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	Januar	Februar	März		
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	15 655,7	16 520,4	16 243,8	16 393,5	16 296,0	17 368,1	17 048,6	17 024,1	16 959,9				
* Sichteinlagen ¹⁾	Mill. DM	2 523,9	2 716,2	2 495,0	2 643,2	2 523,7	2 849,3	2 693,1	2 643,7	2 510,5				
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 302,6	2 499,0	2 333,3	2 422,7	2 326,7	2 643,3	2 523,9	2 439,3	2 328,1				
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	179,7	176,4	126,6	179,6	139,6	168,7	131,7	164,8	141,6				
* Termingelder ¹⁾	Mill. DM	5 603,9	5 654,8	5 660,9	5 604,2	5 621,6	6 031,7	5 943,5	5 972,8	6 063,9				
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 509,2	4 622,2	4 548,1	4 531,1	4 604,0	4 936,9	4 938,8	5 006,6	5 031,4				
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	993,6	913,6	995,7	959,1	904,3	923,6	890,5	835,8	901,2				
* Spareinlagen	Mill. DM	7 527,9	8 149,4	8 087,9	8 146,1	8 150,7	8 487,1	8 412,0	8 407,6	8 385,5				
* bei Sparkassen	Mill. DM	4 663,2	5 065,6	5 041,6	5 079,5	5 075,0	5 273,5	5 246,0	5 250,7	5 241,3				
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	412,8	422,4	722,9	419,1	434,1	473,2	599,5	453,4	347,9				
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	392,7	416,6	724,5	361,1	430,0	412,1	674,9	458,1	370,4				
Zahlungsschwierigkeiten														
Konkurse insgesamt ^{2) 3)}	Anzahl	281	285	29	26	26	21	13	21	22				
eröffnete Konkurse	Anzahl	63	50	4	6	4	7	2	8	1				
Angemeldete Forderungen insgesamt ²⁾	1 000 DM	142 354	104 362	4 690	8 014	9 352	18 739	6 140	29 064	4 895				
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	88 546	56 151	1 562	2 780	2 105	17 741	1 316	27 734	240				
Vergleichsverfahren ²⁾	Anzahl	2	1	—	1	—	—	—	—	—				
Wechselproteste ⁴⁾	Anzahl	582	487	538	455	511	407	478	478	440				
Wechselsumme	1 000 DM	3 560	2 999	4 011	2 826	3 245	2 337	4 129	3 523	2 747				
Unbezahlt gebiebene Schecks	Anzahl	1 774	1 831	1 862	1 639	1 874	1 642	1 684	1 656	1 670				
Schecks summe	1 000 DM	3 423	3 298	4 009	3 615	2 300	3 202	2 778	2 343	2 802				
Steuern														
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland														
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 432	319 048	338 341	346 620	319 445	523 242	354 772	350 005	410 295				
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	184 290	194 672	215 204	175 205	241 585	375 304	204 471	166 745	264 465				
* Lohnsteuer	1 000 DM	154 691	159 043	177 338	153 539	128 546	252 489	189 853	160 245	155 094				
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	12 709	11 356	12 859	36	66 143	63 667	4 713	— 2 150	64 843				
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	13 943	20 948	15 670	20 419	47 038	58 564	1 587	7 379	44 690				
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	130 143	124 381	123 137	171 415	77 860	147 938	150 300	183 258	145 830				
* Umsatzsteuer	1 000 DM	64 393	57 692	66 422	112 479	23 893	69 931	76 666	100 397	70 160				
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	65 750	66 690	56 715	58 936	53 967	78 007	73 634	82 861	75 670				
* Bundessteuern	1 000 DM	12 238	13 666	12 284	12 484	15 868	20 202	5 918	13 920	13 708				
* Landessteuern ⁵⁾	1 000 DM	23 138	23 625	20 560	26 219	23 705	21 371	20 514	25 015	19 795				
* Gemeindesteuern	1 000 DM	36 668	37 382		115 391				107 770					
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften														
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	168 752	165 653	168 658	179 129	158 894	245 558	166 115	181 206	151 691				
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	79 590	84 556	93 338	76 084	106 192	163 941	87 644	71 516	115 737				
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	74 183	65 753	62 965	89 631	37 125	55 230	72 439	95 799	22 851				
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 741	2 031	71	930	— 291	6 185	114	— 29	— 605				
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	161 428	169 471	173 347	185 017	170 341	284 205	186 144	183 961	257 906				
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	79 590	84 556	93 338	76 084	106 192	163 941	87 644	71 516	115 737				
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	55 959	58 562	59 378	81 784	40 735	92 708	77 861	87 459	122 979				
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 741	2 031	71	930	— 291	6 185	114	— 29	— 605				
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	55 902	59 326		129 549				119 494					
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	20 216	22 024		82 551				72 399					
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	24 833	25 950		14 932				10 250					
Preise														
Preisindex für ausgewählte Warengruppen														
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	124,1	126,7	125,6	126,4	126,0	127,6	128,2	129,2	129,4				
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	140,6	146,3	143,6	144,0	145,3	149,1	149,1	150,1	151,0				
Wohnungsmieten	1976 = 100	124,2	131,2	129,1	129,4	129,4	133,3	134,8	136,5	136,5				
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	164,4	162,8	163,0	159,0	156,5	168,5	168,9	168,8	167,0				
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	122,9	125,8	125,0	125,4	126,2	127,0	128,0	128,4	128,9				
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	132,3	135,7	134,2	133,6	132,1	138,2	139,1	138,6	138,2				
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	121,9	125,9	123,4	124,2	124,9	128,0	129,3	129,5	129,6				
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	120,6	124,8	122,7	122,9	123,6	126,6	126,7	126,8	127,0				
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	130,7	134,7	132,5	132,7	133,0	136,1	136,1	136,4	136,5				

1) Einschließlich Sparbriefe, Namens-Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. 2) Jahresergebnis statt MD. 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren. 4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

ZAHLENSPIEGEL FÜR DAS SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982	1983 ¹⁾				1984 ¹⁾	
		Monatsdurchschnitt	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	640	654	622	642	677	656	654
* darunter Facharbeiter	DM	678	689	663	678	713	690	690
* weibliche Arbeiter	DM	432	444	423	444	452	446	446
* darunter Hilfsarbeiter	DM	426	432	416	436	440	432	428
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	15,72	16,30	15,97	16,16	16,42	16,43	16,33
* darunter Facharbeiter	DM	16,48	17,10	16,75	16,92	17,24	17,24	17,11
* weibliche Arbeiter	DM	11,07	11,40	11,09	11,36	11,48	11,46	11,44
* darunter Hilfsarbeiter	DM	10,89	11,13	10,87	11,13	11,23	11,15	11,11
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 703	3 758	3 739	3 716r	3 791	3 767	3 868
* weiblich	DM	2 489	2 536	2 462r	2 515	2 566	2 557	2 570
* technische Angestellte,								
* männlich	DM	4 177	4 201	4 156	4 177	4 287	4 169	4 290
* weiblich	DM	2 586	2 664	2 604	2 632	2 696	2 685	2 693
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	3 156	3 181	3 096	3 149	3 212	3 215	3 228
* weiblich	DM	2 084	2 105	2 049	2 072	2 127	2 132	2 153

1) Neuer Berichtskreis

BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983				1984		
		Monat	Durchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 638	61 472	61 307
Arbeitslose	1 000	1 833	2 258	2 487	2 536	2 386	2 349	2 539	2 537	2 393
Männer	1 000	1 021	1 273	1 491	1 539	1 408	1 344	1 510	1 522	1 407
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1 000	7 226	6 927	6 982	6 957	6 952	6 873	6 825	6 820	6 826
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	689	660	649	641	723	633	675	682	693
Gesamtumsatz	Mill. DM	107 031,3	109 388,5	96 961,5	99 215,6	117 720,0	120 857,1	108 251,4	113 967,4	...
Index der Nettoproduktion ¹⁰⁾										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	95,4	96,1	85,6	95,4	100,3	99,9	92,0	103,5	101,3
Bergbau	1980 = 100	95,2	90,6	100,0	99,1	97,0	104,0	100,3	99,3	90,9
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1980 = 100	91,1	94,0	84,2	92,6	97,0	89,1	94,3	102,4	99,9
Investitionsgüter	1980 = 100	99,1	98,7	84,6	98,0	103,4	111,3	90,8	106,8	104,9
Verbrauchsgüter	1980 = 100	90,3	91,5	84,8	93,0	98,4	88,3	90,1	100,0	98,9
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	98,7	99,3	89,3	94,4	99,4	95,6	91,6	98,7	97,1
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 418	6 850	7 270	6 864	8 058	7 291	7 769	6 674	6 923
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 609	10 357	10 701	9 918	10 102	11 926	12 233	11 151	10 767
Produktion von Rohstahl	1 000 t	2 990	2 977	2 573	2 948	3 344	2 625	3 018	3 302	3 527
Roheisen	1 000 t	2 302	2 217	1 979	2 180	2 466	2 027	2 275	2 442	2 649
Walzstahl	1 000 t	2 149	2 172	1 921	2 129	2 424	2 140	2 165	2 355	2 472
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 152	1 122	1 033	1 012	1 064	1 126	1 039	1 023	1 063
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 116,6	3 130,4	2 226,6	1 794,0	2 787,7	2 831,6	2 239,9	2 198,0	2 754,0
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	126 975	123 358	82 955	63 044	121 814	90 464	81 656	84 400	114 300
für Wohnungsbau	1 000 Std.	51 687	52 641	35 230	25 116	52 513	38 336	36 646	37 257	50 661
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	30 944	30 296	23 477	19 725	30 894	24 284	23 476	24 272	29 048
Produktionsindex Baugewerbe ²⁾¹⁰⁾	1980 = 100	88,2	86,1	50,1	44,0	79,3	63,3	54,4	60,0	76,4
Handel										
Einfuhr	Mill. DM	31 372	32 530	29 649	29 425	34 635	36 733	34 622	36 299	37 816
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	4 138	4 209	3 640	4 024	4 445	5 073	4 188	4 654	4 606
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	26 796	27 826	25 609	25 061	29 692	31 108	29 978	31 144	32 678
Ausfuhr	Mill. DM	35 645	36 028	32 353	33 158	40 090	40 834	36 561	41 151	42 351
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	33 416	33 816	30 275	31 210	37 740	38 406	34 220	38 788	39 801
Fertigwaren	Mill. DM	29 961	30 355	26 993	28 000	33 998	34 493	30 311	34 865	35 548
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1980 = 100	105,0	108,3	92,6	91,7	118,8	142,3 ^p	99,0	100,8	113,6 ^p
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte ³⁾	1976 = 100	107,3	105,8	107,5	106,9	106,6	108,4	105,9	109,2 ^p	110,2 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	114,1	115,8	115,1	115,0	114,7	117,1	117,8	118,0	118,2
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	1980 = 100	108,9	111,2	...	109,3	113,0	...
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	130,5	134,4	132,9	133,0	132,9	136,0	136,7	137,1	137,2
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	125,5	128,4	127,4	128,0	128,1	128,8	129,5	130,4	131,0
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	132,5	136,5	134,8	135,2	135,5	138,2	138,5	138,8	139,2
Wohnungsmieten	1976 = 100	126,4	133,1	130,3	131,0	131,7	135,1	135,7	136,2	136,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	171,0	168,8	171,2	166,6	162,3	174,2	175,0	175,5	172,7
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	129,3	132,8	132,1	132,4	132,7	134,2	135,3	135,3	135,8
Geld und Kredit ⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mill. DM	96 695	104 692	94 982	95 196	98 935	104 692	101 940	101 659	102 705
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 292 132	1 368 074	1 279 081	1 287 127	1 280 621	1 368 074	1 350 840	1 357 387	1 349 994 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	518 185	548 430	518 515	522 270	523 376	548 430	544 062	544 093	543 982 ^p
Kredite an ⁸⁾										
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mill. DM	1 289 346	1 380 531	1 276 769	1 279 133	1 284 267	1 380 531	1 369 531	1 375 648	1 384 501 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	408 704	427 941	410 230	411 494	412 945	427 941	424 566	422 665	421 574 ^p
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	29 220	30 524	23 970	26 048	33 248	54 100	25 197	27 443	37 203
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 550	2 356	304	93	7 231	8 366	24	...	7 059
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	8 143	8 822	9 573	10 183	6 904	9 716	10 130	10 717	8 166
Zölle	Mill. DM	393	396	357	374	400	443	424	424	459
Tabaksteuer	Mill. DM	1 017	1 157	40	862	1 206	2 435	34	893	1 227
Branntweinmonopol	Mill. DM	357	357	70	444	488	753	47	463	481

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. ²⁾ Ohne Ausbaugewerbe. ³⁾ Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. ⁴⁾ Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittsmeßzahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. ⁵⁾ Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. ⁶⁾ Aller privaten Haushalte. ⁷⁾ Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. ⁸⁾ Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. ⁹⁾ Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. ¹⁰⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, für fachliche Unternehmensteile. ^{p)} Vorläufige Zahl

Mitteilung des Amtes

Sonderheft „Arbeitskosten in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1981 im Saarland“ erscheint demnächst.

Dieses Sonderheft enthält eine tabellarische Ergebnisdarstellung der Arbeitskostenerhebung 1981 für das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich im Saarland.

Die bei dieser Statistik gewonnenen Daten zeigen, wie sich die Aufwendungen der Unternehmen für die Arbeitnehmer auf die einzelnen Arbeitsnebenkosten verteilen, in welchem Verhältnis das Entgelt für die tatsächlich geleistete Arbeit zu den gesamten Arbeitskosten steht, welche Wirtschaftszweige und welche Unternehmensgrößenklassen die höchsten bzw. die niedrigsten durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollbeschäftigten haben.

Endgültiges Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen mit Auswertungen der repräsentativen Wahlstatistik

Nachdem das Statistische Amt des Saarlandes in der Wahlnacht erste Ergebnisse in einer Wahlsonderschrift*) veröffentlicht hat, erscheint in Kürze ein Sonderheft mit dem endgültigen Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen.

Eingearbeitet ist darüberhinaus ein Kapitel mit Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik, die Auskunft über die geschlechts- und altersspezifische Struktur der Wahlberechtigten und Wähler vermittelt.

*) vergriffen

Preis: 10,- DM

Saarländische Gemeindezahlen, Ausgabe 1984

Mit der Ausgabe 1984 setzt das Statistische Amt die 1982 begonnene Reihe „Saarländische Gemeindezahlen“ fort. Die Veröffentlichung informiert über die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik des Saarlandes auf Gemeindeebene.

Aufgelistet sind rund 200 Einzelmerkmale aus den Arbeitsgebieten Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Einzelhandel und Verkehr, Wohnungswesen und Finanzen mit Vergleichszahlen früherer Jahre. Die Strukturdaten basieren auf dem Gebietsstand von 1982.

Die Veröffentlichung wurde für Benutzer konzipiert, die regional tiefgegliedertes Datenmaterial aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik benötigen.

Preis pro Heft: 5,- DM

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG 81 – Kurzinformationen

III. Reihen

Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (Sonderheft)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Gemeinde- und Kreisstatistiken

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Amtliches Behördenverzeichnis

Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 2. Quartal 1984

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten Februar/März 1984

Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 1983	
Bevölkerungsstand am 30. September 1983	$\frac{A I 1}{A I 2}$ — vj 3/83
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 3. Vierteljahr 1983	A II 1 — vj 3/83
Wanderungen im 3. Vierteljahr 1983	A III 1 — vj 3/83
Berufliche Schulen im Schuljahr 1983/84 Teil I — Übersicht und Verzeichnis	B II 1 — j 83/84, I
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Sommersemester 1983	B III 1 — hj 1/83
Personal an den Hochschulen des Saarlandes 1982	B III 4 — j/82
Erwachsenenbildung im Saarland im Jahre 1982	B IV 1 — j/82
Bodennutzung 1983	C I 1 — j 83
Milcherzeugung und -verwendung im 2. Halbjahr 1983 und Jahresergebnis	C III 3 — hj 2/83
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft im Jahr 1983	C IV 7 — j 1983
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Dezember 1983	E I 1 — m 12/83
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes November 1983	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 11/83
Einzelhandel im Dezember und Jahr 1983	G I 1 — m 12/83
Außenhandel im November 1983	G III 1,3 — m 11/83
Fremdenverkehr im November 1983	G IV 1 — m 11/83
Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1982/83	G IV 1,2 — hj 1/83
Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1983	G IV 1,2 — hj 2/83
Gastgewerbe im Dezember und Jahr 1983	G IV 3 — m 12/83
Straßenverkehrsunfälle im November 1983	H I 1 — m 11/83
Binnenschifffahrt Dezember und im Jahr 1983	H II 1 — m 12/83
Öffentliche Jugendhilfe im Jahr 1982 Teil I — Erzieherische Hilfen	

Teil IV — Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe	K I 3 — j/82
Öffentliche Jugendhilfe im Jahr 1982 Teil II — Maßnahmen der Jugendarbeit	K I 3 — 4j/82
Kommunale Finanzen im 3. Vierteljahr 1983	L II 2 — vj 3/83
Versorgungsempfänger des Landes am 1. Februar 1984	L III 3 — j/84
Preisindex für die Lebenshaltung	M I 2 — m 1/84
Preisindex für Bauwerke November 1983	M I 4 — vj 4/83
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Oktober 1983	N I 1 — vj 4/83
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis November 1983	P II 1 — m 11/83

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten März/April 1984

Sterbefälle nach Todesursachen im 4. Vierteljahr 1983	A IV 3 — vj. 4/83
Viehbestände im Dezember 1983	C III 1 — vj. 4/83
Schlachtungen und Fleischanfall im 4. Vierteljahr 1983 mit Jahresergebnis	C III 2 — vj. 4/83
Weinbestände, Weinerzeugung und Lagerbehälter im Wirtschaftsjahr 1983/84	C IV 5/6/8 — j. 83/84
Ausländische Beschäftigte und Grenzgänger in der saarländischen Wirtschaft am 30. September 1983	D II — hj. 2/83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Januar 1984	E I 1 — m 1/84
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Dezember 1983	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 12/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Januar 1984	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 1/84
Baugenehmigungen im 4. Vierteljahr 1983	F II 1 — vj. 4/83
Einzelhandel im Januar 1984	G I 1 — m 1/84
Gastgewerbe im Januar 1984	G IV 3 — m 1/84
Kommunale Finanzen im 4. Vierteljahr 1983	L II 2 — vj. 4/83

Ausgewählte Finanz- und Steuerdaten der saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände 1983	L II 5 — j/1983
Preisindex für die Lebenshaltung Februar 1984	MI 2 — m/84
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Dezember 1983	P II — m 12/83

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten April/Mai 1984

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen 1983	$\frac{A I 5}{A VI 2}$ — j/83
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. März 1983	A VI 5 — vj 1/83
Lehrernachwuchs	B III 2 — j/84
Bewährungshilfe 1983	B VI 7 — j/83
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Dezember 1983	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 12/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Februar 1984	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 2/84
Das Handwerk im 4. Vierteljahr 1983 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung)	E V 1 — vj 4/83
Einzelhandel im Februar 1984	G I 1 — m 2/84
Außenhandel im Dezember 1983 (Jahresergebnis)	G III 1,3 — m 12/83
Fremdenverkehr im Dezember 1983 und im Jahr 1983	G IV 1 — m 12/83
Preisindex für die Lebenshaltung März 1984	MI 2 — m 3/84
Preisindex für Bauwerke Februar 1984	MI 4 — vj 1/84
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1983	NI 2 — hj 2/83

Bekanntmachung der Entgelte für die Inanspruchnahme des Saarländischen Planungs- und Informationssystems (SAPLIS) durch Dritte beim Statistischen Amt des Saarlandes, Saarbrücken

Vom 18. Mai 1984

Az.: A2-/84 Schr/Kü

Für die Inanspruchnahme des Saarländischen Planungs- und Informationssystems (SAPLIS) durch Dritte werden die nachfolgenden Entgelte erhoben:

1. Einfach — Abruf
 - Grundbetrag 13,00 DM
 - zusätzlich 1,00 DM je Seite

2. Einfach — Abruf mit Berechnungen
 - Grundbetrag 20,00 DM
 - zusätzlich 1,50 DM je Seite
3. Auswertung aus Einzelmateriale
 - Grundbetrag 25,00 DM
 - zusätzlich 1,50 DM je Seite
4. Auswertung aus Einzelmateriale mit Berechnungen
 - Grundbetrag 25,00 DM
 - zusätzlich 1,80 DM je Seite

Im Einzelfall können auf die vorstehenden Entgeltsätze Aufschläge bis zum Vierfachen der Sätze erhoben werden, wenn die Einrichtung außergewöhnlich stark in Anspruch genommen wird oder wenn die Auskunft für den Empfänger von besonders hohem wirtschaftlichen Wert ist.

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Mai 1984

Kapitalgesellschaften im Kalenderjahr 1983	DI 1 — j/83
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland im 2. Halbjahr 1983	DI 2 — hj. 2/83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Februar 1984	EI 1 — 2/84
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes — Januar 1984 —	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 1/84
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes — Februar 1984 —	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 2/84
Baugenehmigungen im 1. Vierteljahr 1984	FII 1 — vj. 1/84
Bautätigkeit im Jahr 1982	FII 1, 2, 3, 4 — j/82
Außenhandel im Januar 1984	G III 1,3 — m 1/84
Gastgewerbe im Februar 1984	GIV 3 — 2/84
Straßenverkehrsunfälle im Dezember 1983	HI 1 — m 12/83
Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1982	— Teil III —
— Einrichtungen und tätige Personen am 31. Dezember 1982 —	KI 3 — 4 j/1982
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Februar 1984	Z 1 — m 1 + 2/84 (früher PI 1)